

19/2

Die „Volkswacht“ erscheint wöchentlich 6 Mal und ist durch die Expedition, Neue Straßenz. 1/1, und durch Kolporteurs zu beziehen. Preis vierteljährlich M. 2.50, pro Woche 20 Pf. Durch die Post bezogen M. 2.50, incl. ins. Gaus M. 2.92, wo keine Post am Orte, M. 3.34.

Volkswacht

für Schlesien, Posen und die Nachbargebiete.

Organ für die werktätige Bevölkerung.

Interaktionsgebühr beträgt für die einjährige Abonnement über deren Namen 40 Pf. Zusätzliche Interate 40 Pf. Interate für Nichtmitglieder 15 Pf. Vereins- und Familienangehörigen 15 Pf. Interate für die nächste Nummer müssen bis Vormittag 2 Uhr in der Expedition abgegeben werden.

Telephon Redaktion 3141.

Telephon Expedition 1206.

Nr. 35.

Breslau, Mittwoch, den 11. Februar 1914.

25. Jahrgang.

Der Niedgang der Sozialdemokratie.

Burg, 10. Februar. Bei der Reichstagswahl im Wahlkreis Jericho I und II haben erhalten: Gußbesther Schiele (kons.) 11 999, Expedient Haupt (Sozialdemokrat) 12 000 und Fleischermeister Robelt (fortsch. Volkspartei) 6893 Stimmen. Es findet Stichwahl zwischen Schiele und Haupt statt.

Das Mandat des Genossen Haupt war bekanntlich am 2. Dezember 1913 vom Reichstage für ungültig erklärt worden, weil eine Reihe von kleineren Verlässen, die durch Gegner verübt waren, seine knappe Stichwahlmajorität von 7 Stimmen zweifelhaft erscheinen ließ. Jetzt ist es wieder zur Stichwahl gekommen, die nur innerhalb der einzelnen bürgerlichen Parteien eine andere Verteilung zeigt, im ganzen aber dasselbe Bild bietet. Im Januar 1912 erhielt Genosse Haupt 11.992 Stimmen, hat also diesmal 600 Stimmen gewonnen, trotz des allgemein angekündigten Niedgangs der Sozialdemokratie! Bei den bürgerlichen Parteien hat die erhebliche Verschiebung der Stimmen stattgefunden. Die Liberalen, die in Herrn Robelt einen sehr unentschiedenen Kandidaten aufgestellt hatten, sanken von 8291 auf 6893 Stimmen, wogegen es die Konservativen unter Anwendung des bekannten Terrors auf dem Lande von 9870 auf 11.999 Stimmen brachten. Die Konservativen haben also im wesentlichen auf Kosten der Liberalen ihre 2000 Stimmen erobert.

Der Ausfall der Stichwahl hängt an dem unsicheren Umschlag der 6000 liberalen Stimmen, die sich bei der letzten Wahl zu zwei Dritteln auf die konservativen und zu einem Drittel auf die linke Seite schlugen. Wagen sie diesmal keinen energischen „Rud nach links“, dann geht der Kreis an die Konservativen über. Dann hat die Sozialdemokratie ein Mandat verloren, aber Wähler gewonnen — und mit solchem Niedgang kann sie immer noch sehr zufrieden sein.

Weitere Milderung des Militärstrafgesetzbuchs.

Die „Nordb. Allgem. Ztg.“ veröffentlichte Dienstagabend nachfolgenden Gesetzentwurf über Aenderung einzelner Paragraphen des Militärstrafgesetzbuchs, der vom Bundesrat in seiner letzten Sitzung beschlossen worden ist und der am Dienstag dem Reichstag zugeht:

- 1. Das Militärstrafgesetz wird dahin abgeändert:
 1. Dem § 86 ist als zweiter Satz anzufügen: „In minder schweren Fällen kann, wenn die Tat nicht im Felde begangen ist, die Strafe bis auf 14 Tage mittleren oder strengen Arrest ermäßigt werden.“
 2. Dem Absatz 1 des § 70 ist als zweiter Satz anzufügen: „In minder schweren Fällen kann, wenn kein Rückfall vorliegt, die Gefängnisstrafe bis auf drei Monate ermäßigt werden.“
 3. Dem Absatz 1 des § 78 ist als zweiter Satz anzufügen: „In minder schweren Fällen kann die Gefängnisstrafe, wenn die Tat nicht im Felde begangen ist, bis auf drei Monate ermäßigt werden.“
 4. Dem Absatz 1 des § 91 ist als zweiter Satz anzufügen: „In minder schweren Fällen kann, wenn die Tat nicht im Felde, nicht gegen den Befehl, unter das Gewehr zu treten und nicht unter dem Gewehr begangen ist, die Strafe bis auf 14 Tage strengen Arrest ermäßigt werden.“
 5. Im Absatz 1 des § 96 ist hinter den Worten „zehn Jahren“ einzufügen: „In minder schweren Fällen mit Freiheitsstrafe nicht unter drei Monaten.“
 6. Im § 97, Absatz 1, Satz 1 treten an Stelle der Worte „einem Jahre“ die Worte „sechs Monaten“ und im Satz 2 an Stelle der Worte „zwei Jahren“ die Worte „einem Jahre“.
 7. § 97, Absatz 2 erhält folgende Fassung: „Hat die Täterschaft eine schwere Körperverletzung oder den Tod des Verletzten verursacht, so ist statt auf Gefängnis oder Festungshaft auf Zuchthaus, von gleicher Dauer zu erkennen; in minder schweren Fällen tritt Zuchthaus- oder Freiheitsstrafe nicht unter einem Jahre ein.“
 8. Dem § 110a ist als zweiter Satz anzufügen: „In den Fällen der §§ 106, 107 und 110 ist neben einer erlassenen Gefängnisstrafe die Verletzung in die zweite Klasse des Soldatenstandes zulässig.“
 9. In § 138, Absatz 1 werden die Worte „nicht unter vierzehn Tagen“ gestrichen.
 10. In § 164, Absatz 1 ist der zweite Satz zu streichen.“

Dieser Gesetzentwurf über Milderung unzeitgemäßer harter militärischer Strafen ist lediglich die Konsequenz der vom Reichstag beschlossenen Milderung der Strafen im Aufwuchsparagraphen, die die Sozialdemokratie im Anschluß an das Gefürter Schiedensurteil durchsetzte.

Diesmal wird der Reichstag nicht mehr so wie damals zur Eile gedrängt sein, er ist in der Lage, den Regierungsentwurf zur Grundlage einer Reform zu machen, die der Fortschritt noch mehr Beweiskraft in der Öffentlichkeit ausbreitend Wirkung trägt. Die sozialdemokratische Reaktion, deren entscheidendes Verdienst an der Summe

nistierung des Militärrechts unbestreitbar ist, wird es sich zur Ehrenpflicht machen, in diesem Sinne „positive Arbeit“ zu leisten, wie sie ja stets vornehm ist, wo es gilt, in der deutschen Gesetzgebung nützlich Nützliches zu schaffen.

Für das Volk und für den Reichstag aber bleibt die Geschichte der deutschen Militärstrafreform von 1913/14 eine eindringliche Lehre für alle Zeit. Der Reichstag kann, wenn er will! Einmal ist es der Sozialdemokratie gelungen, ihn mitzureißen, seine Energie aufzuschauern, einmal hat er es ernstlich versucht, eine Zwangslage der Regierung im Sinne volkstümlicher Forderungen auszunutzen, und es ist ihm geglückt. In einer Zeit, in der die bürgerlichen Parteien wieder gänzlich in den gewollten Zustand der Schwäche zurückgefallen sind, erinnert man sich gern eines der wenigen Fälle, in denen sich der Reichstag stark gezeigt hat. Mit Eifer und Eifer und Beifallsgelächel kommt der Wagen auch mal über den Berg, aber es ist allemal ein schweres Stück Arbeit, bei dem Glück und Zufall eine nicht geringe Rolle spielen. Diesmal ist die Höhe überkommen, und so mag es nun in frischem Trab noch ein Stückchen weitergehen!

Der Fluch der bösen Tat.

Wenn Herr v. Krause im Dreiklassenhause gewußt hätte, was er mit seiner Redebeschränkung am Sonnabend anrichtet, — er hätte sie wohl unterlassen! Am Dienstag kam als Redner der Sozialdemokratie Genosse Adolf Hoffmann in der allgemeinen Besprechung des Etats des Polizeiministers zum Wort und da er nach dem Streich des liberalen Vizepräsidenten nicht wissen konnte, ob man, wie in früheren Jahren, bei den einzelnen Kapiteln des Etats die Herrlichkeiten des preussischen Polizeistaates würde besprechen können, so nahm er die Generaldebatte beim Schopf und besprach Kapitel für Kapitel in der nicht enden wollenden Fülle, zu der das gute, alte, unverfälschte Preußen so reichlich Material liefert. Alles kam da heran, von den Scharfmachereien des Junkers v. Kardorff und der sanften Nachgiebigkeit des Nationalliberalen Lohmann über die Dismarktenpraktik, bis zur Zensurjahnde, den übrigen Diktatorien und bis zu jenem schmählichen Zustand, der anständige Bürger der straflosen Willkür „arbeitswilliger“ Kowals aussetzt. Auch die Sittenpolizei wurde besprochen. Als jedoch unser Redner nach 1/2 Stunden zu dem Kapitel „Polizei in den Provinzen“ überging und im Begriff war, die lange Liste schmählicher Spitzel um einige weitere Beispiele zu vermehren, erklärten die Genossen, am Ende ihrer Kräfte zu sein, und so wird die Mittwochssitzung mit der Fortsetzung der Rede unseres Genossen beginnen. Adolf Hoffmann hat das Wort und regiert die Stunde.

Vorher war die Zentrumsinterpellation über das Automobillizenzgesetz, das zwei Zentrumsabgeordnete in Berlin betroffen hat, besprochen worden und Genosse Doser hatte dazu einige bemerkenswerte Ausführungen gemacht, in denen er auch auf die Webernüchternung der Chauffeure zu sprechen kam, die natürlich ihre Aufmerksamkeit abschwächt. Auch die Kaserne der Hofautos blieb nicht unberücksichtigt. In der Beratung des Polizeietats, antwortete zunächst der Minister dem Polen Seyda und dem Fortschrittler Pachnide. Wie er antwortete — braucht man denen nicht zu sagen, die den Herrn Moritz v. Dallwitz kennen.

Durch Kopp sprach Rom!

Eine Zuchtschrift, die geeignet ist, die Wirren im katholischen Lager bis auf den Höhepunkt zu steigern, veröffentlicht die Berliner „Germania“ an der Spitze ihrer kirchlichen Nachrichten. Die Zuchtschrift, die entweder vom Kardinal Kopp selbst oder aber doch zum mindesten in seinem Auftrage geschrieben ist, führt aus:

Verständere Blätter haben sich in den letzten Tagen mit den Motiven beschäftigt, welche den Kardinal Kopp zu seiner Erklärung vom 21. v. Mts. bestimmt haben mögen. Am nächsten Morgen die Vermutungen, welche aus führenden christlichen Gewerkschaftskreisen und zwar von katholischer Seite in den „Leipziger Neuesten Nachrichten“ niedergelegt wurden. Darin suchte ein Führer glaubhaft zu machen, daß der Kardinal aus Überzeugung gegen die selbständige Arbeiterbewegung gehandelt habe. Er sehe „als Mitglied der freikonfessionellen Gruppe des Herrenhauses jenen ersten Kreisen sehr nahe, deren sowohl eine größere aktive Anteilnahme der Arbeitermassen an politischen Geschehen wie auch die Betonung einer kräftigen Sozialpolitik ein Greuel ist.“ — Die neueren Vorstöße, die der Kardinal gegen die christlichen Gewerkschaften unternimmt, müssen in diesem Zusammenhang beurteilt werden. Sie sind weiter nichts als ein Ausfluß all der Maßnahmen der sozialpolitischen Reaktion, die in jüngerer Zeit zu beobachten waren.

Das ist alles ebenso freie Erfindung, wie die Mitteilung, daß der Kardinal Kopp Mitglied der freikonfessionellen Gruppe des Herrenhauses sei. Nichts im amtlichen oder außeramtlichen Wirken des Kardinals beruht auf solchen höflichen Vermutungen. Denn man kann sehr wohl ein Freund einer kräftigen Arbeiterorganisation sein, ohne sich auf die christlichen Gewerkschaften einzulassen zu lassen. Die Gründe, auf welche sich jene „stühenden Kreise“ befinden, ist also eine falsche. Und die richtigen sind doch so naheliegend, daß sie in diesen Zeilen nicht

bekannt geworden sein, daß die Enzyklika-Interpretation vom 21. November 1912 in Rom sehr beschränkt hat, und daß man besonders infolge des fortgehenden Streites und des Römer Prozesses sich dort veranlaßt fühlte, die Enzyklikafrage klarzustellen? Um das zu erreichen, hat, wie ich von zuverlässiger römischer Seite erfahre, das päpstliche Staatssekretariat dem Kardinal Kopp den Wunsch ausgedrückt, seinen längst vollzogenen Austritt von der Enzyklika-Interpretation auch öffentlich kundzugeben. Diesem Wunsche hat der Kardinal um so bereitwilliger nachkommen können, als er diese Interpretation schon längst als wirkungslos und veraltet erkannt hatte. Das ist das Rätsel ebenso einfache wie weiße Lösung.

Kardinal Kopp stellt also fest, daß er in die lächerliche Lage, in der er sich gegenwärtig befindet, durch die Ausführung eines päpstlichen Auftrags geraten ist. Durch Ausführung eines päpstlichen Auftrags hat er den Streit unter den Bischöfen erregt, die Zentrumspartei zur schärfsten Abwehr getrieben, hinter Oppersdorff und den anderen „Quertreibern“ steht Kopp, hinter Kopp Pius X., jede Aufsehnung gegen Kopp ist eine Aufsehnung gegen den Papst. Daran war ja längst nicht mehr zu zweifeln, aber durch die Zuschrift der „Germania“ ist die Kette der dokumentarischen Beweise um ein neues starkes Glied vermehrt worden.

Die christlichen Gewerkschaften und das Zentrum stehen in offener Rebellion gegen Rom. Das ist der klare und zweideutige Sachverhalt. Ob Rom den Versuch machen wird, diese Rebellion niederzuschlagen oder ob es ihr nachgeben wird, ist die große Frage der nächsten Zeit.

Auf alle Fälle aber ist es für Pius X. ein Glück, daß er nicht Mitglied des deutschen Zentrums ist. Er würde sonst auf Grund der Beschlüsse des Reichsausschusses vom letzten Sonntag aus der Partei ausgeschlossen werden müssen!

Der Reichstag im Vatikan.

Zum Gewerkschaftstreik im Zentrumslager schreibt der römische Mitarbeiter der „Rheinisch-Westfälischen Zeitung“:

Tatsache ist, daß Kardinal Kopp schon bei seinem Aufbruch im vergangenen Spätherbst in der ewigen Stadt den Schlag gegen die christlichen Gewerkschaften in seinen Unterredungen mit dem Papst und dessen Umgebung vorbereitet hat. Es ist auch für den Kenner der Verhältnisse garnicht verwunderlich, daß Kopp sich an den Grafen Oppersdorff gewandt hat. Dieser besitzt in der Prinzessin Radzivil, seiner nahen Verwandten, eine vorzügliche Mitarbeiterin für seine Pläne und Absichten. Die Villa der Prinzessin in der Via Boncompagni zu Rom ist der Mittelpunkt der vatikanischen Feinde der Römer. Die Prinzessin richtet mit einer einzigen Audienz beim Heiligen Vater mehr aus als Dutzende von deutschen Zentrumsgrößen, von deren Tätigkeit der Papst übrigens sich ganz eigenartige Vorstellungen machen will, Vorstellungen, die herborgerufen und genährt werden durch die genannte polnische Dame, die weibliche Führerin und Vertreterin der Oppersdorffschen Berliner Richtung. Wenn jetzt der Breslauer Kardinal widerruft, und zwar gleichfalls mit päpstlicher Genehmigung, so ist dies dem Eintreten der preussischen Regierung, die sich dem Zentrum zu verpflichten trachtet, sowie dem Druck der öffentlichen Meinung zu verdanken. Von der Größe des Zwiespalt zwischen Vatikan und Zentrum macht man sich im Deutschen Reich kaum eine Vorstellung. Die Streitfrage ist nur für einen Augenblick begraben.

Eine Gegendemonstration zu der christlichen Gewerkschaftsbewegung in Bochum und zu der Tagung des Reichsausschusses der Zentrumspartei unternahm am Sonntag in Neunkirchen die Vertreter der katholischen Arbeitervereine (Sty Berlin) unter Vorwort des Reichsausschussesgeordneten Kohnmann, die ihre Huldigungen an den Erzbischof Korum, den Gegner der „Christen“, richteten.

Politische Uebersicht.

Die geprellten Witwen.

Eine Anklageschrift, wie sie scharfer und vernichtender kaum gedacht werden kann, bildet in diesem Jahr die Nachweisung über die Rechnungsergebnisse der Träger der Invaliden- und Hinterbliebenenversicherung. Normal hat sich nur der alte Teil der Versicherung entwickelt. Die Zahlungen für Invalidenrenten sind um rund 7 1/2 Millionen Mark, für Krankenrenten um 24.000 Mark gestiegen und die Ausgaben für Altersrenten um mehr als 400.000 Mark zurückgegangen. Die letzte Erscheinung ist darauf zurückzuführen, daß alte Leute Anspruch auf Invalidenrente geltend machen, weil die Invalidenrente sicherer ist als die Altersrente und die alten Leute in ihrer Arbeitsfähigkeit so weit gesunken sind, daß man ihnen Invalidenrente gewähren muß.

Neu hinzugekommen sind die sogenannten Entlassenenrenten und das Witwengeld und die Hinterbliebenenrenten. Das hat die Bilanzrechnung seit

festgestellt wird oder zu betonen ist, in Anwendung und Ermächtigung des bestehenden Rechtes und der auf Grund dieses Rechtes erlassenen Vollziehungsverordnungen unter sorgfältiger Wahrung der Koalitionsfreiheit dem Mißbrauch dieser Freiheit in der Richtung eines Koalitionszwanges unverzüglich und nachdrücklich entgegenzutreten; 2. daß die Regierung ihrerseits im Bundesrat auf eine beschleunigte Vorlegung der im Reichstag angeforderten und vom Reichskanzler in Aussicht gestellten Denkschrift zur Vorbereitung einer reichsgerichtlichen Regelung des Schutzes der persönlichen Freiheit hinwirft.

Ein Wählerantrag der Konservativen und Freikonserwativen will hinter dem Worte „Freiheit“ eingeschaltet wissen: „insbesondere der Arbeitswilligen“.

Ein weiterer Antrag der Nationalliberalen (Dr. Gossloff und Genossen) verlangt ein Gesetz, das die bestehenden gesetzlichen Bestimmungen über den Ausschluß bestimmter im Staats-, Gemeinde-, Kirchen- und Schuldienst angestellter Personen von der Wahl zu Mitgliedern kommunaler Körperschaften abändert.

Abg. v. Karborff (Freisinnl.):

Da das Ministerium des Innern das führende Ministerium in Preußen ist und alle wichtigen Fragen von ihm zuerst behandelt werden, muß ich in der Generaldebatte eine Anzahl wichtiger politischer Dinge beprechen, auch wenn sie nicht unmittelbar zum Vortrage gehören. Redner klagt zunächst über die späte Einberufung des Landtags. Der Etat muß auf alle Fälle früher vorgelegt werden, denn über den Etat hinaus kann der Landtag nicht zusammenberufen werden. Im Reichstage hat der freisinnige Abg. Müller-Meinhold gesagt: Die preussischen Behörden pflegen auf das Vereinsgesetz. Das ist ganz falsch, die Beschwerden haben entschieden abgenommen. Wenn die preussischen Behörden in solcher Weise im Reichstage angegriffen werden, so ist das wieder einmal eine

Verunglimpfung des preussischen Staats im Reichstage.

(Munche links.) Nun will die Linke im Reichstage eine Verunglimpfung des Vereinsgesetzes. Davon wollen meine Freunde nichts wissen. Wir wollen, daß die Jugend in nationalem Sinne erzogen wird, aber sie gehört nicht ins politische Leben und in den Kampf der Parteien. Die sittlichen Zustände in Berlin sind derartig, daß die Polizei sich einmal gründlich damit befassen sollte. Ich verweise nur auf die Postkarten, die uns beim Justizrat auf den Tisch des Saales gelegt wurden. Der Verunglimpfung in der Dürmarckenfrage ist unbedeutend. Wir haben auch in dem gegenwärtigen Landwirtschaftsminister das Zeugnis, daß er das Erforderliche tun wird. Aber in der Erklärung des deutschen Elements in den Ostmarken ist noch nicht genug geschehen. Die Dinge brennen uns auf den Nägel. Die Worte, die der Abg. Kocian in der Generaldebatte des Landwirtschaftsministeriums verlesen hat, sind durch einen niederrichtigen Teufel aus dem Bureau des Ostmarkenvereins entwendet worden. Wir haben die russischen Arbeiter ins Land gezogen, um durch sie die polnischen zu ersetzen. Wenn aber Dinge vorzunehmen sein sollten, die nicht zu billigen sind, so wird der Ostmarkenverein selbst das in Ordnung bringen. Wir begrüßen es, daß die gesamte deutsche Presse jene Briefe nicht veröffentlicht hat. Es ist zu bedauern, daß das Zentrum im Reichstage die Ostmarkenzulage abgelehnt hat. — Das preussische Wahlrecht ist in der Tat die Kernfrage der deutschen Politik. Diejenigen Staaten, die mit der Sozialdemokratie koalieren, werden nicht standhalten.

wenn die Sozialdemokratie die Dinge zum Klappen bringt.

Der Abg. Grant hat gesagt: Entweder kommt die Majorität des preussischen Wahlrechts oder der Waffenscheck. Nun, die Reform wird niemals kommen. Und wenn der Waffenscheck kommt, so erwarten wir, daß die preussische Staatsregierung ihren Mann steht. Wenn das Reichstagswahlrecht in Preußen eingeführt werden würde, würde das Reichstagswahlrecht auch in sämtlichen Stadtgemeinden Preußens fallen. Herr Cassel! Dann wäre es mit dem angeführten König von Berlin vorbei und Aboli Hoffmann würde die Krone tragen. (Große Heiterkeit.) Das Wort vom angeführten Königswort läßt sich nicht ändern erhalten. Wir vertreten die Interessen der Monarchie, und wir würden diese Interessen auch eventuell einmal gegen den Wunsch des Königs vertreten. Die Rede des Abg. Richter hat uns an die besten Zeiten der Nationalliberalen erinnert. In der Wirtschaftspolitik stimmen wir, wie uns die Rede des Abg. v. Henselbrandt gezeigt hat, ganz mit den Deutsch-Konservativen überein. Die Rede des Abg. Richter hat in der Rede des Abg. Schiffer ein entsetzendes Echo gefunden. Er hat linksliberale Wähler in den altliberalen Reihen geschüttelt. Wir haben im Gegensatz zu der schwankenden Haltung der Nationalliberalen stets die Politik der geraden Linie verfolgt. Wir stehen der Politik des Reichskanzlers vollkommen selbständig gegenüber. Er hat sich ein dauerndes Verdienst durch die Durchbringung der Wehrvorlage und durch die Lösung der Wahlenfrage erworben. Aber wir können uns

Ein Kampf mit Wilderern.

In der Nacht vom Montag sind der Hirschläufer Schmidt und der Reiterjäger Ludwig in Eckartsberg a. M. Unruh mit Wilderern zusammengestoßen. Ludwig wurde getötet und Schmidt schwer verwundet. Die Gerichtscommission fand die Leiche im Walde, 10 Meter davon entfernt ein erlegtes Reh. Der Täter ist unbekannt. Der getötete Förster ist Familienvater.

Eine Sittlichkeitsaffäre in Duisburg.

In Duisburg befaßt sich die Öffentlichkeit mit einer Sensationsgeschichte, die auf 175 Str. O. S. bahrt. Am Sonntag abend hatten sich etwa hundert teils als Damen verkleidete Männer zu einem Kostümfest vereinigt. Sie feierten Orgien, als plötzlich fünfzehn Kriminalinspektoren unter Führung eines Kommissars dem Gänge ein Ende machten. Bei Feststellung der Personalfälle ergab sich, daß Herren aus allen Schichten der Gesellschaft: Aerzte, Apotheker, Kaufleute, daneben Kellner als Damenimitatoren anwesend waren. Die Leute kamen aus Münster, Solingen, Dortmund, Essen, Berlin, Hamburg usw. Der Kriminalpolizei war bereits längere Zeit bekannt, daß derartige Orgien in Duisburg gefeiert wurden. Als von der Düsseldorf Polizei gemeldet wurde, daß am Sonntag in Duisburg Männer-Maschinenball stattfinden sollte, nahmen Kriminalbeamte am Bahnhof Aufstellung und verfolgten gewisse maskierte Reisende. Auf ein bestimmtes Klopfzeichen öffneten sich den bekannten Gästen die Türen zum Saal, in dem die Festlichkeit stattfand. Als Kriminalbeamte in den Saal eindrangen, veruchte eine Anzahl Personen durch das Fenster zu entfliehen; diese Flüchtlinge wurden aber von den vor dem Saale postierten Kriminalbeamten verhaftet.

Strafgericht des Ostmörders Kopf.

Der zum Tode verurteilte Ostmörder Kopf hat ein Gnadengesuch eingereicht, in dem er in erster Linie um Wiederaufnahme des Strafsens bittet. Kopf hat bekanntlich behauptet, daß er kurz vor dem Tode seiner ersten Frau noch keine Bogillen belesen hatte.

Ein Million Dollar für den Flug um die Welt.

Die Regierung der Panamalanstellung in San Francisco beschäftigt den Preis für den Rundflug um die Welt auf eine Million Dollars zu erhöhen. Auch sollen die Bedingungen für die Zulassung der Strecke bedeutend erleichtert werden, da die Zeit, in der die Strecke durchzulegen ist, auf 120 Tage erhöht wurde.

Sturm auf dem Atlantischen Ozean.

Nach Berichten dreier im New Yorker Hafen eingelaufener Dampfer, „Kaiserin Augusta“, „Regentia“ und „Broderick“, wütet in den letzten Tagen auf dem Atlantischen Ozean ein fürchterlicher Sturm. Alle drei Schiffe haben Havarien davongetragen. Am schwersten betroffen ist die „Regentia“, die außerdem sämtliche Rettungsboote verloren hat.

durchaus nicht in allem mit seiner Politik identifizieren. Wir bedauern es, daß der Reichskanzler so empfindlich gegen Angriffe ist.

Parlamente sind doch keine Mädchenpensionate

(Weiterkeit.) Durch die Belastung des Besitzes durch die neuen Steuern ist eine allgemeine Mißbilligung im Lande erzeugt worden. Wir hoffen, daß im Hinblick darauf mit der sozialen Gesetzgebung endlich Schluss gemacht wird. Das Korrolat der Sozialgesetzgebung ist eine energetische Bekämpfung der Sozialdemokratie. Freilich, auf ihrem (zu den Sozial-) Parteien haben sie sich Mühe gegeben, einen gebildeteren Ton anzuschlagen. Gewiss, in ihrer Partei, das erkenne ich an, ist viel Bildung, viel Streben. Aber Ihnen fehlt die Herzgebildung. (Abg. Dr. Hoffmann: Das sagen Sie!) Es ist nicht wahr, daß nur die Reichsvereinsvereine eschäftigt sind. Sie (z. B. Lützen) haben einen Reichstagsklub im Reichstage betrieben, der jeder Beschreibung wert ist. In diesen Reichstagen war eine außerordentliche Provokation des Königs von Preußen enthalten. Wir lassen den süddeutschen Staaten ihre Eigenart, aber wir wünschen auch die Eigenart Preußens zu erhalten. (Lebh. Beifall rechts.)

Abg. Vinz (Ztr.)

Ich spreche über das Verhältnis der Staatsregierung zur Gemeindeverwaltung in der Rheinprovinz. — Das Vorgehen des Polizeipräsidenten gegenüber dem Verband der Schutzleute läßt sich nicht rechtfertigen. Denn in den Statuten des Vereins findet sich nichts Anstößiges, nichts, was die Erfüllung der Beamtenpflicht beeinträchtigen könnte. Die Regierung darf den Zusammenschluß der Beamten zu Vereinen nicht durch solche harten Verbote zu hindern suchen. — Ferner wendet sich der Redner gegen die verächtliche Schlußfolgerung der privaten Detektivinstitute. Der Kölner Polizeiprozess hat die Tätigkeit der dortigen Polizei bloßgestellt. Auch die Sittenlosigkeit in Köln läßt die Frage auf dem Boden schließen. Der Redner beklagt weiterhin die Verhütung der Bildung, namentlich in den wohlhabenden Ständen der Großstädte, die machende Unfähigkeit und den immer mehr um sich greifenden Gebrauch der Konzeptionsmittel, dem nur die religiöse Erziehung des Volkes entgegenwirken könne. Die Verhütung der Unfähigkeit würde auch durch den Einfluß der Zeitungen unterbunden werden. An ihnen müßten wir ein Muster der Sittlichkeit haben. (Lachen b. d. Soz. — Beifall im Zentrum.)

Minister v. Dallwitz:

In Köln ist bereits auf Anordnung der Regierung eine Verschärfung der Sittenpolizeilichen Praxis eingetreten. — Der Prozeß Solmann hat enthüllt, daß leider unwürdige Elemente lange Jahre in der Kölner Polizeimannschaft ihr Wesen getrieben hat, ohne daß es gelang, sie zu entfernen. Schon vor dem Prozeß Solmann haben die Behörden die Kölner Polizei unter die Lupe genommen; aber das ergriffene Verfahren gegen den Kommissar mußte wieder eingestellt werden. Im Jahre 1912 erfolgte ein Verstoß des Panne-mann. Die Beschuldigung der Unfähigkeit richtete sich auch gegen die höchsten Kölner Polizeibeamten. Aber das vom Staatsanwalt gegen den Polizeipräsidenten angebrachte Verfahren hat die Galtlosigkeit dieser Beschuldigungen erweisen. Der Prozeß Solmann hat bewiesen, daß 70% der Kölner Polizeibeamten gegen den § 131 des Strafgesetzbuchs gefällig sind. Dieses tieftraurige Ergebnis hat zu Maßnahmen geführt, die eine Wiederholung derartigen Zustände verhindern sollen. Vielleicht hat auch eine Unklarheit über die Bestimmung betreffend die Erfüllung von Dienstaufgaben zu diesen Mißständen Anlaß gegeben. Das Vorgehen des Polizeipräsidenten v. Jagow

gegen die Vereinigung der Berliner Polizeimannschaft

ist durchaus zutreffend, von einem Eingriff in das Reichsvereinsgesetz kann keine Rede sein. Die Mitglieder dieses Vereins haben, der Dienstausweisung entgegen, den Verein heimlich gegründet und sicherlich kann ein Verband der gesamten Polizeimannschaft von 6000 Mitgliedern nur den Zweck haben, einen Druck auf die vorgerichteten Behörden auszuüben. Als zur gleichen Zeit in England ähnliche Verbote erlassen wurden, hat sich dort nicht ein einziger Widerspruch dagegen erhoben. (Lebh. Beifall rechts. Widerspruch links.)

Abg. Dr. Bachnick (Sp.):

Wir erheben den schärfsten Protest gegen die Ausführungen des Abg. Karborff, der sich zum Jenor des Reichstages aufwarf und von der Herzensbildung, die er von anderen verlangte, selbst wenig bezog. In demselben Augenblick, wo Herr Karborff die Nationalliberalen zu seiner Partei herüberziehen suchte, verkehrte er den Abg. Schiffer. Das wirtschaftliche Leben befindet sich in unaufhaltsamer Entwertung. Da fordert der Abg. Karborff einen Stillstand der Gesetzgebung. Das Reichsvereinsgesetz gilt für alle Deutschen, auch für die Beamten. Einschränkungen dürfen nur insoweit erfolgen, als es im Interesse des Dienkes ist. Das Statut der von Jagow verbotenen Schugmannvereinigung enthält nichts, was eine Verletzung der Dienstpflicht hätte hervorruhen können. Die Mehrheit des Hauses steht nicht auf dem Standpunkte des Ministers. Die Schulpunkte waren der Meinung, daß man erst den Verein gründen müsse, ehe man in ihn eintreten könne. Sie haben vielmehr den Verein gleich nach seiner Gründung angezeigt. Einer der Schulpunkte, der sich für die Gründung des Vereins lebhaft interessiert hatte, wurde — das war die Antwort —

strafweise nach Jarzge verurteilt.

Der Gedanke der Organisation hat alle Kreise der Bevölkerung erfasst. Sogar die Richter haben sich organisiert und dieser Organisation gehören sogar Richter an. Vielleicht bildet sich noch eine Vereinigung gewisser Minister (Dr. Pitt). Das Reichsvereinsgesetz muß ungenügend gehandhabt werden. Die unbefugten Eingriffe in dieses Gesetz müssen aufhören. Der Brief des Dr. jur. Jagow enthält juristisch und politisch höchst bedenkliche Sätze, die den schärfsten Widerspruch herausfordern. Er stellt einen Eingriff in ein schwerwichtiges Verfahren dar und hat eine Mißbilligung bis über die Grenzen des Vaterlandes hinaus erzeugt. Was geschieht nun dem Herrn v. Jagow? Was geschieht, um die Wiederholung eines solchen Eingriffs zu verhindern?

Der Minister verweigert dem Ganze die Auskunft.

Zu dem Kontrollrecht des Parlaments gehört die Auskunftspflicht der Regierung. Hinsichtlich der Erteilung von Regierungsauskünften über das Verfahren gegen hohe Beamte hat sich der Minister der Justiz auf einen anderen Standpunkt als der Minister des Innern gestellt. Erst vor wenigen Tagen hat uns der Justizminister nämlich mitgeteilt, daß der Vorliegende in den Mittelprozess von der Justizverwaltung einen Verweis erhalten hat. Eine entsprechende Mitteilung über das Eingreifen der Regierung im Falle Jagow will der Minister des Innern nicht geben. Unser Beamtenrecht muß eine gesetzliche Basis erhalten. Vor allem müssen die unteren Beamten durch Rechtsgarantien vor Willkür geschützt werden. Die fortschrittliche Partei lehnt den nationalliberalen Antrag betreffend einen größeren Schutz der Arbeitswilligen und ein schärferes Vorgehen der lokalen Polizeibehörde beim Ausbruch von Streiks ernstlich ab. Der Antrag der preussischen Nationalliberalen geht noch weiter, als der Antrag der nationalliberalen Reichstagsfraktion. Es ist schädlich, die unteren Polizeibeamten, die im Falle von Arbeitsfreistellungen kaltes Blut bewahren müssen, zu schärferem Vorgehen aufzureizen. Die konservative Unterstützung haben Sie (zu den Mit.) ja. Im Reichstage erziehen Sie bei seiner jetzigen Zusammenstellung nichts. Sie beschwören also nur neue Kämpfe heraus und

brühen der Sozialdemokratie neue Waffen in die Hand.

Überall, wo ein Organisationszwang vorkommt, muß das Gesetz eingreifen — mag es sich um Arbeitnehmer oder um Arbeitgeber handeln. Die bestehenden Bestimmungen sind vollkommen ausreichend für einen genügenden Schutz der Arbeitswilligen. Das Sozialengesetz steuert, die Zuchtansvorlage wurde abgewiesen — jetzt nennt man das gleiche Arbeitswilligen-gesetz. Der ganze Antrag läuft auf ein Ausnahmengesetz hinaus. Das die Reform des preussischen Polizeirechts betrifft, so müssen die Minister, da die Aufgabe beim ersten Angriff nicht gelöst wurde,

jezt eine neue Vorlage bringen, wenn sie das Wort des Königs respektieren. Das Volk verlangt danach. Nur wenn diese Frage gelöst ist, wird sich die Kluft zwischen den Alt- und Neupreußen zwischen Süd- und Norddeutschland schließen. (Lebhafte Beifall links — Widerspruch rechts.)

Abg. Dr. Lohmann (Natl.):

Die Rede des Abg. v. Karborff hat uns nicht an die besten Zeiten der freikonservativen Partei erinnert. Die Gefahr, die die Sozialdemokratie bildet, besteht ebenso in ihrer Doktrin und in ihrer wirtschaftlichen Praxis, wie ganz besonders auch in dem Glauben, den sie in der Bevölkerung gegen die großen Gestalten der Geschichte zu verbreiten bestrebt ist. Es ist z. B. unglücklich, in welcher Weise die von uns so hochverehrte Königin Lilié von dem „Bremer Bürgerzeitung“ und in sozialdemokratischen Lichtbildern vorträgen anlässlich der Hundertjahrfeier im vorigen Jahr beschmutzt worden ist. Die wirtschaftlichen Ideen der Sozialdemokratie sind das geben die Revolutionisten zu, durch die Entwicklung immer mehr entkräftet worden. Durch den Haß, den die Sozialdemokratie verbreitet, erreicht sie nur eine Stärkung des Einflusses der Reichsregierung. So erwächst uns die Aufgabe, die nationalen Arbeiterorganisationen, die wir für den inneren Frieden unserer nationalen Entwicklung gebrauchen, immer mehr zu stärken. Im Zusammenhang damit beklagen wir die Streitigkeiten, die sich im Anschluß an die Gewerkschaften in den letzten Tagen in der Presse abgespielt haben — gerade aus dem Gesichtspunkt des Kampfes gegen die Sozialdemokratie. Können wir auch

das Vorgehen der christlichen Gewerkschaften durchaus nicht immer gutheißen.

so beklagen wir die Auslassungen des Kardinals Kopp, die die Gefahr einer Zertrümmerung der christlichen Gewerkschaften heraufbeschwören haben. Unser Antrag will nicht in die wirtschaftlichen Kämpfe eingreifen. Es wäre politischer Wahnsinn, den Arbeitern das Grundrecht der Koalition nehmen zu wollen. Wir wollen uns nur gegen die Ausartung des Koalitionsrechtes im Koalitionszwange. — In folgenden Ausführungen wendet sich der Redner gegen die Kirchenaustrittsbewegung. Viele Arbeiter treten nicht aus Überzeugung aus der Kirche aus, sondern unter dem terroristischen Zwange der Sozialdemokratie und ihrer verbreiteten Agitation. Allerdings hat sich die Kirche in einer sehr ungeschickten Weise gegen die Austrittsbewegung zu wehren gesucht. Mit Recht hat der Abg. Niebisch betont, daß ein innerer Zusammenhang zwischen der Konfession und der Kriminalität nicht besteht. Der Redner bespricht im folgenden eine Reihe von Ausschreitungen einzelner konservativer, sozialistischer und zentrumsblättriger gegen die nationalliberale Partei, und tritt für eine Fortsetzung der bisherigen Polizeipolitik ein. Der § 1 des Feuilletongesetzes darf nicht aufgehoben werden (Anrufe im Ztr.). Wir erwarten, daß uns die Regierung in der nächsten Session eine Vorlage zur Reform des Wahlrechtes vorlegen wird. Das Herrenhaus muß mehr als bisher ein politisches Spiegelbild des Volkes werden. (Heiterkeit links.) (Beifall b. d. Natl.)

Abg. Dr. Seyda (Pole)

bespricht ausführlich die systematische Unterdrückung der Polen durch die preussische Regierung mittels einer unzulässigen Handhabung und Auslegung des Vereinsgesetzes und kritisiert im Hand zahlreicher Dokumente die gegenwärtigen Dienste, die sich im Polen-kampfe die Regierung und der Ostmarkenverein leisten. (Zuruf Abg. Hoffmanns: Eine Hand wäscht die andere!) — Die intimen Beziehungen des Ostmarkenvereins zu den Russen, die in Verbindung mit den gewalttätigen Methoden des Anarchismus gegen die Polen vorgehen beweisen die ganze Verlogenheit der konservativen Staatschützen. Der Ostmarkenverein treibt ferner die Regierung zu einer scharfen Durchsuchung des Untergrundvereins an. In dem geheimen Briefwechsel des Ostmarkenvereins wird der Kaiser geschmähdlicher Weise mit Nummer 59, der Reichskanzler mit Nr. 61 und der Regierungspräsident Schwarzkopf mit „Schwarzkopf“ bezeichnet. Gestützt auf die preussische Verfassung zweifeln wir nicht, daß auch auf uns der Satz seine Geltung finden wird: Saum origine. (Beifall b. d. Polen.)

Nach einer persönlichen Bemerkung des Abg. v. Karborff, in der er sich verwardet mit seinem Angriff auf den Abg. Schiffer die nationalliberale Partei angegriffen zu haben, verlagte sich das Haus auf Dienstag 11 Uhr: Zentrumskontrollation wegen der Automobilmisfälle und Fortsetzung der Beratung des Etats des Ministeriums des Innern. Schluß: 5 1/2 Uhr.

Parteiangelegenheiten.

Adolf Ged vollendete am 9. Februar sein 60. Lebensjahr. Jahrzehnte aufreibenden Kampfes hat er hinter sich, denn er stand schon in den ersten Jahren des Ausnahme-Gesetzes auf dem badischen Vorposten und holte sich in jener Zeit anderthalb Jahre Gefängnis. Das badische Parteiblatt, „Der Volksfreund“, ward von ihm gegründet und lange Zeit auf eigene Gefahr von ihm herausgegeben. 1897 begann die parlamentarische Laufbahn Adolfs Gedts mit seinem Eintritt in den badischen Landtag, dem er jetzt noch angehört; im Reichstage vertrat er die badische Residenz von 1894 bis 1912. Seit 1902 gehört Adolfs Ged auch der Kontrollkommission der Partei an.

Frauenbewegung.

Eine Frauenkonferenz des Bezirks Nordwest tagte am Sonntag im Parteihause in Bremen. Der Bericht des Bezirkssekretärs ergab, daß die Frauenorganisation des Bezirks im letzten Jahre an einzelnen Orten sehr gute Fortschritte gemacht hat, während namentlich in den Orten, wo die Werftarbeiter wohnen, die Zahl der politisch-organisierten Frauen infolge des Werftarbeiterstreits zurückgegangen ist. Die Zahl der organisierten Frauen liegt in den 5 Wahlkreisen vom 1. April 1913 bis 1. Januar 1914 von 5726 auf 8224 Mitglieder. — Zum Schluß sprach die Genossin Metz über die Agitation unter der weiblichen Jugend. Aufgabe der Frauen sei insbesondere, sich in den Dienst der Jugendbewegung zu stellen.

Als alleinstütziges Waschmittel ist

Minlosches Waschwasser

Wie ein Mann hängen Millionen daran.



19064

Nur echt mit dieser Schutzmarke
seit langem geschätzt und berühmt
Preis: 25 Pfennige das Ein-Pfund-Paket
Zu haben in allen Drogen-, Kolonialwaren- u. Selbstgeschäften.

Beziehen der Versicherung zum ersten Male einen Rückgang in den Ausgaben nach:

Table with 2 columns: Item, Amount. 1911 wurden ausgegeben: an Prämien 168.973.704,22 Mark, an einmaligen Leistungen 10.246.469,70 Mark, Summa 179.220.173,92 Mark. Für 1912 sind aber folgende Zahlen verzeichnet: Ausgaben für Renten 170.650.892,20 Mark, an einmaligen Leistungen 1.089.805,00 Mark, Summa 171.740.697,20 Mark.

Die Versicherten haben also 1912 580.476,63 Mark weniger erhalten als im Jahre 1911. Dabel ist der Reichsausschuß gefolgt. Dieser betrug im Jahre 1911 58.288.120,70 Mk. und im Jahre 1912 aber 54.292.879,55 Mark und ist um 1.009.758,85 Mark höher als im Vorjahre. Die Ausgaben der Versicherungsträger sanken um 1.590.285,48 Mark.

Das ist durch die Einführung der Hinterbliebenen-Versicherung herbeigeführt. 1911 wurden an Beitrags-erstattung 10.246.469,90 Mk. ausgezahlt. Dieser Teil der alten Versicherung ist in Wegfall gekommen, weil man das Geld angeblich zur Durchführung der Hinterbliebenenversicherung gebrauchte. Für solche Frauen, die sich 1911 bereits verheiratet hatten, oder Krüppel, die 1911 verunglückt oder Familienväter, die 1911 verstorben waren, wurden 1912 noch 769.590 Mk. Beitragserstattung ausgegeben. Aber an Witwen- und Waisenrente gab man 1912 nur 1.048.870 Mk. Im Jahre 1911 hatten sie durch die Beitragserstattung 4.050.108 Mk. gehabt, 1912 hatten sie zusammen mit der Beitragserstattung nur 1.816.460 Mk. Durch die Witwen- und Waisenversicherung haben sie also nicht einmal die Hälfte, die sie ohne diese Versicherung gehabt haben.

Dabei wurden durch die Beitragserhöhung 64 Millionen Mark an Beiträgen mehr erhoben als im Jahre 1911.

Als bei Veratung der Reichsversicherungsordnung unsere Genossen diese Wirkung vorauslagten, und die ganze Heuchelei emporboten, wobei der Ausdruck Witwen- und Waisenversicherung gebraucht wurde, da schrien die Heuchler aus den Reihen der bürgerlichen Parteien.

Jetzt möge man sie fragen, ob sie diese Wirkung des Gesetzes gewollt haben?

Borbereitung zum Zollkrieg.

Wie wenig der Optimismus des Staatssekretärs Dr. Delbrück hinsichtlich der Erneuerung der Handelsverträge berechtigt ist, hat gleich nach seiner letzten Zollrede im Reichstag eine scharfe österreichische Note gezeigt. Wie Österreich bereitet sich aber auch Rußland auf den handelspolitischen Kampf vor. In einer Sitzung der Budgetkommission der russischen Duma richtete der Abg. Schingarew an den Minister Salomon die Frage, was die Regierung zum Abschluß des neuen deutsch-russischen Handelsvertrags vorbereite. Es liege, so meint der Redner, die Befürchtung vor, Deutschland könne Rußland bis zum Jahre 1917 irgendwelche äußere Verwicklungen wie im Jahre 1904 bereiten, um sich besonders günstige Bedingungen zu sichern. Der Minister antwortete darauf, daß solche Befürchtungen der Begründung nicht entbehren. Die von Schingarew angebotene Möglichkeit werde von der Regierung erwogen und berücksichtigt werden.

Falls der telegraphische Bericht richtig ist, handelt es sich um eine schwere Beschuldigung der deutschen Regierung durch den russischen Minister. Kann die Richtigkeit der Beschuldigung bewiesen werden, dann wird es Sache der Opposition im Reichstag sein, mit der Regierung darüber abzurechnen. Andernfalls müßte man sich aber wundern, daß sich der russische Minister des Auswärtigen mit einer so

schweren Beschuldigung gegen eine fremde Regierung identifiziert, ohne Beweise für sie in Händen zu haben.

Auf alle Fälle zeigt der Vorfall in der russischen Budgetkommission, daß Rußland beim Abschluß des neuen Handelsvertrags weitgehende Zugeständnisse verlangen wird, und daß es sich für den Fall der Ablehnung auf die schärfsten handelspolitischen Gegenmaßnahmen vorbereitet. Für die deutschen Schutzvölker ist die Haltung der russischen Regierung, die ja nicht vereinzelt besteht, ein Gegenstand schwerer Fragen. Die „Rölnische Volkszeitung“ fordert eine Novelle zum Zolltarif, damit die Regierung eine stärkere und klarere Position bekomme. Das kann in diesem Zusammenhang nur heißen, daß die Zölle als Junger-tarife von 1902 noch höher hinaufgesetzt werden sollen. Die „Deutsche Tageszeitung“ ist natürlich von diesem Vorschlag sehr begeistert. Dem Auslande müsse die Ueberzeugung beigebracht werden, daß das deutsche Reich sich unter allen Umständen und mit allen Mitteln für den Fall einer Kündigung rüsten wird.

Die Scharfmacher des Zollkriegs, die Interessenten, die im Trüben zu fischen hoffen, arbeiten von beiden Seiten einander in die Hände. Die „bewährte Wirtschaftspolitik“ treibt aber durch das Geleg der Entwicklung immer weiter in eine handelspolitische Nüstungsbege, die schließlich zu einer wirtschaftlichen Katastrophe drängt.

Zolldemagogie.

Das Zentrum scheint gegenwärtig nach gemeinsamer Verabredung die Parlamente der Einzelstaaten zu mißbrauchen, um recht überflüssige Zolldebatten zu entfesseln. Die einzelnen Agrarerzeugnisse werden nach der Reihe vorgenommen und mit jedem werden dann die gleichen Zoll-tiraden losgelassen.

Der Grund dieser parlamentarischen Zollagitation ist klar. Gerade bei den landwirtschaftlichen Erzeugnissen, bei denen im wesentlichen die kleineren Bauern interessiert sind, merkt die Bevölkerung sehr, wie schmächtig die Bauern von den liberalen und konservativen Vorkämpfern des feudalen Großgrundbesitzes betrogen worden sind. Trotz allem Zollschutz geht es den Wein-, Getreide- und Hopfenbauern schlimmer denn je. Selbst die leichtgläubigsten Zentrumsanhänger auf dem Lande spüren jetzt am eigenen Leibe, wie schlimm sie an der Nase herumgeführt worden sind. Darum steht das heuchlerische Geschrei nach Zoll-herabsetzungen, deren Unmöglichkeit das Zentrum selbst am besten kennt.

Die bayerische Abgeordnetenkammer leidet besonders unter diesem demagogischen Sopsopokus. Erst kam der Wein, dann die Getreide und am Sonnabend begann man beim Hopfen die alten Reden zu wiederholen. Die-mal hätte die Sozialdemokratie einen Gegenantrag gestellt, der auch den gläubigsten Zollanwärtigen zeigen muß, wo für die Hopfenbauern das Weil liegt. Während die liberale Mehrheit vom Ministerium gestützt veranlaßt, im Bundesrat dafür zu sorgen, d. h. die Hopfenzölle erhöht würden, forderte ein sozialdemokratischer Antrag die Regierung auf, Sorge zu tragen, daß die Zölle des Auslandes auf Hopfen und Bier herabgesetzt werden. Daß dieser sozialdemokratische Antrag berechtigt ist, gab auch das Zentrum zu, und es wird sich wohl entschließen müssen, den sozialdemokratischen Bauernschutzantrag anzunehmen.

Die Liberalen sind in dieser Frage sehr gespalten. Ein Teil ist gegen die Zollherabsetzung, ein anderer erweist sich den Hochagrariern als hörig und unterstützt so die aus rein agitatorischen Gründen angezettelte Zolldemagogie des Zentrums.

Das „Innere“ von Preußen.

Im preussischen Abgeordnetenhause steht jetzt der Etat des Innern zur Beratung. Das Enjeu der Polizeiwilktir, der schrankenlosen Gewalt Herrschaft einer brutalen Minderheit steht vor dem Gericht der Öffentlichkeit. Aber nie ward die Anklagebank von einem tropigeren Angeklagten geziert: keine Stätte in der Welt gibt es sonst, wo man sich einer moralisch verurteilenswerten Handlungsweise so mit eiserner Stirn rühmen kann wie in diesem Hause. Was drei Viertel

der Bevölkerung verabschieden und verdammen, wird aus stolzem Munde als Vorzug des Landes gepriesen. Man weiß, wie es drinnen tief im Innersten von Preußen aussieht, dann lese man die Rede des Abgeordneten v. Kardorff, sie gibt ein klares Spiegelbild des Geisteszustandes in dem sich die in Preußen herrschende Klasse befindet. Ist ein Ausbruch reaktionärer Tollwut, der beinahe schon das Krankhafte greift.

Herr v. Kardorff, der die Sozialdemokratie mit Ausnahme gefesselt bekämpfen will, hat sich vermaßen, das Wort auszusprechen: Die Wahlreform wird nicht kommen. Und er sieht schon im Geiste den Massenstreik der Proletariats, rät der Regierung, in solchem Fall „auf die Posten“ zu bleiben. Ehe die Junkerlaste das kleinste Stübchen ihrer schamlosen Vorrechte aufgibt, mag das Blut in die Adern fließen. Mag alles brüder und drunter gehen, mag die Industrie leiden, mögen Tausende hingeopfert werden, die Aufgabe, die die Thronrede von 1908 als die wichtigste der Gegenwart bezeichnete, darf nicht gerührt, an dem elendesten aller Wahlsysteme darf nichts geändert werden!

So der Junker v. Kardorff. Mögen seine Worte den Entrechteten Preußens auf der Seele brennen: „Die Wahlreform wird nicht kommen!“

Immer feste drauf!

Ein Beamter soll die Sozialdemokratie auf alle Art bekämpfen; diesen Grundlag hat der Disziplinarerat des preussischen Obergerichtspräsidenten von neuem aufgestellt. In einer Landgemeinde war infolge der Stimmenthaltung des Gemeindevorstehers ein Sozialdemokrat in die Schulkommission gekommen. Eine Anzeige gegen den Gemeindevorsteher hatte die Einleitung des Disziplinarverfahrens zur Folge. Der Disziplinarerat des Obergerichtspräsidenten sah von einer Dienstentlassung des Gemeindevorstehers ab, verurteilte ihn jedoch zu einer Disziplinarstrafe in Höhe von 30 Mk.

Der Senat ging nach einer Mitteilung des „Berl. Lokal-anzeigers“ von folgenden Erwägungen aus: „Der Gemeindevorsteher mußte sich von vornherein bei einer Wahl von Schulorganen, die zugleich als solche Staatsorgane seien, sagen, daß eine Stimmenthaltung den Eintritt sozialdemokratischer Mitglieder in das Kollegium ermöglichen könnte. Wenn er dies zu verhindern unterlassen habe, indem er sich der Stimme enthielt, lasse dies einen bedauerlichen Mangel an politischem Scharfsinn erkennen, denn als Beamter hätte er auf jeden Fall durch seine Stimme verhindern müssen, daß Feinde der heutigen Gesellschaftsordnung und des Staates auf die Schule, die die Kinder nicht nur für den Lebensweg vorbereiten, sondern sie auch zum monarchisch geführten Menschen erziehen sollte, bestimmenden Einfluß erwinden. Seine Pflicht wäre es gewesen, selbst wenn der bürgerliche Kandidat ihm persönlich unehrlich erschien, diesen zu wählen. Es wäre nach der Wahl immer noch Zeit genug gewesen, seine etwaigen Bedenken an die Aufsichtsbehörde weiterzugeben. Es könne ihm auch nicht als Entschuldigung anzurechnen werden, daß er bei seiner Stimmenthaltung von dem Gedanken ausging, eine einmalige Wahl sozialdemokratischer Mitglieder würde durch die Aufsichtsbehörde doch nicht bestätigt werden.“

So wird die Selbstverwaltung der Gemeinden Stück um Stück zunichte gemacht und die Gemeindebeamten sind nach dem vorstehenden Urteil nicht mehr die Konsuln der Gemeinden, sondern die willenlosen Werkzeuge der Reaktion.

Unzureichende Versorgung der deutschen Schlachtviehmärkte.

Von Dezember 1913 auf Januar 1914 ist an den 40 deutschen Schlachtviehmärkten, für die eine fortlaufende Statistik vorliegt, wiederum ein leichter Rückgang des Auftriebs eingetreten, während in früheren Jahren regelmäßig eine erhebliche Zunahme zu verzeichnen war. Die Ausichten auf eine Ermäßigung der Fleischpreise werden durch diesen erneuten Beweis für die völlig unzureichende Versorgung des Inlandsmarktes wieder wesentlich herabgemindert. Es ist zu berücksichtigen daß

Sturmflut.

Roman von Friedrich Spielhagen.

91) (Nachdruck verboten.)

Drittes Kapitel.

Es war Ciraldi's Absicht nicht gewesen, so lange fernzubleiben. Der Besuch hatte nur ein Höflichkeitserbeugung sein sollen — eine Entwidlung des Besuchs, welchen er gestern Morgen seiner Erzellenz gemacht — aber der geistreich giprädige Herr hatte über die Dinge, welche sie bereits gestern erörtert zu haben glaubten, noch so viel zu sagen, noch so viel nachzutragen! Selbst, als er bereits an der Tür stand, die eine Hand auf dem Türdrücker, und den Hut, welchen er in der anderen hielt, manchmal vor die halb erkundeten, mit einer großen, grauen Wille bedeckten Augen fahrend, sie vor dem Nichte zu schützen, das allzu grell durch die gegenüberliegenden Fenster hereinfiel.

„Es erscheint mir“, den Klugheit der Menschen warnten zu lassen — sagte er mit einem sarkastischen Lächeln, das in dem hundertfachen Besicht zur innerlichen Grimasse wurde.

„Besonders, wenn die Warnung von dem mutigsten der Menschen kommt“, erwiderte Ciraldi.

„Und dennoch“, fuhr die Erzellenz fort, „auch ist er klug. Sie unterschätzen seine Klugheit, auch er ist mutig — bis zur Tollkühnheit: er liefert täglich Beweise davon. Menschen, wie er, meine ich, lassen sich überhaupt gar nicht par d'iance verstehen; die Hälfte zum mindesten des Jambors, den sie auf ihre Zeitgenossen ausüben, liegt in ihrer Persönlichkeit. Man muß solchen Leuten eben persönlich nahe stehen, sich mit ihnen in der Kammer herumzucken, sie in eine Hof-Soiree treten lassen, um zu begreifen, warum die Besten vor diesem Löwen in den Staub knien und schluchzen, wenn sie Opposition machen wollen, es doch nur bis zum Sturzschreien bringen. Glauben Sie mir, büchsehrer Freund, der Beurteilung solcher wahrhaft historischen Größen ist die räumliche Entfernung ebenso ungenügend, wie die Fernheit der Zeit. Nur in Rom glaubt Euch alles durch die Luft her zu tragen, er lären zu können, was einzig auf Rechnung der überweltigen Persönlichkeit des Namens kommt. genau so, wie gewisse Geschichtsphilosophen die wunderbaren Taten eines Alexander, eines Cäsar bis auf den Punkt über dem i ganz gelassen aus der Notwendigkeit der betreffenden aktuellen Verhältnisse konstruieren, als ob die Verhältnisse eine Maschine wären, die von Penjan abarbeitet, mag der Reiter oder ein Zugelohrer sie in Bewegung setzen.“

Ciraldi lächelte: „Ich danke, Erzellenz, im Namen seiner Heiligkeit, für dessen Ehren doch wohl die kleine geistreiche Letztion berechnen hat. Und es ist ja auch gewiß ganz gut, wenn seiner Heiligkeit von Zeit zu Zeit die andere Seite der Medaille gezeigt wird, auf daß er die Furcht nicht verlerne, welche der Anfang aller Weisheit ist, und der Notwendigkeit unseres Rates und unserer Unterwürigkeit vollständig eingeweiht ist.“

blühe. Nur in die ein Augenblicke, wo die Schatten der Wolken, die rings um unseren Horizont drohen, dunkel auf seiner Seele liegen, möchte ich ihm die Situation nicht gern schwieriger und den Mann der Situation nicht gern gefährlicher darstellen, als wir selbst sie setzen, die wir zu sehen gelernt haben. So habe ich denn auch die Abgleichsleistung gewissenhaft dazu benutzt, ihm den gesamten Mut ein wenig zu heben. Darf ich Ein. Erzellenz einen Beweis dafür liefern, wie nötig das war? Nun denn: Seine Heiligkeit sprach in fast den identischen Ausdrücken von der dämmernden Nacht des Erstgebens unserer allerheiligsten Kirche; er nannte ihn abwechselnd einen Räuber, einen Giganten mit hundert Armen, einen Wüder, einen Stolz, der, wie der Rhodische auf beiden Seitenmannern, so auf beide Seiten des Mannes seine Füße setzt. Wissen Erzellenz, was ich seiner Heiligkeit erwiderte: ich sehe bereits das Steigbügel aus der Höhe fallen, das dem Stolz die Füße zerstampfen wird. — Seine Augen glänzten auf, seine Lippen bewegten sich: er mißverstand sich innerlich das Wort: nichts ist mir es wert et sich vertheidigen, wie alles, was mir ihm einbläsen. Unsere Feinde werden lachen; aber den schwarzen Gemütern unter uns wird es ein Trost sein, wie es dem armen alten Manne zum schmerzhaften Tröste gereichte.

„Ich möchte lieber, es wäre ebenso wahr, wie es tröstlich klingt“, sagte die Erzellenz.

„Und ist es denn nicht wahr?“ rief Ciraldi, — „steht denn der Stolz nicht in Wirklichkeit auf thronen Füßen? Was helfen alle die geschwätzigen Reden von des Deutschen Reiches Macht und Herrlichkeit und kulturhistorischer Mission? Das Ende vom Liede, das er gipfentlich verschweigt oder höchstens, so ganz verloren, mit andägen löst, ist doch immer das harte preussische Königtum. Was hilft es ihm, daß er sich unruhig aus dieser in jene Rolle wirft und heute das allgemeine Stimmrecht proklamiert, morgen gegen den Sozialismus denner, übermorgen wieder die ausgebluteten Bourgeois wie ungezogene Schulknaben abwanzelt? Er ist und bleibt doch immer der Majoratsohn der Hohenzollern, mag er nun wollen oder auch nicht wollen in den Momenten der Ungeduld mit einem gelegentlichen weisen Jambor seines gnädigsten Herrn, des Jones über die Intelligenz der Hofkammer, und was ihm denn sonst die rote Seele erregt. Glauben wir Erzellenz: dieser Mann, trotz seines gewissenhaftigen Scherz getragenen liberalen Kritikalität vom Wirbel bis zur Hebe, und trotz seiner vielgerühmten Aufgeklärtheit voller mittelalterlich-romantischer Schwänke, kann von Herzen nie etwas anderes wollen und wird nie etwas anderes wollen als ein Königtum von Gottes Gnade. Und während er ein Königtum von Gottes Gnade will, arbeitet er doch auf eines von Volles Gnade los. Oder was heißt es anders, wenn er die Stellung vor dem Priestertum in dem Maße entwertet — nicht bloß vor dem Laienstand — die Interessen aller Priester. Glauben Sie von jeder Individualität getrennt — und die Willkür-lichkeit in die der unheimlichen Herrschaft des preussischen

ische Priestertum zieht, wird bald genug zutage treten. Ohne Priester aber kein Gott und kein Königtum von Gottes Gnade — das heißt: er sagt sich den Akt ab, auf dem er sitzt. Ober sollte er die Sache so ernsthaft gar nicht nehmen, sollte er, — was ich nicht glaube — so borniert und trübsal sein, das Ganze nur in dem Lichte eines Eitelkeitsstreites zu sehen, eines Kampfes um den Vortritt, dem er in dem Staate seiner Wache dem Majoratsohn und den Ständen vor den Priestern vordringen will, so würde ihn die Geschichte wieder ab absurbum führen, die auf allen Wärttern lehr, daß der Priester diese Unterordnung niemals akzeptiert, höchstens duldet, wenn es sein muß. Wir sind, wie wir immer waren und immer sein werden. Und Erzellenz, daß er das nicht begreift, daß er glaubt, uns durch Drohungen und Schreden einschüchtern und zu Geschöpfen seines Willens machen zu können — das ist seine Achillesferse. Er wird, wenn er steht, daß er auf diesem Wege nicht weiter kommt — ich hoffe, er steht es nicht so bald — versuchen, mit uns zu partieren und weiter zu partieren, und Schritt für Schritt in die Reaktion getrieben werden; gezwungen werden, den Widerspruch seines Jambors — das Königtum von Gottes Gnade — und seiner Mittel, die er aus der Kämmer der Revolution entlehrt hat — immer offener darzulegen; und dieser Widerspruch, in welchen er reaktionslos hineintreibt und aus dem die Revolution hervorgehen muß — denn kein Volk duldet auf die Dauer ein sich widersprechendes Regime — ist das Steigbügel, das schon im Rollen ist und die Lawine entfesseln und den Stolz zerstampfen wird.“

„Serve him right!“ Und Glück auf den Weg!“ sagte die kleine Erzellenz mit ihrem sarkastischen Lächeln; und dann — nach einer kleinen Pause: „Ich fürchte nur manchmal, wir machen den Satz mortale mit, und —“

„Stehen fester als je auf unseren Füßen“, fiel Ciraldi schnell ein: — „was haben wir von der Revolution, was haben wir von dem Volke zu fürchten? Nichts, schlechterdings nichts. Langt es heute um das goldene Kalb, wagt es sich morgen desto tiefer vor Jehovah im Glauben; jetzt es heute die Göttin Bernunft auf den Thron, flüchtet es morgen, wie ein Kind, das sich selbst hänge gemacht hat, in den Schoß der Mutter Straße zurück. Und wenn wirklich, wie Sie gestern sagten, der Darwinismus für Deutschland die Religion der Zukunft ist, — nun wohl: so werden wir die Darwinianer par excellence sein und die neue Lehre mit heiligem Eifer von den Stühlen der Unwissenheit verdrängen. Wissen wir doch, daß die Natur sich um so höher in ihren Schöpfen heilt, je ungeduldiger der vornehmliche Schiller daran zerrt. Und wenn er dann dem Nichte in die hohen Augen gestürzt hat und zertrümmert am Boden liegt, kommen wir, haben den armen Schölen auf und trösten ihn: gehe hin und sündige hinfort nicht mehr! Und er geht hin und sündigt hinfort nicht mehr in trübseligen Wissensdrang, denn die Lust der Unwissenheit ist leichter — und die Willkür-lichkeit — und erst dann demonstrandum.“ (Fortsetzung folgt.)

... bisher überhaupt noch in keinem Jahre möglich gewesen ist, dem Konsum dasjenige Quantum Fleisch zur Verfügung zu stellen, dessen er nach Ansicht medizinischer und volkswirtschaftlicher Autorität bedarf, wenn die Volksgesundheit nicht gefährdet werden soll. Im Monat Januar der Jahre 1909 bis 1914 betrug das Angebot an den genannten 40 Märkten in Millionen Kilogramm:

	1909	1910	1911	1912	1913	1914
Rinder	27,89	28,85	28,24	26,71	24,78	25,81
Rälber	8,98	4,43	3,70	4,23	3,77	3,52
Schafe	2,17	2,15	1,87	1,86	1,74	1,81
Schweine	82,20	88,67	87,30	48,71	87,15	40,77
Insgesamt	66,04	70,10	69,11	81,51	67,39	71,91

Das Angebot von Rindern, Rälbern und Schafen war im Berichtsmontat noch geringer als im Januar 1909. Deftlich das Angebot des für die menschliche Ernährung weniger ausgiebigen und bekömmlichen Schweinefleisches hat zugenommen.

Die neuen Männer in Elß-Lothringen.

In der Dienstaufnahme des elß-Lothringischen Landtages, er die neuen Minister v. Koedera und v. Stein bewohnten, rufft als erster Redner der neue Staatssekretär Graf v. Koedera das Wort, um sein Programm zu entwickeln. Viel war es nicht, was er sagte, jedenfalls war es nicht das, was man von den neuen Männern erwartete. Er erklärte zuerst, daß eine Umstellung seines Programms für ihn heute nicht in Frage kommen könne, denn seine Direktiven werden ihm vom Statthalter erteilt. Diesen Anordnungen werde er treu und zureichend Folge leisten. Im übrigen habe er keine große Sorge, daß er mit dem Haus nicht gut arbeiten könne. Soweit die Regierungsverwaltung.

Man trat dann in die Debatte über den Nachtrag des Haushaltsgesetzes ein. Nach Friedigung dieses Punktes ergriß der Abg. C. in die das Wort und stellte an den Staatssekretär die Frage, weshalb sein Programm so düstlich ausgefallen sei, da doch in der ganzen alldeutschen Presse zu lesen war, mit dem Einzug der neuen Minister werde auch eine neue Regierung in Elß-Lothringen plazierte. Einmal sagte er noch, wie es komme, daß der Reichskanzler im Reichstage anlässlich der hiesigen Debatte den Statthalter Wedel habe fallen lassen und damit zum Ausdruck gebracht, daß man in Berlin mit den Regierungsgeschäften des Statthalters nicht einverstanden war. Er fragte hierauf den Staatssekretär, weshalb er gerade auf diesen Punkt, der doch besonders interessanter, nicht eingegangen sei. Der Staatssekretär erklärte hierauf, er könne auf das Bestimmteste erklären, daß man in Berlin mit der Regierungspolitik des Grafen Wedel einverstanden war und daß man ihn nicht habe fallen lassen. — Darauf wurde vom Abg. Weber von der lothringischen Fraktion wie auch vom Abg. C. in angetragen, weshalb man denn überhaupt neue Männer in die Regierung einsetze, wenn man in Berlin mit dem Kurs des Statthalters Wedel einverstanden gewesen sei. Eine Antwort des Staatssekretärs erfolgte nicht.

Militärische Gerichtsverfahren in Bayern.

Wie die „Straßburger Neuesten Nachrichten“ aus Bayern melden, werden dort höhere Offiziere, die sich u. a. mit der Unzulässigkeit der im Pandurenstiller Inhaftierten befassen, deren Schadenersatzlagen demnach vor dem Zivilgericht zur Verhandlung kommen sollen. Den Inhaftierten wurde ein Verweigerungsbescheid gemacht, je 50 Mk. angeboten und außerdem sollen die bisher entstandenen Kosten von militärischer Seite gedeckt werden. Es ist noch nicht bestimmt, ob die Kläger den Bescheid annehmen, da manche darauf beharren, die Vorfälle vor dem Zivilgericht dargelegt zu sehen.

In der „Kreuzzeitung“ ist bekanntlich schon längst auf die „Gefahren“ der bevorstehenden Zivilprozesse aufmerksam gemacht worden. In der sicheren, juristisch wohlbegründeten Annahme, daß vor jedem Gericht, das kein Kriegsgericht ist, eine Verurteilung des Militärs erfolgen müsse, hat man dort geraten, es mit der Erhebung des Konflikts zu versuchen. Nachdem dieser Versuch gescheitert ist, schlägt man einen anderen Weg ein, um dem ordentlichen Gericht aus dem Wege zu gehen. Mit Geld will man alles aus der Welt schaffen, aber in Bayern handelt es sich zunächst nicht um Geld, sondern um Recht und die Befähigten täten gut daran, wenn sie einen außergerichtlichen Ausgleich ablehnten.

Kerze und Krankenlasten. Bei der Besprechung zwischen den Vertretern der Kerze und der Krankenlasten im Reichsausschuß über die Fassung der Ausführgesetzesbestimmungen zum Berliner Abkommen vom 23. Dezember 1913 ist eine Einigung erzielt worden. Einzelheiten sind jedoch nicht bekannt.

Was wo anders ähnlich so? Dem preussischen Abgeordnetenhaus ist folgender Antrag des Abgeordneten Braun (Soz.) und Genossen eingegangen:

„Das Abgeordnetenhaus wolle beschließen: Mit Rücksicht auf die in dem Prozeß Sollmann-Rölln gerichtliche festgestellten Mißbräuche wird die Regierung ersucht, eine Untersuchung einzuleiten, ob und in welchem Umfange ähnliche Mißbräuche bei Polizeiverwaltungen bestehen, und über das Ergebnis der Untersuchung, sowie über die beabsichtigte Verrückung der Mißbräuche etwa getroffenen Maßnahmen dem Abgeordnetenhaus Mitteilung zu machen.“

Gulion des Lloyd und der Papag. Dem „Berl. Lagerblatt“ wird mitgeteilt, daß zwischen dem Lloyd und der Hamburg-Amerika-Linie eine Einigung in Aussicht genommen worden ist, die eine Interessensfusion zwischen den beiden Gesellschaften sonder das nordatlantische Geschäft in Betracht kommt, anstrebt, jedoch die jetzt viel umstrittene Quotenfrage zwischen den beiden deutschen Gesellschaften überhaupt in Zukunft ausgeschaltet ist.

Weitere Vernehmungen im Kölner Polizeiprozeß. Außer den in dem Kölner Polizeiprozeß als Zeugen vernommenen Kriminalhauptleuten haben nunmehr auch die in den Prozeß verurteilten Polizeikommissare und der Kriminalkommissar Hannemann vor dem Untersuchungsrichter zu erscheinen. Sie sollen über die Annahme von Geschenken vernommen werden.

Eine gute Lektion. Das bekannte Parteiorgan der pommerischen Konservativen, die „Pommersche Tagespost“ hatte sich gegen unseren Dr. Georgs Weill aus Anlaß seiner Reichstagsrede über den Fall Habern am 4. Dezember unflätige Beleidigungen geleistet. Um diesen Wahrern aller Ordnung und Sitte einmal eine verdiente Lektion zu erteilen, hatte unser Genosse Dr. Weill Privatklage eingereicht. Am 4. Februar fand vor dem Stettiner Schöffengericht die Hauptverhandlung statt. Der verantwortliche Chefredakteur Dr. Rallisch wurde zu 50 Mk. Strafe eventuell fünf Tagen Gefängnis sowie zur Publikation des Urteils verurteilt.

Die sozialdemokratischen Bürgervereinigungen der drei Hansestädte Hamburg, Bremen und Lübeck hielten erstmalig am Sonntag in Hamburg eine Zusammenkunft ab. Behandelt wurden die Steuer- und die Schulfragen, die einer eingehenden Besprechung unter Klarlegung der deutschen Verhältnisse unterzogen wurden. Beschlüsse wurden nicht gefaßt. Einmütig stimmten die Versammelten einem Vorschlag zu, im nächsten Jahre wieder eine beratende Konferenz abzuhalten.

Kommunales. Das Städtische Gaswerk (Waden) wählte den Privatmann Josef Badler zum Bürgermeister. Er war unter der sozialdemokratischen Zeit ein eifriger Anhänger der Sozialdemokratie; zuerst gehörte er keiner Partei an. Sein Gegner war der Rathschreiber, ein Sozialdemokrat.

Ausland.

Die V. S. P. für die sozialistische Einigkeit.

Aus London wird uns geschrieben: Der Vorstand der V. S. P. (Britisch Sozialist Party) hat soeben ein entschiedenes und würdevoll gehaltenes Manifest an die Mitgliedschaft dieser Partei gerichtet, worin er sie auffordert, dem Rufe der Internationalen zu folgen und dem Anschluß der V. S. P. an die Arbeiterpartei zum Zwecke der Herstellung der sozialistischen Einigkeit in Großbritannien zuzustimmen. Die Frage wird auf der zu Ostern in London stattfindenden Jahreskonferenz der V. S. P. eingehend diskutiert und unmittelbar darauf durch eine Abstimmung der Gesamtmitgliedschaft endgültig entschieden werden. Es gibt ohne Zweifel noch viele Mitglieder in der V. S. P., die sich mit dem Gedanken des Anschlusses an die Arbeiterpartei nicht befreunden können und diese Mitglieder werden wohl weder in ihren Lokalorganisationen, noch auch auf der Jahreskonferenz mit ihren Ansichten hinter dem Berge halten. Aber es ist Tatsache, daß nicht nur der gesamte Vorstand sich einmütig für die Einigungsvorschläge einsetzt, sondern daß es auch im Lande kaum ein einziges nennenswertes Mitglied der V. S. P. gibt, das diese Vorschläge nicht unterstützt. Es ist demnach mit Zuversicht zu erwarten, daß die sozialistische Einigkeit in England schon in kürzester Zeit vollendete Tatsache sein und daß namentlich auf dem Wiener Internationalen Kongreß der britische Sozialismus bereits als vereinigte Körperschaft erscheinen wird.

In dem Manifest der V. S. P. heißt es unter anderem: „Wenn die V. S. P. gemäß dem Wunsche der ganzen internationalen sozialistischen Bewegung diesen Schritt unternimmt (d. h. die Einigungsvorschläge annimmt), so wird sie das nur als eine ausgesprochene revolutionäre sozialistische Partei tun, die den Klassenkampf anerkennt und dem kapitalistischen System allezeit unverwundliche Feindschaft entgegenbringt. Wir haben die Versicherung des Internationalen Sozialistischen Bureaus und der Einigungskonferenz vom 13. Dezember, daß über diesen Punkt kein Zweifel besteht. Die Arbeiterpartei selber ist der Internationale angegeschlossen... Sie hat ihre Statuten angenommen und hat sich ihnen vor der sozialistischen Bewegung der Welt verpflichtet — eine Verpflichtung, die die Glasgower Konferenz der Arbeiterpartei durch die Annahme einer Resolution bekräftigt hat, die den Sozialismus als Ziel der Arbeiterbewegung proklamiert. Die Unversichertheit unserer Stellung als einer revolutionären sozialistischen Organisation innerhalb der Arbeiterpartei ist demnach gesichert.“

Dies wurde auf der Einigungskonferenz vom 13. Dezember auch ausdrücklich anerkannt. Die V. S. P. wird sich aber als Partei den Reihen der organisierten Arbeiterschaft einfügen, um sie in der einzig möglichen Weise zu beeinflussen, nämlich dadurch, daß sie an ihren gemeinsamen politischen und wirtschaftlichen Kämpfen gegen die Mächte des Kapitalismus teilnimmt.“

„Daß sich die Politik der Arbeiterpartei in ihrer strengeren Kritik ausdrückt, wird von vielen Mitgliedern der Arbeiterpartei selber ganz allgemein angezogen. Aber so bedauerlich das auch sein mag, so sollte es doch keine dauernde Verurteilung der ganzen politisch organisierten britischen Arbeiterbewegung nach sich ziehen. Zahlreiche Irrtümer können verbessert werden, und was auch ihre Fehler sein mögen, müssen wir daran denken, daß die Arbeiterpartei der politische Ausdruck der Arbeiterbewegung dieses Landes ist, und daß ihre Mitgliedschaft gerade jene Elemente — die organisierten Arbeiter — umfaßt, deren Kämpfen um die wirtschaftliche Befreiung wir Sozialisten allein inneren Zusammenhang und ein Massenbewußtsein Ziel geben können... Die sozialistische Einigkeit kann nicht verzögert werden, bis alle Mitglieder der Arbeiterpartei revolutionäre Sozialisten geworden sind...“

Genossen! So richtig unsere Gründe in der Vergangenheit auch gewesen sein mögen, den Vorschlag zu verwerfen, daß der Anschluß an die Arbeiterpartei zum Zeitpunkt der sozialistischen Einigkeit in diesem Lande gemacht werde, so ist die Lage jetzt verändert. Das Gebot des Internationalen Sozialistischen Bureaus ist ein Rufus an uns, uns mit anderen Sozialisten zu verbinden, um innerhalb der Arbeiterpartei selbst das rote Banner des revolutionären Sozialismus zu erheben...“

Der große Erfolg, den die Einigkeit in anderen Ländern nach sich gezogen hat, sollte uns ermutigen, entschlossen vorwärts zu schreiten, in der Zuversicht, daß unsere sozialistischen Grundzüge in Großbritannien, wie überall unvermeidlich triumphieren müssen. In der Zwischenzeit werden wir das Gebiet unserer Möglichkeit, wie der sozialistischen Propaganda und Erziehung sehr erweitern und unseren Genossen in anderen Ländern ein Vorbild liefern, besonders denen in Rußland, wo die sozialistische Einigkeit noch zu vollziehen ist.

Wir tragen nicht nur die Verantwortung für unsere eigene Zukunft, sondern für die ganze internationale sozialistische Bewegung, deren Bestandteil wir bilden. Rechtfertigen wir diese Verantwortung durch die Ratifikation des Beschlusses eurer Delegierten, der euch jetzt unterbreitet wird:

1. Wahrung der Integrität und der revolutionären Ziele unserer Partei.
2. Die Gründung eines Vereinigten Sozialistischen Rats, bestehend aus Vertretern der V. S. P., der I. L. P. und der Galician Society, um die gemeinsame sozialistische Aktion auf internationalem, nationalem und lokalem Gebiet zu sichern.
3. Anschluß der V. S. P. an die Arbeiterpartei.

In diesem Geiste empfehlen wir den Mitgliedern der V. S. P. vertrauensvoll, dem jetzt an sie gerichteten Appell des Internationalen Sozialistischen Bureaus nachzukommen.“

Das Manifest ist von allen Mitgliedern des Vorstandes der V. S. P. gezeichnet, von denen die bekanntesten sind: P. W. Hyndman, Dan Irving und G. Moore Bell.

Die nichtenglichen Genossen können nur die zuverlässigste Hoffnung ausdrücken, daß die Mitglieder der V. S. P. diesem wohlwollenden Rufe ihrer eigenen gemäßigten Führer folgen mögen. Wären die vereinigten Sozialisten in demselben Geiste zusammen, den dieses Manifest atmet, dann werden die kühnsten Hoffnungen nicht enttäuscht werden.

Eine Rede des englischen Königs bei Eröffnung des Parlaments. Das englische Parlament ist am Dienstag nachmittag 2 Uhr mit dem üblichen Zeremoniell vom König eröffnet worden. Die Eröffnung erfolgte mit einer Ansprache des Königs, in der er seine Freude darüber ausdrückte, daß es ihm möglich sein würde, durch seinen bevorstehenden Besuch in Paris den herglichen Beziehungen zwischen England und Frankreich Ausdruck zu verleihen. Er drückte ferner die Hoffnung aus, daß die Ratschläge der Mächte in der albanischen Frage Würdigung finden mögen, was dazu beitragen würde, den Frieden im Südosten Europas zu erhalten. Er kam weiter auf die Verhandlungen zwischen Deutschland und der Türkei über Mesopotamien und die Bagdadbahn zu sprechen, die einen äußerst günstigen Verlauf nähmen und in Kürze ein befriedigendes Ergebnis erwarten ließen.

Städtisches Abwaken. Der Brina zu Wied hat einen Berichterstatter des „Corriere d'Italia“, der ihn nach seinen ersten Regierungsmassnahmen befragte, geantwortet: „Die ersten albanischen Truppen werden nach italienischem Vorbild bewaffnet werden. Ungehindert ist man damit beschäftigt, eine möglichst große Anzahl von Automobilverbindungen im Lande herzustellen; diese Einrichtung werde ich nach Ardien unterstellen. Die Stelle eines Parlamentarismus wird in meinem Lande einnehmen ein Kronrat einnehmen, der die verschiedenen

Stände vertritt.“ Abhart u. wird als nach dem Zeremonie alten Muster“ Preussens vom 17. und 18. August 1890 in 1890 werden.

Aufhebung der Dohrana in Rußland. Es wurde beschlossen, die Dohrana überall im Reich, außer in Petersburg, Moskau und Warschau, aufzuheben. Die Dohrana Abteilungen, die in den genannten Städten erhalten bleiben, sollen vollständig reorganisiert werden.

Neue Urwahlen in Japan. Das von der Deputation der Kammer eingebrachte Mißtrauensvotum wurde mit 20 gegen 188 Stimmen abgelehnt. Während der Debatte kam es zwischen Mitgliedern der die Regierung unterstützenden Seiyuwaikai-Partei und Mitgliedern der nationalistischen Rokuminto-Partei zu einem Handgemenge. Der der Rokuminto-Partei angehörende Abgeordnete Ito wurde bewußtlos hinausgetragen.

Im Dohriyapark wurde am Dienstag morgen eine gegen die Regierung gerichtete Massenversammlung abgehalten. In der Nähe des Parlaments und des Marineministeriums hatten sich große Menschenmengen angesammelt. Am Nachmittag brang die vor dem Parlament versammelte Menge, als die Ablehnung des Mißtrauensvotums mitgeteilt wurde, in die Gänge des Parlaments ein und versuchte, die Türen zu sprengen. Gegen Abend steigerten sich die Tumulte. Tausendend Polizeimannschaften in Zivil sind mobilisiert worden und bemüht, die Gefahr nächtlicher Unruhen abzuwenden.

Die chinesische Staatsreligion. Trotz der Proteste aller Andersgläubigen hat Präsident Yuanzhikai am Sonnabend abend ein Edikt veröffentlicht, durch das die Lehren des Konfuzius zur Staatsreligion erhoben werden. Die Zeremonie der Inbetriebung des Himmels wird vor dem Altar des Himmels zur Winterferienperiode abgehalten, und zu Ehren Konfuzius werden Dschien geopfert werden. Mehrere Zeremonien werden dann zweimal alljährlich stattfinden. Die Beamten in den einzelnen Orten werden dem offiziellen Gottesdienst beiwohnen, und das Volk, das bisher hiervon ausgeschlossen war, hat die Erlaubnis erhalten, seine Feiern in der Gärten abzuhalten. — Mit „Religion“ lassen sich eben die Völker doch am leichtesten regieren. Wer wollte in Preußen daran zweifeln.

Jugendbewegung.

Ein Pastor für die freie Jugendbewegung.

Der frühere Breslauer, jetzt Hamburger Pastor Schöbhorn, der kürzlich erst vom Geistlichen-Ministerium wegen seiner Tätigkeit im Wandbunde eine Rüge erhalten hat und der daraufhin als neue Zucht der Kirche seinen Austritt aus dem Wandbunde erklärt, hat jetzt auf neue seine erzborenen Brüder in Christo schmerz bereitet. In dem von ihm herausgegebenen „Gemeindeblatt für Hammerbrook“ (ein Arbeiterwohnbauverein Hamburgs) schreibt er:

„Die Eltern, deren Söhne und Töchter jetzt konfirmiert werden, sollten ihre Jungen und Mädchen in das (evangelische) Volkstum oder in den sozialdemokratischen Jugendbund schicken, damit sie keine „Wades“ würden.“

Tarob sind die bekannten „Hamburger Nachzügler“ ganz aus dem Glauben gefallen. Sie rufen den Kirchenvorstand an, diesem „trostlosen und jammervollen Zustand“ ein Ende zu machen. Nachdem Pastor Schöbhorn mit einer Empfehlung des sozialdemokratischen Jugendbundes dem Rat den Boden ausge schlagen, wird die „Schmach“ von dem Kirchspiel genommen werden; daß Schöbhorn kein Christ sei, sei doch nun sonnenklar erwiesen.

Wiso wird man über diesen unbequemen Geistlichen abermals hochnotpeinlich zu Gericht sitzen müssen. So leicht wird, wenn Pastor Schöbhorn nicht freiwillig geht, seine Entfernung von Amt aber doch nicht werden. Seine Zugehörigkeit zum Wandbunde konnte noch als Vorwand gegen die Entzweiung und das Interesse der Kirche gelten. Worin soll aber das antichristliche Verbrechen bei der Empfehlung einer politisch und religiös neutralen Organisation, wie es der proletarische Jugendbund ist liegen? Wir wissen es, Pastor Schöbhorn ist kein Sozialdemokrat. Wenn er als Geistlicher eines Bezirkes, in dem fast nur sozialdemokratische Arbeiter wohnen (eine Straße von Hammerbrook führt im Volksmund seit 1884 den charakteristischen Beinamen „Wesels Allee“, weil dort bei der Reichstagswahl fast alle Stimmen für Wedel abgegeben wurden), die Eltern der Arbeitkinder auf den proletarischen Jugendbund als geachtete Schutzstätte zur Bewahrung von jugendlichen Verirrungen hinstellt, so erfüllt er damit nur eine selbstverständliche Pflicht. Denn in eine andere, als die proletarische Jugendorganisation würden diese Eltern ihre Kinder doch nicht schicken. Pastor Schöbhorn will aber das Band, das hier und da noch zwischen Protestant und Kirche besteht, befestigen; er versucht, die der Kirche schon größtenteils entfremdeten Arbeiter zum Christentum zurückzuführen, wie er es in seinem evangelischen Gesellenverein in Breslau versuchte. Er handelt damit im Interesse der Kirche. Und dafür soll er nun, wie es den Umständen hat, aus dem Amt gejagt werden.

14139

Der beste Schuhputz ist



Urbin

Millionenfach verbraucht man ihn

In Dosen überall erhältlich. Fabrik: Urban & Loewig, Charlottenburg.

Refer! Gebraucht bei Euren Einkäufen unsere in...
 ...ferenzen und die Adressen des...
 ...Qualität-Vergleiches.

Nussbaum-Biere
sind hervorragend

Trinkt
Nussbaum-Lager

Trinkt
Nussbaum hell

Trinkt
Nussbaum-Pilsner

Trinkt
Nussbaum-Reform

Bereine und Versammlungen.

Sozialdemokratischer Verein Breslau.
Der nächste

Wahlverein Strehlen.
Sonntag, den 15. Februar, nach
mittags 3 Uhr:

Frauen-Abend

Wird Montag, den 16. Februar, abgehalten werden. Näheres
wird noch bekannt gegeben.
Der Vorstand.

Mitglieder-Versammlung
bei Frau Knoll.
Genehmigung des Vorstandes.
Nach der Versammlung Beschlüsse.
14423 Der Vorstand.

Stadt-Theater.

Mittwoch, 7 1/2 Uhr:
(Ordnungsbefehl)
„Der ungetreue Ehemann.“
Donnerstag 7 1/2 Uhr: 14352
„Das Mädchen
aus dem goldenen Westen.“
Freitag, 7 1/2 Uhr:
(Ordnungsbefehl)
„Die Matenkönigin.“
„Sajazzo.“
(Ballrezeptionsgesellschaft)

Lobe-Theater.

Mittwoch 7 1/2 Uhr:
„Der ungetreue Ehemann.“
Donnerstag 7 1/2 Uhr:
Sumbold-Verein. 14358
„Die heitere Besetzung.“
Freitag 7 1/2 Uhr:
„Der ungetreue Ehemann.“

Thalia-Theater.

Mittwoch, Gruppe H, 5. Vorstellung:
„Die Wildente.“
Freitag: Sumbold-Verein.
14364 6. Abonnement-Vorstellung.
„Die Wildente.“
Sombold-Verein: Weltreise-Vorstellung:
„Der müde Theodor.“

**Schauspielhaus
(Operettenbühne.)**

Mittwoch 8 Uhr:
„Polenblut.“
Donnerstag 8 Uhr: 14370
„Die Kinokönigin.“
Freitag und Samstag 8 Uhr:
„Polenblut.“

Liebich's Etablissement.

Täglich abends 8 Uhr!
Das brillante Februar-Programm.
u. a. 14379
Auto gegen Expresszug!
Bernhardt Mörbitz!
Sonntag, 15. Februar, 4 Uhr:
Nachmittags-Vorstellung.

Viktoria-Theater.

„Die Schiffbrüchigen.“
Auf Wochentag, 8 1/2, Sonntag, 8 U.
Nächste Nachm.-Vorstellung
Sonntag, den 15. Februar.
Bons wochentags gültig.

Union-Theater

Gruppenstr. 6, Karlsplatz
2 mehraktige Schlager:
Der Seiltänzer
Ergreifendes Artstückenrama, 2 Akte.
Der neuste Schlager
Spannendes Sittenbild, 2 Akte.

Nypromin

Bonbons
Gelegentlich gekostet unter Nr. 157214
Ausgang im Geschäft, von
bezüglicher Wirkung bei
Kusten
und 13449
Heiserkeit
Sie haben in Apotheken u. Drogerien,
in Breslau 20 Pfg. und in
Dosen à 50 Pfg. Fabrikant: Theodor
Schlossarek, Breslau X.

**Verkauf der Kostüme
von dem Jahrhundertfestspiel.**

Wir veräußern die bei dem Festspiel in der
Jahrhunderthalle in Breslau verwendeten Kostüme des
Chor- und Statistenpersonals (Damen und Herren).
Es sind vorhanden: Soldaten, Bürger, Studenten,
Handwerker, Harleline, Dominos, Empirekleider usw.
Der Verkauf findet wochentags von 11 bis
2 Uhr in dem Ausstellungsgelände am Grün-
eicher Weg gegen sofortige Barzahlung statt.

Die Ausstellungsleitung.

Einmalige Annonce! 14419
Bitte aufzubewahren!
Wichtig
für alle versicherungspflichtigen Berufs-
gruppen des Versicherungsgesetzes für
Angestellte!
Wichtig für Arbeitgeber und Aerzte!
Ankünfte werden erteilt und
Anträge auf Gewährung eines Heilverfahrens
entgegenommen durch den
**Ortsausschuss der Vertrauensmänner
für die Angestellten-Versicherung.**
Geschäftsstelle: Breslau II, Taubentz'enstrasse 25, I.

Die städtische Holzspaltenfabrik Niedergasse 10
erleichtert frei im Haus Kiefernholz bester Sorte
und zwar:
Rein gepaltene Aufsichtsbögel. 1 Ead zu 1.- 9544
Klein " Holz (ca. 2 cm stark) 1 " 0,90
" " do. 1 " 11.-
" " do. 1/2 " 5,50
" " do. 1/4 " 2,75
" " im Gebund (Gebund 43 cm Durchmesser)
1 Gebund 0,55 Wf.
Kaminholz (Kaminholz) zu denselben Preisen. — Kleinerer Dünsche, auch be-
züglich der Länge und Stärke des Spaltbretts, werden freiwillig kundlich.
Bestellungen werden durch Postkarte od. Tel. 6041 (auch Magistral 61) erbeten.

Konfirmanden-Kleider

weiss — schwarz 13884
in Wolle und Waschstoffen
von 12⁵⁰ 13⁷⁵ 14⁵⁰ 18⁵⁰ bis 36⁰⁰ Mk.
Prüfungs-Kleider, Kostüme, Golfjacken
und Wäsche in grosser Auswahl.
Massbestellungen werden preiswert nach neuesten
ooo Modellen ausgeführt. ooo
**E. Leuchtag, Damen- und Kinder-
Konfektion.**
Friedrich-Wilhelmstr. 16.

Zabern!
Militäranarchie und Militärjustiz
von Hermann Wendel.
Preis nur 10 Pfg.
Zu beziehen durch Expedition und Kolporteurs.

Dominikaner!
genannt 14208
Gross-Breslau
bietet imm. reiche Abwechslung.
Ballia-Riesenschlangen.
Dresdener-Gardewalter.
Vater Jachl! Mutter Jachl! Tante Jachl!
Frei- und Vorzugskarten gültig.

Café Edison, fr. Bauer,
Königsstrasse 11. — Täglich: Künstler-
Konzert. Ganze Nacht warme Küche.
Es laßt sich gut ein G. Filor.

Tafel-Butter

jeht nur 1.30 das Pfund.
Paul Mischke,
14082 Ring 5.

Keine Filialen! Prompter Postversand!
Auf Nr. 5 und Firma achten!

Va. Vimburger Käse	1/2 Pfd.	13 Pfg.
Wend. Butter	1/2 Pfd.	18 Pfg.
Trüffel Butter	1/2 Pfd.	17 Pfg.
Schweizerkäse	1/2 Pfd.	20 Pfg.
Wendkäse	1/2 Pfd.	20 Pfg.
Wendkäse	1/2 Pfd.	20 Pfg.
Molkerei-Niederlage Messergasse 39.		Tel. 165. 12370

Uhrketten
Alter
Kupferschmiedestr. 17
Ecke Schmiedebücke

Verleih-Institut
eleganter

Frack-

und Rock-Anzüge
Chapeau-Claques.
H. Mohaupt
Schweidnitzerstrasse 8 a, I
Eingang Karlstrasse
(früher Albrechtstrasse).
7140 Tel. 1301.

Sieben erschienen:

- Kirchensteuer
 - Kirchenantritt
 - in Breiten
 - 20 Pfg.
- Zu beziehen durch unsere
Expedition u. Kolporteurs.

L. Zimmer
Jnh. Julius Growald
57 Friedrichstr. 57
6. Haus von der Markthalle.

**Eine schwarz-weiße
Woche**

Beginn am 11. Februar
Ein Riesen-Posten schwarze und weiße
Einssegnungskleider
nur allerbeste Stoffe und Zutaten, allerliebst garniert
12,00 16,50 18,00 22,00 Mk.
Prüfungskleider
aus reinwollenen Stoffen, schon von 9,50 Mk. an.
ca. 120 schwarze ganz gute Etamin-Röcke, wunder-
voll, grösstenteils auf Halbseide gearbeitet, regulärer Wert
bis ca. 50 Mk., jetzt von 10,50 an.
ca. 90 Stück ellenlang. Cheviot-Röcke
regulär bis ca. 35 Mk., jetzt von 4,50 Mk. an.

**Spezial-Abteilung für sämtliche
Trauer-Konfektion.**

Ein besonders billig eingekaufter Posten
schwarze Jacken und Mäntel
aus nur allerbesten Stoffen mit Seidenbesatz
regulärer Wert bis ca. 65 Mk., jetzt von 12,00 Mk. an.
Die Jacken von 4,50 Mk. an.
ca. 310 Stück weiße Sticker-Blusen von 1,00 Mk. an.
ca. 160 Stück weiße Sticker-Kleider von 3,00 Mk. an.
Die letzte Pilsch-Konfektion jetzt ganz erheblich
unter Selbstkostenpreis.
Weiße Cheviot-Kostüme jetzt statt 60 Mk. 21,00 Mk.
Weiße Flausmäntel spottbillig!
Jede Kundin wundert sich sehr
über die einfach erstaunlich billigen Preise meiner schwarzen
Kostümröcke.
Ich habe einen sehr grossen Posten Röcke aus teuren
tief-schwarzen Stoffen wunderbar gearbeitet, sehr billig
gekauft und verkaufe ich:
Röcke aus Ia. Kammergarncheviot, Armure
nsw. 6,95, 8,50, 10,-, 12,50, 14,-

Die modernen Kostümröcke
für das Frühjahr 1914 sind schon eingetroffen!
Seltene Gelegenheitskäufe.

Sie brauchen sich kein Masskostüm machen
lassen, denn ich verkaufe Hochlegante Kostüme aus
hervorragend guten, modernen Stoffen vollständiger
Ersatz für Mass, da Herrenschneiderei! jetzt schon für
21,-, 28,-, 30,-, 42,-, 48,-

Elegante Gesellschaftskleider, Ballkleider, Teckkleider,
Bachschleider und Kostüme.
Elegante Seiden- und Wollblusen
jetzt mit 40% Rabatt um zu räumen.

Änderungen gratis! Umtausch gern gestattet!
Verkauft nur gegen Barzahlung!

14338

Schluss

des

Inventur-Ausverkaufs

Nur noch 3 Tage

Sonnabend, den 14. d. Mts.

Nur noch 3 Tage

Raja-Perlen

BRESLAU

Schweidnitzerstrasse 50.

Der Mensch lebt nicht von dem, was er isst, sondern von dem, was er verdaut!

Chabeso
Ist ein sehr angenehmes schmeckendes, verdauungsförderndes, sehr gesünderes u. doch billigstes Tafelgetränk. Chabeso ist das beste Erfrischungsgetränk bei allen Sports, Tanz etc.
Chabeso enthält keine Farbstoffe, keine Konservierungsstoffe oder Chemikalien, keine schaummittel aus gummi- oder seifehaltigen Stoffen. Chabeso besteht aus Milchsäure,
pflanzlichen Extrakten und Zucker mit Kohlensäure imprägniert. Chabeso ist auch in angebrochenen Flaschen haltbar. Zu haben in allen einschlägigen Geschäften, Vorkost-
handlungen, Restaurants, Cafés, Bäckereien etc. Detailpreise: 1/2 Liter 25 Pfg.,
1 Liter 35 Pfg., 1/2 Liter 10 Pfg. In Kisten zu 12 à 25 Pfg., 24 à 25 Pfg., 24 à 25 Pfg.,
Chabeso come. 1/2 Liter Mk. 1,50 als Ersatz zu Tee, Branntwein, Weinen etc.

Chabeso-Fabrik, Garvestr. 2, Inh. Dr. phil. E. Kroener
Telephon 7978.

Breslauer Nachrichten.

Breslau, den 11. Februar.

Die Ausgeperrten.

In drei großen Versammlungen fanden sich am Dienstagabend die Ausgeperrten der Linke-Hoffmann-Werke zusammen. Es war gewissermaßen eine achtunggebietende Heerschau der Kämpfer. Alle Säle waren gedrängt voll von arbeitsfähigen Männern, in deren festen Zügen Mut und Entschlossenheit zu lesen waren. Ruhig und würdevoll lauschten sie den ernsten Schilderungen der Redner, die in kurzen Sätzen noch einmal auf die Ursache und die Entwicklung der Streitigkeiten, den bisherigen Stand der Bewegung und ihre Folgen erinnerten und zu entschlossenem Ausharren ermahnten. Im Gewerkschaftshause sprach der Gauleiter des Metallarbeiterverbandes, Hantke, im „Kronprinzen“ auf der Westendstraße der Leiter des Verbandes in Breslau, Philipp, und bei Hentschel auf der Frankfurterstraße der Verbandsangestellte Bierfig.

Im Gewerkschaftshause

sprach vor mehr als 1000 Kollegen der Bezirksleiter Hantke. Er schilderte die Vorgänge in den Linke-Hoffmann-Werken, die zum Ausschluß der Arbeiter durch die Ausgeperrten von auswärtigen arbeitsfähigen Kollegen geführt haben. Alles sei versucht worden, den Ausgeperrten, aber alles war vergebens. Der neue Direktor sollte durchaus eine Machtprobe haben, Uneinigkeit in der Arbeiterkategorie hervorzurufen, um so Herr der Lage zu werden. Er hatte sich nicht in seinen Erwartungen getäuscht, sein Vortreten, der Termin, hat die Einigkeit der Arbeiter aufs neue gestiftet. Redner erinnerte an die Erklärung, die darüber Eichberg am 7. Februar, am Tage der Ausperrung, den Arbeitern zur Unterbreitung vorgelegt hat. Nur die vaterländischen und die Mitglieder des Werkvereins sollten Gnade vor dem Herrn finden. Die Verhandlungen sollten besinnen, daß sie keiner Organisation angehören und seine Streitigkeiten annehmen werden. Die Unterbreitungen sind nur spärlich aus. Selbst ein Teil der Arbeiter und der katholischen Facharbeiter traten mit nicht netter Erfahrungen hat Herr Eichberg schon mit den Streikbrechern gemacht. Es sind ihnen 80 Wfg. Lohn versprochen worden; sie erhalten aber nur 42 Wfg. Sie müßten, wählten eine Kommission, die bei der Leitung vorstellig werden sollte. Ein Arbeiterverwalter sollte die Leute beschützen; er mußte machen, daß er fort kam. Ein Streit der Streikbrecher. Das ist doch gewiß löblich.

Die Lebensmittel und alle Gebrauchsgegenstände sind teurer geworden. Da wäre eher eine Aufbesserung der Löhne am Platze gewesen, als eine Verschlechterung. Das die Dessenlichkeit auf der Seite der Arbeiter steht, beweist, daß bürgerliche Kreise Protest gegen die Fabrikleitung und das Vorgehen des Direktors Eichberg erheben wollen. Die Arbeiter werden durch ihr Ausharren, ihre Einigkeit zeigen, daß sie es müde sind, sich als Arbeitsklaven behandeln zu lassen. Mit eindringlichen Worten ermahnte Hantke die Anwesenden, sich nicht in Gruppen anzulagern und nicht vor den Betrieb zu stellen. Überall sind viele Schulleute aufgezogen. (Allen Rednern der Organisation in unzähliger Folge zu leisten. Diese Ausführungen wurden mit großer Beifall aufgenommen.)

In der Aussprache ermahnte auch Genosse Gent zum Ausharren und zur Einigkeit. Folgende Entschickung wurde darauf einstimmig angenommen.

Die heutige Versammlung der Ausgeperrten der Linke-Hoffmann-Werke nimmt Kenntnis von dem Stand der Bewegung und beauftragt die Organisation, alle Maßnahmen zu ergreifen, die im Interesse der Beteiligten erforderlich erscheinen. Die Versammelten sprechen den Organisationsleitungen ihr vollstes Vertrauen aus.

Mittwoch Nachmittag wird im „Kronprinzen“ eine Versammlung der Frauen der Ausgeperrten abgehalten.

Im „Kronprinzen“

auf der Westendstraße war der große Saal überfüllt. Kollege Philipp berichtete ausführlich über den Stand der Bewegung und führte u. a. folgendes aus: Ein neuer Direktor, jung an Jahren, hielt seinen Einzug und wollte reformieren. Wohlfahrtsvereine wurden den Arbeitern verschafft, ein Werkverein ins Leben gerufen, weil man sich schon lange mit dem Gedanken getragen hatte, Abzüge vorzunehmen. Redner geht näher auf die Abzüge ein, die den Stämmern und in anderen Abteilungen gemacht wurden und die, weil sie nicht zurückgenommen wurden, zur Arbeitsniederlegung führten. Da der Betrieb nicht mehr aufrechterhalten werden konnte, kam die Ausperrung, von der nur die Gelben, die vaterländischen und katholischen Arbeitervereine verschont blieben. Allerhand Lügen werden von gewisser Seite in die Öffentlichkeit gebracht. So ist das Gericht verbreitet worden, die Streitenden und Ausgeperrten hätten 70 bis 80 Mark wöchentlich verdient. In der Hand vorzüglichen Beweis-Materials zeigte Kollege Philipp, was die Wahrheit ist.

Nicht weniger als 18 Kommissionen haben verhandelt. Sie wurden abgewiesen. Es liegen gegenwärtig etwa 5000 Arbeiter durch das Vorgehen des Direktors Eichberg auf der Straße. Die Firma versucht, mit Streikbrechern den Betrieb aufrechtzuerhalten; sie wird aber bei Zeiten einsehen müssen, daß die Leute nicht genommen sind, um zu arbeiten, sondern nur, um Geld zu holen. Solchen Leuten gegenüber ist auch die Pankrationskommission der Firma am Ende ihres Lebens angekommen. Also furchlos und mutig in die Zukunft geblickt und mit größter Ruhe und Besonnenheit den Kampf bis zu Ende geführt. Dann wird der Sieg unser sein.

Herr Eichberg vom Gewerkschaftsbereich schildert das unehrliche Handeln der katholischen Facharbeiter. Ihr Sekretär habe der Dichtung keine Dienste angeboten, und seinen Mitgliedern, die doch mitwirken, die Unterstützung verweigert. Die Mitglieder haben dieser Art Arbeiterorganisation sofort den Rücken gekehrt. Die Entzückung unter den Geschäftskreisläutern ist groß. Die Dichtung bringt falsche Berichte in die Öffentlichkeit, die gegen die Kampfbereiten aufzupuffen.

Kollege Grohmann, der Leiter der Versammlung, hielt ein aufmunterndes Schlusswort. Die Versammlung schloß mit einem bewundernden Hoch auf die Organisation.

Die oben mitgeteilte Entschickung wurde einstimmig angenommen.

In Wepelwitz.

Die Versammlung bei Hentschel (Deutscher Kaiser), Frankfurterstraße, war vorwiegend von den Streitenden und Ausgeperrten aus Wepelwitz besucht. Redner war hier Bierfig. Er gab zunächst eine geschichtliche Darstellung über die Ursachen, welche zu diesem Kampfe geführt haben. Die Arbeiter haben alles getan, um den Frieden zu heben. Die Streikbrecher haben die Ausgeperrten zur größten Ruhe und Besonnenheit ermahnt. Wie wollen hier einen Kampf führen, wie noch nie zuvor. Dazu gehört aber Disziplin und Zurückhaltung. Die Versammlung. Kein Kollege sollte sich auf den Zugangswege zu den Türen und den Türen vor dem Hotel...

tor aufhalten. Die Arbeiter müssen dafür sorgen, daß die Polizei, die jetzt zu Hunderten gegen sie aufgebaut wurde, keine Arbeit findet. Die Ausführungen wurden oft durch Beifall unterbrochen.

Nach der Aussprache, an der sich mehrere Arbeiter beteiligten, ersuchte Kollege Bierfig, alles wirklich zu beherzigen und danach zu handeln. Ferner machte er auf die Frauenverfassung aufmerksam und ersuchte die Männer, dahin zu sorgen, daß keine Frau der Versammlung fernbleibt. Die Frauen werden durch das Gedränge dafür sorgen, daß die Saal, die Dr. Eichberg an gestellt hat, für uns ausgeht.

Schwach an Mitgliedern sind wir 1906 gezwungen worden, den Kampf aufzunehmen. In verdoppelter Anzahl sind wir aus dem Kampf hervorgegangen. Das dürfte auch jetzt wieder der Fall sein, wenn die Kollegen trenn zusammenhalten.

Montag: Frauentag.

Der nächste Frauentag des sozialdemokratischen Vereins Breslau, dessen besondere Aufgabe es ist, die weiblichen Parteimitglieder aufzuklären, wird Montag, den 16. Februar, abends 8 Uhr, in sechs Lokalen abgehalten. Wir ersuchen die Frauen und Mädchen des sozialdemokratischen Vereins schon heute, sich auf ihren Frauentag einzurichten.

Berberatung des städtischen Haushaltsplanes für 1914.

Der Staatsausschuß der Breslauer Stadtverordneten-Versammlung, dem der Haushaltsplan für 1914 überwiesen worden ist, hat am Dienstag seine Beratung aufgenommen. In zweifelhafte Verhandlungen wurden zuerst die Bauausführungen bei vorläufiger Festlegung der Haushaltspläne genehmigt und dann ohne Veränderung der Voranschläge folgender Verwaltungen vorläufig festgelegt: die Armenpflege, das Lehamt, die Willersche Stiftung, die Arbeitsanstalten, Armen- und Pflanzanstalten, die Milchküche und das Säuglingsheim. Die nächste Sitzung des Staatsausschusses ist Freitag, den 13. Februar nachmittags 5 Uhr. Den Vorsitz führt Sanitätsrat Dr. Körner; sein Stellvertreter ist Stadtverordneter Mugdan.

Die Nährpflichtigen.

In der Sitzung des Stadtausschusses am 9. Februar beantragte die Armenverwaltung, acht Nährpflichtige, darunter zwei Mädchen, im Arbeitshause unterzubringen. Die öffentlichen Vorgesetzten waren nicht erschienen.

Unter den acht war ein Arbeiter, den der Stadtausschuß schon verurteilt und der auch schon drei Monate im Arbeitshause zugebracht hatte. Er wollte jetzt vom Arbeitshause befreit sein. Der Mann sah sehr leidlich aus. Der Vertreter der Armenverwaltung meinte, der Mann solle in der Trinker gewesen; im Arbeitshause darf er nicht trinken, deshalb sehr schlecht aus. Der Vertreter verlangte, es solle ärztlich festgestellt werden, inwieweit der Mann arbeitsfähig sei. Der Arbeiter bemerkte, sein Leiden komme nicht vom Trinken her; er habe in der ersten Zeit Sünde nagen müssen und jetzt werde er mit Federntschreiben beschäftigt. Der Staub habe ihn krank gemacht, viel könne er nicht arbeiten. Der Stadtausschuß sah von einer ärztlichen Untersuchung ab, hob das Urteil auf und gab den Mann frei.

Ein 27-jähriges Mädchen hat zwei uneheliche Kinder von verschiedenen Vätern. Der Vater des einen Kindes zahlt Alimende, der des anderen ein Arbeiter, ist nicht aufzufinden. Für dieses Kind muß die Stadt sorgen. Die Mutter soll ins Arbeitshaus geschickt werden, weil sie sich der Fürsorge des Kindes entziehe. Das Mädchen gab zu seiner Verteidigung an, daß es bei einer Meistlerin mit Polierarbeiten beschäftigt werde, aber nicht mehr als 8 bis 9 Mark in der Woche verdiene. Sie sei sich selbst überlassen habe keine Eltern, der Verdienst lange beim besten Willen nicht aus, noch für das Kind zu sorgen. Sie wolle aber sehen, daß sie sich eine Nähmaschine anschaffen könne; dann arbeite sie für sich und verdiene 14 M. Sie will dann das Kind zu sich nehmen. Die Armenverwaltung verlangt aber, das Mädchen soll sich als Dienstmädchen vermieten; da verdiene es mehr. Der Vorsitzende Stadtrat Fredrich fragte den Vertreter, ob denn wirklich ein Mädchen, das jahrelang Hosen genäht hat, als Dienstmädchen oder gar als Köchin gehen kann? Und dann, was verdient so ein Mädchen, das von der Wirtschaft nichts versteht. Der Vorsitzende wunderte sich, das man sich keine Mühe gibt, den Vater des Kindes zu ermitteln. Die Sache wurde bis auf weiteres vertagt.

Drei von den acht Nährpflichtigen wurden dem Arbeitshaus überwiesen.

Nach dem preussischen Gesetz vom 23. Juli 1912 können sonderbarer Weise die Mütter von unehelichen Kindern ins Arbeitshaus gestellt werden, wenn ihre Kinder aus öffentlichen Armenmitteln unterstützt werden; gegen den Vater eines unehelichen Kindes, der doch zuerst zum Unterhalt verpflichtet ist, besteht eine solche Vorschrift nicht. Das ist auch wieder ein gesetzgeberisches Kunststück, wie es ärger gar nicht gedacht werden kann. Nur jeden Fall sollte man aber von der Breslauer Armen-Direktion erwarten, daß sie die Mütter der unehelichen Kinder in Ruhe läßt und nicht das Arbeitshaus beantragt, wo es bringen nötig wäre, beiden, Mutter und Kind, recht kräftig beizustehen. Durch das Arbeitshaus kann hier viel mehr geschadet als genützt werden.

Elektrische Straßenbahn nach Brodau.

Die gleislose elektrische von Breslau nach Brodau ist nicht das, was erwartet wurde. Es mehren sich deshalb wieder die Stimmen, die den Ausbau der elektrischen Straßenbahn bis an den großen Vorort Brodau verlangen. Wie es heißt, rechnen unterrichtete Kreise damit, die Verhandlungen mit der Größschener Elektrischen werden im nächsten Jahre den gewünschten Erfolg haben. Die bisherigen Verhandlungen seien daran gescheitert, daß der Stadt Breslau nicht zugestanden wurde, an den Kreuzungen auch Weichenverbindungen ujm. einzulegen.

Im Kassenlokal. Zum Artikel unter dieser Überschrift in der Dienstag-Nummer der „Volksrecht“ wird uns geschrieben: Zunächst sind die Zustände, wie sie jetzt alle Sonnabende abspielen, zutreffend geschildert. Der Vorstand hat auch offene Augen und sieht die Dinge, aber sie kamen so plötzlich, denn Anfang Januar stieg die Zahl der wöchentlichen Kranken von 300 auf 685. Und die Auszahlung so im Hundstunde ändern, das läßt sich nicht machen. Wer seit dem 1. Januar 1914 einmal Besessenen hatte, Einbildung zu nehmen in das lebhaftes Treiben, das sich in den Bureauräumen der Kassee abspielt, der muß sich wundern, daß Vorstände und Beamte noch nicht den Kopf verloren haben. Selbstverständlich sind wir gern bereit, Liebelände, wenn solche vorhanden sind, zu besittigen. Die besteht ein Liebeland, der muß und wird besittigt werden. Der Vorstand wird sich in der heute abend tagenden Vorstandssitzung mit dieser Sache beschäftigen.

Aus der Breslauer Damenkonfektion.

Es wird uns geschrieben:

Die sogenannten Zwischenmeister der Damenkonfektion entstammen fast ausnahmslos anderen Berufen, und nur die Ehefrauen besitzen die notwendige Fachkenntnis. Die Dinge liegen so, daß viele Näherinnen nach ihrer Verheiratung versuchen, sich eine gewisse Selbstständigkeit zu verschaffen und Arbeit nicht mehr für die Zwischenmeister, sondern unmittelbar für die Konfektionsgeschäfte zu übernehmen. Klappert dann die Geschichte einigermaßen, so legt in den meisten Fällen der Ehemann seinen Beruf nieder und wird Damenkonfektions-Zwischenmeister.

Da feste Tarifvereinbarungen mit den Unternehmern nicht bestehen, erleben wir es in der ruhigen Zeit stets, daß sich die Zwischenmeister gegenseitig unterbieten zum Schaden ihrer selbst. In der Hauptsache leiden aber hierunter wieder die Armen, nämlich die Gelmarbeiterinnen, welche für die Zwischenmeister arbeiten. Diesen wird dann der ohnehin schon niedrige Lohn noch mehr gekürzt.

In diesen Zuständen hat auch die vor einigen Jahren erfolgte Gründung des Arbeitgeberverbandes (Zwischenmeistervereinigung) nichts ändern können, weil dieser Verband ja nur verhältnismäßig wenig Mitglieder zählt. Dringend nötig wäre es sowohl für die Zwischenmeister wie auch für die Näherinnen, sich einer großen leistungsfähigen Organisation über ganz Deutschland anzuschließen, denn nur dadurch können die jetzt vorhandenen Mißstände wirksam bekämpft und beseitigt werden. Die Erfolge, die der deutsche Schneiderverband bereits in der Herrenkonfektion erreicht hat, beweisen das.

Deshalb Ihr Damenkonfektions-Zwischenmeister und -meisterinnen! Hebet Euren Näherinnen nicht ab, wie es jetzt vielfach geschieht, der Organisation beizutreten, sondern veranlaßt sie dazu und organisiert Euch vor allen Dingen auch selbst. Alles andere kann Euch nicht helfen!

Schantlerlaubnis-Gesuche.

Nicht weniger als 15 Gesuche um Schantlerlaubnis lagen dem Stadtausschuß am Montag zur Entscheidung vor; die Wirte verlangten meistens die uneingeschränkte Schantlerlaubnis, die kurz als volle Konzession bezeichnet wird. Einige dieser Gesuche wurden genehmigt.

Herr Pfeiler auf der Peinichstraße 11 begründete seinen Antrag damit, daß bei ihm eine Reihe von Gesangsvereinen, Sport-Vereinen usw., besonders aber damit, daß die Brautpaare, die aus dem Standesamt in der Nähe kommen, gewohnt seien, bei ihm den ersten Erquicklungsstund einzunehmen. Ob der Stadtausschuß auf diesen Umstand Wert gelegt hat, läßt sich nicht behaupten; doch wurde das Bedürfnis anerkannt und die volle Konzession erteilt.

Herr Gürtel, Große Dreilindenstraße 22, ersucht gleichfalls um den vollen Ausschank. Der Stadtausschuß erkannte auch für dieses Lokal das Bedürfnis an.

Herr Reinhold, Kleinschafstraße 29, bat um den eingeschränkten Schantlerbetriebe. Sie gibt an, daß sie eine umfangreiche Speisewirtschaft betreibt und sich eines zahlreichen Besuches von Handwerkern, Beamten ujm. zu erfreuen hat. Dem Wunsche der Frau Reinhold wurde stattgegeben.

Eine Sache, die von allgemeiner Bedeutung sein dürfte, betraf den Antrag des Herrn Bogd, der für das Cafe Monopol, Dhlauerstraße 61, in Erweiterung des Betriebes die sogenannte Dreiviertel-Konzession wünscht, nämlich den Ausschank von Rum, Cognat und seinen Alkoholen. Schon seit Jahren ersucht Herr Bogd um diese Erlaubnis. Sie wurde vom Stadtausschuß erteilt, vom Bezirksausschuß aber immer wieder aufgehoben. Der Vollvertreter hatte Bedenken gegen die Erteilung. Er machte auf einen besonderen Fall aufmerksam. Es traten eines Abends drei Ringkämpfer ins Parteylokal, den sogenannten spanischen Garten, und lärmten dort, so daß die Polizei einschreiten mußte. Man wisse auch nicht, da es sich hier um eine Genossenschaft mit beschränkter Haftung handelt, wer eigentlich der Vertreter gegenüber der Polizei wäre. Die Konzession soll sich auf die Erdgeschosse und den ersten Stock erstrecken. Der Stadtausschuß hatte keine Bedenken und erteilte die nachgesuchte Erlaubnis.

Herr Krause, wünschte die Genehmigung für ein Fremdenheim mit Alkoholischen Getränken. Der Polizeivertreter erhob Einspruch, weil nicht genügend Betten vorhanden seien. Der Antrag wurde genehmigt, da es sich um ein Fremdenheim auf der Neuen Sachsenstraße handelt in der Nähe des Hauptbahnhofes.

Herr Schramm, Reichstraße 8, ersuchte um die Erweiterung seiner Schankräume. Hier handelt es sich um ein sehr belebtes Geschäft. Das Lokal ist Tag und Nacht von Gästen gepflöpft voll, so daß die bisher vorhandenen Räume nicht ausreichen. Der Wirt wünschte noch ein Zimmer hinzunehmen zu dürfen. Magistrat und Polizeikommissar dagegen, weil das Zimmer nicht überflüssig und von der Polizei nur schwer kontrolliert werden könne. Der Wirt hatte obenbeim den Fehler begangen, das Zimmer zu benutzen, ehe er die Erlaubnis besaß. Der Antragsteller wurde abgewiesen; ebenso erging es einer Reihe von Wirten, deren Anträge zurückgewiesen wurden, weil der Stadtausschuß ein Bedürfnis nicht anerkannte.

Die Sittenzustände, die bei den letzten Prozessen gerade wieder einmal in Breslau besonders hervortraten, haben, so schreibt man uns, den deutschen Zweig der internationalen Arbeiter-Vereinigung dazu veranlaßt, seine alle zwei Jahre tagende Generalversammlung in diesem Jahre am 19. und 20. Februar in Breslau abzuhalten. Es wäre sehr erwünscht, wenn die Breslauer Bevölkerung die Vorträge recht zahlreich besuchen wollte und sich einmal ernstlich mit den Fragen, die hier zur Erörterung gestellt werden, beschäftigen möchte. In der öffentlichen Versammlung wird Herr Dr. Juliusburger aus Siegen bei Berlin über die Bedeutung der Sexualität für unser Seelenleben sprechen und zwar in der Bestialologie, Agnesstraße Nr. 5. Aber auch die am nächsten Tage folgenden Verhandlungen im Stadtverordneten-Saal berühren die Frage der staatlich reglementierten Prostitution in den verschiedensten Folgeerscheinungen.

Verkauf der Kostüme der den Jahrszeiten. Die Ausstellungslitung gibt in dem Interimsteil bekannt, daß die in dem Festspiel von Gerhart Hauptmann selberrigt von dem Chor- und Singschulpersonal getragenen Kostüme verkauft werden. Da die Sachen nur bei drei Proben und elf Vorstellungen gebraucht worden sind, blieben sie noch recht gut erhalten. Im Verkauf findet in der Zeit von 11 bis 3 Uhr in dem Ausstellungsgedäude am Grünfelder Weg statt.

Polizeikommissar. Am Montag ist von einem Polizeikommissar ein Fall, der in der Zeit von 11 bis 3 Uhr in dem Ausstellungsgedäude am Grünfelder Weg stattgefunden hat, gemeldet worden.

Das Heilverfahren der Angestellten-Versicherung.

Wichtig, sowohl für Arbeitgeber, wie ganz besonders für Angestellte, ist die Gewährung des Heilverfahrens der seit Jahresfrist in Kraft getretenen Angestellten-Versicherung.

Zur Vorbeugung dauernder Verunsicherbarkeit ist durch die §§ 36 bis 43 des N. V. G. das Heilverfahren vorgesehen, das eine nicht zu unterschätzende Einrichtung bedeutet. Die umfangreichen Vorbereitungen für die Aufgaben des Heilverfahrens waren so sorgfältig beendet, daß bereits im April v. Js. mit der Selbstfürsorge begonnen werden konnte.

Es sind dies Kuren in Sanatorien, Luftkurorten, auch in Strahlenhäusern, die ganz persönlich ausgeübt werden. Ganz nach Art der Krankheit werden alle modernen Selbstbehandlungen unter ärztlicher Aufsicht durchgeführt. Besonderer Wert von auf Verpflegung und Unterkunft gelegt, da dies bei dem großen Heer der beruflich überanstrengten Menschen von großer Wichtigkeit ist. Für Unterbringung tuberkulöser Kranke und solcher, die einer Kur in einem Sanatorium bedürfen, stehen der Reichsversicherungsanstalt 31 Heilstätten und 29 Sanatorien zur Verfügung, die so ausgewählt sind, daß sie allen Anforderungen genügen: Unterbringung in Zimmern mit höchstens 2 Betten, Bedienung durch Installspersonal, Vorhandensein von angemessenen Aufenthalts- und Unterhaltungsräumen, Darbietung der Mahlzeiten in bürgerlicher Aufmachung. Von den Anstalten können nur wenige eine größere Anzahl als 50 Personen aufnehmen, freie Plätze unter Einfluß des Schnellzugschlages ist in der Gewährung des Heilverfahrens tuberkulösen, ebenso ein Hausgeld an Angehörige, die ein Versicherteter aus seinem Erwerb erhält.

Zur Einleitung eines Heilverfahrens ist ein Antrag erforderlich, für den vorgegebene Formulare ausgegeben werden, deren einzelne Spalten genau auszufüllen sind. Dem Antrage ist eine kurze Bescheinigung des behandelnden Arztes, wofür 2 Mark vergütet werden, und ein Nachweis über das Einkommen (Steuerkarte oder Veranlagung, Bescheinigung des Arbeitgebers) beizufügen. Die Anträge erhalten dann vom Direktorium Nachricht, ob einem Veranlagungsarzt vorzusprechen, dem sein Gutachten unmittelbar weiterreicht. Die geschäftsmäßige Bearbeitung der Anträge erfordert eine ungefähre Frist von 3 bis 4 Wochen, in ganz besonders dringlichen Fällen wird eine Ausnahme gemacht, wie überhaupt nach den bisherigen Erfahrungen in jeder Beziehung größtes Entgegenkommen von der Reichsversicherungsanstalt den Versicherten gegenüber bewiesen worden ist.

Die Anträge auf Gewährung von Heilverfahren gehen der Reichsversicherungsanstalt auf verschiedenen Wegen zu. Am besten, wo ein Ortsausschuß der Vertrauensmänner, wie bei uns in Breslau besteht, ist die glatte und schnellste Erledigung der Anträge durch Übergabe der Anträge an den Ortsausschuß gewährleistet. Auch hier können noch besondere Wünsche angebracht werden.

Durch den hiesigen Ortsausschuß der Vertrauensmänner und seiner Erfahrmänner, der als einer der ersten am 21. Mai vorigen Jahres gegründet worden ist, sind bis jetzt über 150 Anträge eingegangsommen worden. Von einer Anzahl Antragsteller liegen Bescheinigungen über gute Behandlung und Verpflegung vor. Die Arbeitgeber haben dem Heilverfahren in den meisten ihrer Stellen offen gehalten.

bewiesen, als sie mit nur wenigen Ausnahmen den Angestellten während der Durchführung des Heilverfahrens (4 bis 8 Wochen) ihre Stellen offen hielten.

Ueber die zahlenmäßige Entwicklung der Selbstfürsorge enthält Heft 12 der Amtlichen Nachrichten eine Zusammenstellung, wonach vom April bis 22. November 1913, 9058 Heilansträge und zwar 6193 von männlichen und 2862 von weiblichen Versicherten eingegangen sind. Da die Reichsversicherungsanstalt nach wie vor vom Bau eigener Heilstätten absteht, stehen noch ganz erhebliche Mittel für Heilverfahren zur Verfügung.

Der hiesige Ortsausschuß der Vertrauensmänner der Angestelltenversicherung hat seine Geschäftsstelle in den Geschäftsräumen des 1. Obmann Herrn Martin Buchholz, Tauenhienstraße 28, I., wo alle Anträge erteilt und Anträge angenommen werden. (Siehe Inserat in der vorliegenden Nummer.)

Außer dieser Geschäftsstelle, die auch gern bereit ist, Anträge aus der Provinz anzunehmen, stehen sämtliche Vertrauensmänner hierfür zur Verfügung und erteilen Auskunft.

Es wäre erfreulich, wenn in Zukunft durch Benutzung der geschaffenen segensreichen Einrichtung mancher arbeitswillige aber schwache Mensch, die Kraft erlangte, die ihn wieder berufstätig und arbeitsfreudig macht. Das Gesetz hat die Einrichtung geschaffen; Sache der Versicherten ist es, das Gebotene anzunehmen.

Wojener Stieger in Breslau. Die für Montag nachmittag geplante Rückreise des L. V. G.-Doppeldeckers des Militärfliegers, Oberleutnant Thiene, mußte unterbleiben, da gleich nach dem Start der Apparat so hart auf den Boden aufschlug, daß das rechte Bordrad schwer beschädigt, sowie die Nadarchie verbogen wurde. Die Wiederherstellungarbeiten waren gestern vormittag beendet, jedoch Oberleutnant Thiene mit seinem Beobachtungs-offizier um 10.17 Uhr zur Rückfahrt nach Polen aufsteigen konnte. Während die wenigen Zuschauer noch dem guten Eindruck zuschauten, meldete bereits fernes Propellergeräusch die Annäherung des zweiten Doppeldeckers, der dann auch drei Minuten nach der Abfahrt des ersten glatt auf dem Grandauer Platz landete. Oberleutnant Wienel und Leutnant Rademacher waren vormittags 8 Uhr 22 Min. in Polen aufgestiegen und hatten bis Breslau rund zwei Stunden Fahrzeit gebraucht. Der Apparat, ein mit einem 100-PS-Mercedes-Motor ausgerüsteter Mars-Doppeldecker, wurde eingehend von dem Militärmechaniker nachgesehen und dann gegen 11.30 Uhr wieder startbereit gemacht, 11.50 Uhr erhob sich der Apparat leicht in die Höhe, beschrieb eine scharfe Linkskurve und verließ in mäßiger Höhe über Cosel in der direkten Nähe auf Polen zu.

Von dort wird gemeldet, daß Oberleutnant Thiene um 11 Uhr 45 Minuten daleibt glatt gelandet ist. Leutnant Wienel auf Mars-Doppeldecker trat um 1.15 Uhr mittags auf dem Wojener Flugplatz ein.

Arbeitslose Stier. Der Fleischer Karl Schauder aus Jettel, Kreis Dr. Is., kam am 1. November v. J. mit 21 Kilo Schweinefleisch nach Breslau. Er ließ es auf der Müngelstraße abgeben, was in der herabgehenden Markthalle zum Verkauf zu bringen. Der Kreisinspektorenmann K. K. in der beschlagnahmte jedoch den ganzen Fleischposten, und durch die Gemische Unternehmung in hiesigen Schlachthöfen wurden 13 Kilo als tuberkulös festgestellt. Auch war ein amtlicher Fleischbeschauampel nirgend auf dem Fleisch zu entdecken gewesen. In der Folge erhielt Schauder einen Strafbefehl wegen Uebertretung des Fleischbeschaugesetzes angelegt. Er erhob dagegen

Einpruch, was ihn aber auf Zureden des Vorsitzenden vor dem hiesigen Schöffengericht zurück, so daß das Gericht in die Verweigerung erst nicht einzutreten brauchte. — Es ist allerdings ein starkes Stück, wenn ein Fleischer tuberkulöses Fleisch, das er sich vielleicht selbst nicht zu essen getraut, anderen Leuten für teures Geld anbieten will. Herr Schauder hat alle Ursache, von solchen „Geschäften“ in Zukunft die Finger heilfeste zu lassen, sonst kann er noch einmal böse anlaufen.

Die „Breslauer Zeitung“ druckt in ihrer heutigen Mittagsausgabe unfehlbar ein Telegramm des hiesigen Bureau aus Stockholm ab, wonach die „Zanbagel“ angeführt eine Parolen demonstration „Nieder mit dem König!“ und „Es lebe die Republik!“ gegeben haben soll, und während das anständige Publikum sich verließ, soll sich der Zanbagel mit den Sozialisten vor dem Reichstagsgebäude versammelt haben, wo demokratische Reden gehalten wurden und Hochrufe auf die Demokratie ausgedrückt wurden.

Das hiesige Bureau läßt eine sehr seltene Verleumdung aus Schweden, und es wundert uns, daß die „Breslauer Zeitung“ das noch nicht bemerkt hat. In Schweden haben zurzeit Sozialdemokraten und Liberale zusammen gegen den König und die Reaktion. Der „Zanbagel“, der sich mit den Sozialdemokraten zusammenschloß, könnte also nur das liberale Vorgehen gewesen sein. Und das wird doch die „Breslauer Zeitung“ nicht sagen wollen.

Die Dorothengemeinde gegen die Regierung. Vor der 8. Zivilkammer des Breslauer Landgerichts schwebt ein Rechtsstreit zwischen der katholischen Kirchengemeinde St. Dorotha und der königlichen Regierung zu Breslau (Abteilung für Kirchen und Schulwesen). Es haben schon wiederholt Termine angesetzt und dieser Tag wurde eine weitere Vertagung der Urteilsfindung beschlossen, weil verschiedene stadtschlichtliche Urkunden eingefordert und dem Gericht vorgelegt werden sollen.

Gefahr auf der Oder. Wegenüber dem Wasserhebewerk, in der Nähe der Sandabfahrsstelle, tummelten sich am Dienstag nachmittags 4 Uhr mehrere Schulkinder auf dem Eise. Die Ober- und Unterbrücke der Oder eisfrei; im Librasen machen die Sommerwahlen das Eis schon recht mühsam. Man wagte sich einer der Jungen bis an den Rand des Eises auf die Mitte des offenen Stromes zu.

Wichtig läßt das morsche Eis nach und der Knabe verfiel in den Fluten. Glücklicherweise war schnelle Hilfe da und der Knabe konnte noch lebend aus dem Wasser gezogen werden. Unterdessen ging im Lausitzer der eiserne Wohnwagen zu, umringt von seinen glückstrahlenden Spielkameraden. Eltern geht auf ihre Kinder acht; warnt sie vor dem Betreten des Eises.

Die „Aseptomante“ der Apothekerfrau. Zur Spitzbuberei, die sich kürzlich in einem Warenhaufe am Ring ereignete, erfahren wir, daß die Apothekerfrau, die beim Diebstahl erwischt und mit ihrer sie begleitenden Schwester zusammen festgenommen wurde, seit Jahren verwitwet ist und als Rentnerin in der Oderstadt lebt. Bei ihrer im selben Hause wohnenden Schwester sind keine gestohlenen Gegenstände gefunden worden, und die behauptet, von den Diebstählen ihrer Schwester, der Apothekerfrau, keine Ahnung gehabt zu haben.

Aus Breslau (Land)-Neumarkt.

Schwölsch. Ein empfehlenswerter Arbeitgeber. In den Ziegelei- und Gießwerken des Herrn Viertel in Schwölsch waren eine Anzahl hiesige Arbeiter mit der Eisgewinnung beschäftigt. Die Arbeit hatten sie im Afford auszuführen; sie waren damit fast zu Ende. Nun sollten sie andere kleinere Arbeiten, die von anderen Kolonnen nicht ausgeführt wurden, ebenfalls im Afford übernehmen. Das haben sie aber verweigert, denn bei der ganzen schweren Arbeit hätten sie nicht das Geringste verdient. Sie teilten dies dem Herrn Viertel mit, daß sie mittags die Arbeit einstellen und eruchten um Auszahlung des Lohnes. Als es so weit war, zog der Herr Viertel von diesem Lohne zehn Mark ab mit der Begründung, daß durch die Einstellung der Arbeit die Pferde mühsig im Stall geblieben hätten.

Eine nette Begründung! Was würde wohl der Herr Viertel sagen, wenn die Arbeiter deswegen, weil sie oft monatelang arbeitslos sind, von ihm eine besondere Entschädigung verlangten?

Krieger. Aus der Gemeindevertretung. In der am 7. Februar abgehaltenen Sitzung wurde der Gemeinde-Etat für das Jahr 1914 beraten. Er schließt in Einnahme und Ausgabe mit 75 800 Mk. ab. In der Einnahme sind u. a. folgende Posten vorhanden: Uebertrag aus dem Vorjahr 10 600 Mk., Steuern 31 153,45 Mk., Gasanstalt 29 000 Mk., Zuschuß des Staates als Beihilfe zur Schule 2 900 Mk., der Rest von rund 1650 Mk. sind Pacht, Zinsen, Pensionslagen u. s. w. Die Ausgabe zeigt sich wie folgt zusammen: für Verwaltung 5350 Mk., Straßenbeleuchtung 3 800 Mk., Schuldentilgung und Zinsen 6 406,66 Mk., Standesamt und Amtsbezirk 1 200 Mk., Armenpflege 2633 Mk., Schuletat 15 800 Mk., Gasanstalt 29 000 Mk., Steuern an den Kreis Breslau 8 000 Mk. Außerdem sind noch einige kleinere Posten für Instandhaltung der Wege, Pflege der Bäume u. s. w. vorhanden. Zur Deckung der Ausgaben wird ein Zuschlag zur Einkommensteuer von 110 Prozent, zu den Realsteuern von 165 Prozent erhoben. Das Einkommen unter 660 Mk. bleibt steuerfrei.

Der Satz des gemeinen Wert wurde auf 1,70 vom Tausend festgesetzt, im Vorjahre waren es 1,90 Mk.

Herr Direktor Flatow, der jetzt in Charlottenburg wohnt, hat gegen die Nichtigkeit der Gemeindegeldliche Einspruch erhoben, da er als Wähler der 3. und nicht der 2. Abteilung eingeschrieben ist. Die Mehrheit lehnte den Einspruch ab, weil nur die Steuer anzurechnen wird, die er tatsächlich bezahlt hat. Doch ist der Einspruch ein gerechtfertigter, denn nach den Ausführungsbestimmungen zu dem Gesetz vom 30. Juni 1900 müssen alle gezahlten Steuern, also für Einkommen, Betriebs-, Grund- und Gebäudesteuern, und deren Zuschläge dem Wähler angerechnet werden. Das ist hier nicht geschehen; eine Klage wäre nach unserem Dafürhalten erfolgreich.

An Stelle des verstorbenen Wäckermeisters Neugebauer wurde der Kaufmann Heinrich Nussloff als katholischer Schulvorsteher gewählt.

Kranke Kranke. Krankenlassen-Versammlung. In der am Sonntag bei Herrn Schred tagenden Vertreterkonferenz der Ortskrankenlassen für Stadt- und Landkreis Neumarkt sprach Genosse Müde - Breslau über „Rechte und Pflichten der Vertreter und Ersatze in den Krankenlassen.“ Im besonderen wies er die anwesenden Ausschussmitglieder darauf hin, daß durch einiges Vorgehen die Statuten der Krankenlassen für den Versicherten nur mühsbringend ausgeführt werden müssen. Seine Rede fand beifälligen Anklang. Hieran schloß sich eine lebhaft Debatte. Unter anderem wurde auch erwähnt, daß sich gerade einige hiesige Schuhmachermeister für die am 1. Januar 1914 unter dem Krankenlängengesetz gestellten Schuhmachergesellen gegen das zu entrichtende, doch gelegliche Drittel in ganz besonderer Weise sträuben. Genosse Müde bemerkte, daß diese Schuhmachergesellen keiner Krankenlasse angehören, sondern stets der hiesigen Ortskrankenklasse angehören müssen. Verträge sollen sofort dem Versicherungsamt unterbreitet werden. Zum Schluß seiner Ausführungen wies Redner auf die in kurzer Zeit stattfindende Vorstandswahl hin. Hieran schloß der Vorsitzende die zur beabsichtigten Konferenz. Leider fehlten die Genossen des

Genossen und Genossinnen? Am Sonnabend den 14. d. Mts., abends 8 Uhr, findet im Parteilokal des Herrn Freudenberger unsere Mitgliederversammlung statt, zu der um zahlreiches und pünktliches Erscheinen ersucht der Vorstand.

Neueste Nachrichten.

Demonstrationen in Stockholm.

Stockholm, 11. Februar. In den letzten Nachmittagsstunden sammelten sich im Zentrum der Stadt zahlreiche Neugierige, um das Ergebnis des Demissionsgesuchs des Ministeriums abzuwarten. Gegen 5 Uhr bildete sich ein Menschengedreng, der sich vom Gustav-Adolfsplatz nach dem Schlosse zu in Bewegung setzte und unter Absingung vaterländischer Lieder dem König eine Fuldigung darbrachte. König Gustav erschien an einem der Schlossefenster und winkte der Bevölkerung grüßend zu, ohne diesmal zu reden. Die Menge zerstreute sich dann mit einem Hoch auf Schweden. Aus dem übrigen Publikum wurden dagegen wiederholt Rufe, wie: „Nieder mit dem König!“ und „Es lebe die Republik!“ ausgehoben. Sozialisten und Liberale sammelten sich gleichzeitig vor dem Reichstagsgebäude, wo demokratische Reden gehalten und Hochrufe auf die Demokratie ausgebracht wurde.

Gustav beansprucht Redefreiheit.

Stockholm, 11. Februar. König Gustav von Schweden hat dem gemäß liberalen Mitglieder der ersten Kammer und Gouverneur von Christianstadt, Landeshauptmann Louis de Geer, die Bildung des neuen Kabinetts übertragen. Im dem Wortlaut des Schriftwechsels zwischen dem König und dem zurückgetretenen Ministerium aus Anlaß der politischen Krisis bezieht sich die Erklärung des Königs, daß er sich das Recht nicht rauben lassen werde, sich ungehindert und frei seinen Willen gegenüber auszusprechen zu können. Diese Erklärung hat besonders dazu beigetragen, daß das Ministerium Staat seine Entlassung gegeben hat.

Stichwahl in Lippe.

Lippe, 11. Februar. Bei der gestrigen Stichwahl im westlichen lippeischen Landtagswahlkreis erhielten Redakteur Staacke (Dpt.) 1149 und Beiler (Soj.) 1063 Stimmen. Staacke ist somit gewählt.

Eine Spende für die Arbeitslosen.

München, 10. Februar. König Ludwig spendete aus Stiftungsmitteln 100,000 Mark für die von der Münchener Stadterwaltung eingeleitete Sammlung zugunsten der Arbeitslosen. — Für einen deutschen König ein seltener Entschluß.

Die überflutete Polizei.

London, 11. Februar. Die bekannte Suffragettenführerin Frau Pankhurst hielt gestern in einer Versammlung eine äußerst heftige Rede gegen die Regierung. Gegen Schluß ihrer Ausführungen wurde sie von den ausgestellten Suffragettenwachen benachrichtigt, daß die Polizei sie am Eingang erwarte, um sie zu verhaften. Rasch entschlossen übergab Frau Pankhurst ihre Kleidung und ihren Hut einer anderen Suffragette, die sich schleunigst umkleidete und das Versammlungstafel verließ. Man erblickte die Polizei die falsche Suffragettenführerin, als sie ergriffen und nach der Polizeistation gebracht wurde. In ihrer Meinung, Frau Pankhurst vor sich zu haben, wurde die Polizei noch dadurch befreit, daß sich die Verhaftete und ihre Anhänger energisch zur Wehr setzten. Groß war daher das Staunen, als man auf der Wache entdeckte, daß man eine falsche Frau Pankhurst gefaßt hatte. Inzwischen war Frau Pankhurst selbst unerkannt entkommen.

Ein Wagen mit zehn Schulkindern vom Zuge überfahren.

Budapest, 11. Februar. Bei Krampusmaroi überfuhr ein Personenzug, weil dichter Nebel herrschte, einen Wagen mit zehn Schulkindern, die von Petek zur Schule fuhren. Drei Kinder wurden sofort getötet, sechs Lebensgefährlich verletzt. Einem gelang es, abzuspringen. Auch der Aufscher erlitt schwere Verletzungen.

Schwere Dynamitexplosion.

Paris, 11. Februar. In Lodève bei Montpellier entstand in der Wohnung eines spanischen Gruberarbeiters, der in Gegenwart seiner Arbeitskollegen eine Riste mit Sprengstoff öffnete, eine Explosion, durch die sechs Personen, darunter zwei Kinder in zartem Alter schwer verletzt wurden.

Der Tiger auf dem Wochenmarkt.

Brüssel, 11. Februar. Der Tiger „Dektor“ ist gestern aus dem hier gastierenden Zirkus Jagenbed ausgebrochen. Es war gerade Wochenmarkt und eine Klempnerin entstand unter der Menschenmenge. Der Tiger tat aber nichts anderes, als daß er in ein Zigarrengeschäft ging. Dort legte er sich auf den Verkaufstisch zum Schlafen nieder. Ein starkes Polizeiaufgebot mit Revolvern nahm die Verfolgung auf. Die Polizei kam aber nicht zum Schießen, da Dektor ruhig wartete, bis sein Käfig herangeholt wurde und sich in den Zirkus zurückführen ließ.

Polizeiattaden in Japan.

Tokio, 11. Februar. Als gestern abend die Erregung zunahm, besetzten Truppen die Stellen, welche die wichtigsten Punkte beherrschen. Die Volksmenge wandte sich gegen die Redaktion der Zeitung „Chuo“, des Organ der Regierungspartei. Hier kam es zum ersten Zusammenstoß mit der Polizei. Vier Personen wurden durch Säbelstöße verletzt. Das militärische und polizeiliche Aufgebot in Verbindung mit der starken Kette dämpften die Erregung und bewirkten daß die Menge gegen 10 Uhr abend sich zerstreute.

Literatur.

Le Traducteur The Translator, Il Traduttore, drei Halbmonatschriften zum Studium der französischen, englischen, italienischen und deutschen Sprache. Diese Lehrschriften, deren mehrere sechsen den 22. Jahrgang antritt, machen sich zur Aufgabe, das Studium der fremden Sprachen, wenn Vorkenntnisse schon vorhanden sind, auf interessante und unterhaltende Weise weiterzuführen. Die dem Urtext nebengeordnete genaue Uebersetzung führt dem Leser in beiden Sprachen den richtig gewählten Ausdruck vor, wodurch der Wortschatz vermehrt und die Genauigkeit in der Wiedergabe des Sinnes erlernt werden kann. Jede Nummer enthält neben einer durchlaufenden größeren Erzählung mannigfaltigen Leses- und Gesprächs, kaufmännische Briefe, Uebersetzungsaufgaben, lehrreiche Besprechungen über französische Autoren und ihre Werke, sowie eine besondere Rubrik für Briefe, Postkarten- und Heilungsaustausch. Wer sich mit Sprachstudien befaßt, dem seien diese überall gut eingeführten und bekannten Heilschriften auf das wärmste empfohlen. Probenummern für Französisch, Englisch oder Italienisch kostenlos durch den Verlag des Traducteur in La Chaux-de-Fonds (Schweiz).

Montag, den 6. Februar, vorm. 8 1/2 Uhr, verschied nach kurzem, schwerem Leiden unser lieber Vater, Bruder, Schwieger-
vater, Grossvater, Schwager und Onkel, der frühere Verschnitted
August Kipper 14411
im Alter von 74 Jahren.
Dies zeigen mit der Bitte um stille Teilnahme schmerzzerfüllt an
Die trauernden Hinterbliebenen.
Beerdigung: Donnerstag, den 12. Februar, nachm. 8 Uhr,
von der Leichenhalle der Freireligiösen Gemeinde, Bunzlauerstr.

Am 9. d. Mts. verstarb unser langjähriges Mitglied, der
frühere Schmied
August Kipper 14425
im Alter von 78 Jahren.
Ehre seinem Andenken!
Der Sozialdemokratische Verein Breslau.
Beerdigung: Donnerstag, den 12. Februar, nachmittags 8 Uhr,
von der Leichenhalle des Freireligiösen Friedhofes (Bunzlauer-
strasse). Trauerhaus: Vorwerkstrasse 88.

Am 9. d. Mts. verstarb unser langjähriges Mitglied, der
frühere Schmied
August Kipper 14426
im Alter von 78 Jahren.
Ein dauerndes Andenken werden ihm bewahren
Die Mitglieder des Sozialdemokr. Vereins Breslau Distrikt 14 (Oblauer Vor).
Beerdigung: Donnerstag, nachmittags 8 Uhr, von der
Leichenhalle des freireligiösen Friedhofes.

Schillers Werke.
Vollausgabe in zwei Bänden, reich illustriert
in wöchentlichen Heften von 50 Pfennigen.
Gesamtpreis nur 3,00 Mark.
Durch die Expedition und Reisevereine zu beziehen.

Freie Religions-Gemeinde.
Das langjährige Mitglied,
Herr August Kipper 14413
ist gestorben.
Beerdigung: Donnerstag, nach-
mittags 8 Uhr, von der Leichenhalle
Bunzlauerstrasse.
Trauerhaus: Vorwerkstr. 82.
Der Vorstand.

Bld. Gaskochertische zu vert. 14422
Gleibschtr. 53a.

Geog. inf. Zahlung
H. alte Schrl., Kommoden, Weißstellen,
Gefäß, ganze Wohnungs-Einrichtung,
Bekleidungen d. kindl. Wähler,
Friedrichstraße 88 u. Gartenstr. 88.

**Bei telephonischen
Anfragen zc.,**
welche die Inseraten-Aufnahme,
Erpedition oder Buchhandlung
der „Vollmacht“ betreffen, ist
nur die Fernsprechnummer
1206
zu benutzen.
Wer dagegen mit der Redaktion
der „Vollmacht“ sprechen will,
benutze nur die Fernsprechnummer
3141

Arbeitsmarkt
Kaufmann sucht sofort Beschäftigung.
p. Tag 80 Pf. im Arbeit.
14412.

Erklärung.

Verschiedene Zeitungen erwähnen im Bericht über die
bei Dresdner Zigarettenfabriken erfolgten Haussuchungen
unter anderem nur kurz die Zigarettenfirma Jasmatzi

Wir erklären hiermit ausdrücklich, dass unsere Firma

Georg Jasmatzi und SÖHNE

mit der
Haussuchung in keinerlei Verbindung zu bringen ist!

Wir sind garantiert „trustfrei“.

Beim Einkauf unserer Fabrikate beachte man das Wort
— **SÖHNE** — und das Trustabwehrzeichen.

Georg Jasmatzi & SÖHNE,
wohlgemerkt: **und Söhne.**

[14389]

Er scheint dreimal wöchentlich.

Provinz-Bezugsquellen-Verzeichnis.

Den Lesern bei Einkäufen empfohlen.

<p>Brieg Alkoholfreie Getränke. Schulz, Emil (Wilmers Platz).</p>	<p>Fleischereien u. Würstfabriken. Czig, Oetrich, Pappeln, Edelweissbäckerei.</p>	<p>Bäckerei. König, Anton, Ring 39, (Kontum. Liefer.)</p>	<p>Stoberau. Fleischerei. Pohl, Gustav.</p>	<p>Kolonialwaren. Bretschneider, G., Brunnenstraße 1. Zimmer, August, Waisenstraße 4.</p>	<p>Kl.-Mochbern. Restaurations. Wiedrich's Wirt., Caféhaus, Kl.-Mochbern.</p>
<p>Arbeiter-Konfektion. Kreuzer, E., Oppelnerstr. 25, Div. Artikel.</p>	<p>Trickwaren, Weissen, Weißwaren Hübner, J., Schillerstr. 40 (Galanteriew.)</p>	<p>Spezialgeschäft für Fahrräder. Klein, W., Grotz, Neumarkt.</p>	<p>Ströbel-Zobten. Fleischerei u. Würstfabrik. Klein, Ernst, Kleiderstr. mit Straßbetrieb Sattler, Hermann, Ströbel.</p>	<p>Restaurations. Hübner, A., Stabli, Deutsch-Willa. Männer-Kränke, (Leopold), Kl.-Mochbern.</p>	<p>Schuhwaren - Schuhmacher. Kirmis, Franz, Massgesch. Kl. Mochb.</p>
<p>Bäckereien und Konditoreien. Schulz, Hermann, Waisenstr. 16. Hübner, Paul, Perlebergstr.</p>	<p>Glogau Berufsbildung, Wäsche, Trikots, Wohlf. Joh., Mehlstr. 12, (Schmitt.)</p>	<p>Restaurations. Berndtberger, F., Grotz zum gelb. Löwen.</p>	<p>Restaurant. Kurt Ehrlich's Gasthaus, Ströbel.</p>	<p>Schuhwaren. Schubert, P., Breslauerstr. 25, Hg. u. Hgert.</p>	<p>Neukirch - Maria-Höfen. Restaurations. Wiedrich's Gasthaus, Maria-Höfen. Erdmann, Julius, (direkt am Bahnhof.)</p>
<p>Bierbrauereien. Friedrich, Gustav, (K. O. m. L. S.) Bürgerlich Brauhaus, C. O. m. L. S.</p>	<p>Herren- und Knaben-Garderobe. Abraham, W., Preussischestr. 52/53. Kreuzberger, Adolf, Markt 45. Koswatzki, E., Preussischestr. 1/2.</p>	<p>Ohlau Damen- und Herrenkonfektion und Modewaren. Jobel, E., Markt, (Breslauerstr. 2.)</p>	<p>Strehlen Herren- u. Knaben-Garderobe. Grüniger, Karl, Spezial-Geschäft.</p>	<p>Schuhwaren. Schubert, P., Breslauerstr. 25, Hg. u. Hgert.</p>	<p>Oltaschin Restaurations. Deutscher Kaiser, Inh. G. Kaldie.</p>
<p>Fleischerei u. Würstfabrik. Hübner, Richard, Schillerstr. 32, Kontum. Liefer. Schulz, Richard, Hübnerstr. 2. Wohlf, Adolf, Preussischestr. 39.</p>	<p>Kinematographen Hübner, Richard, (chem. Pianofabrikanten.)</p>	<p>Bürgerlich. Brauhaus, Ohlau. Jaworski, Adolf, Ring 12.</p>	<p>Trebnitz Bierbrauereien. Trebnitz-Genossenschaft-Brauerei, (K. O. m. L. S.)</p>	<p>Hundsfeld Fleischereien. Hübner, G., Breslauerstr. 2. Wohlf, Adolf, Preussischestr. 39.</p>	<p>Opperau Restaurations. Hübner, Franz, Opperau.</p>
<p>Fische - Delikatessen. Schulz, G., Paulastr. 24. Schulz, Richard, Waisenstr. 10.</p>	<p>Korbmachen, Kinderwagen, Spielwaren. Kaldie, Friedrich, Waisenstr. 5.</p>	<p>Herren- und Knaben-Garderobe u. Schuhw. Kreuzberger, Adolf, Markt 45. Koswatzki, E., Preussischestr. 1/2.</p>	<p>Fahrräder, Nähmaschinen, Grammophon. Grotz, Adolf, Ring 13.</p>	<p>Herrengarderobe. Hübner, G., Breslauerstr. 25, Hg. u. Hgert.</p>	<p>Oswitz Restaurations. Hübner, Franz, Oswitz.</p>
<p>Galanterien- und Spielwaren. Schulz, E., Waisenstr. 2.</p>	<p>Musikwaren Hübner, Richard, (chem. Pianofabrikanten.)</p>	<p>Herren- und Knaben-Garderobe u. Schuhw. Kreuzberger, Adolf, Markt 45. Koswatzki, E., Preussischestr. 1/2.</p>	<p>Fahrräder, Nähmaschinen, Grammophon. Grotz, Adolf, Ring 13.</p>	<p>Herrengarderobe. Hübner, G., Breslauerstr. 25, Hg. u. Hgert.</p>	<p>Rosenthal-Carlowitz Fleischerei und Würstfabrik. Hübner, Carl, Carlowitz 2.</p>
<p>Herren- u. Knaben-Garderobe. Berliner Bekleidungshaus, Ring 34. Hübner, Paul, Waisenstr. 16, (Herren- u. Knaben- Kleidung). Kreuzberger, Adolf, Markt 45.</p>	<p>Gorkau Brauereien. Gorkauer Sozial-Brauerei, K. O.</p>	<p>Kreuzel, Karl, Ring Fahrräder, Nähmaschinen, Grammophon. Grotz, Adolf, Ring 13.</p>	<p>Nähere Umgebung Breslaus.</p>	<p>Klettenberg-Hartlieb Fahrradhandl. u. Reparaturwerkstatt. Hübner, G., Klettenberg, (Hübnerstr. 25, a. d. Ch. Hübner, G., Klettenberg, (Hübnerstr. 25, a. d. Ch.)</p>	<p>Schottwitz-Friedewalde Restaurations. Hübner, Franz, Schottwitz-Friedewalde.</p>
<p>Wohl, Eugen, Wohl, Eugen, (K. O. m. L. S.) Wohl, Eugen, (K. O. m. L. S.)</p>	<p>Gutsdorf Bäckereien. Hübner, Richard, (chem. Pianofabrikanten.)</p>	<p>Märzdorf-Steindorf Gemischtewaren. Grotz, Adolf, Ring 13.</p>	<p>Cozel. Bäckerei. Hübner, G., Cozel, Ring 13.</p>	<p>Kolonialwaren. Hübner, G., Klettenberg, (Hübnerstr. 25, a. d. Ch.)</p>	<p>Gross-Tachansch. Restaurations. Hübner, Franz, Gross-Tachansch.</p>
<p>Bach, Arth. Bach, Arth., (K. O. m. L. S.) Bach, Arth., (K. O. m. L. S.)</p>	<p>Jauer Fahrräder. Hübner, Richard, (chem. Pianofabrikanten.)</p>	<p>Peisterwitz Bäckerei. Hübner, G., Peisterwitz, Ring 13.</p>	<p>Dtsch.-Lissa-Stabelwitz Bäckereien. Hübner, G., Dtsch.-Lissa-Stabelwitz, Ring 13.</p>	<p>Restaurations. Hübner, G., Klettenberg, (Hübnerstr. 25, a. d. Ch.)</p>	<p>Kapsdorf-Gay Restaurations. Hübner, G., Kapsdorf-Gay, Ring 13.</p>
<p>Kreuzberger, Adolf, Kreuzberger, Adolf, Markt 45. Kreuzberger, Adolf, Markt 45.</p>	<p>Herren- und Damenkonfektion Hübner, G., Breslauerstr. 25, Hg. u. Hgert.</p>	<p>Qualkau Bäckerei. Hübner, G., Qualkau, Ring 13.</p>	<p>Gr.-Mochbern-Schmiedefeld Bäckerei und Konditorei. Hübner, G., Gr.-Mochbern-Schmiedefeld, Ring 13.</p>	<p>Restaurations. Hübner, G., Klettenberg, (Hübnerstr. 25, a. d. Ch.)</p>	<p>Klein-Tachansch. Bäckerei. Hübner, G., Klein-Tachansch, Ring 13.</p>
<p>Wohlf, Adolf, Wohlf, Adolf, Preussischestr. 39. Wohlf, Adolf, Preussischestr. 39.</p>	<p>Kinderwagen, Reiseartikel, Lederwaren. Hübner, Richard, (chem. Pianofabrikanten.)</p>	<p>Rotschirben Gemischtewaren. Grotz, Adolf, Ring 13.</p>	<p>Klose, Friedr., Fleischerei und Würstfabrik. Klose, Friedr., Ring 13.</p>	<p>Restaurations. Hübner, G., Klettenberg, (Hübnerstr. 25, a. d. Ch.)</p>	<p>Wolschwitz Fleischerei und Würstfabrik. Hübner, G., Wolschwitz, Ring 13.</p>
<p>Wohlf, Adolf, Wohlf, Adolf, Preussischestr. 39. Wohlf, Adolf, Preussischestr. 39.</p>	<p>Herren- und Damenkonfektion Hübner, G., Breslauerstr. 25, Hg. u. Hgert.</p>	<p>Saarsu Herren- und Arbeitergarderobe. Grotz, Adolf, Ring 13.</p>	<p>Restaurations. Hübner, G., Klettenberg, (Hübnerstr. 25, a. d. Ch.)</p>	<p>Restaurations. Hübner, G., Klettenberg, (Hübnerstr. 25, a. d. Ch.)</p>	<p>Restaurations. Hübner, G., Klettenberg, (Hübnerstr. 25, a. d. Ch.)</p>
<p>Wohlf, Adolf, Wohlf, Adolf, Preussischestr. 39. Wohlf, Adolf, Preussischestr. 39.</p>	<p>Herren- und Damenkonfektion Hübner, G., Breslauerstr. 25, Hg. u. Hgert.</p>	<p>Restaurations. Hübner, G., Klettenberg, (Hübnerstr. 25, a. d. Ch.)</p>	<p>Restaurations. Hübner, G., Klettenberg, (Hübnerstr. 25, a. d. Ch.)</p>	<p>Restaurations. Hübner, G., Klettenberg, (Hübnerstr. 25, a. d. Ch.)</p>	<p>Restaurations. Hübner, G., Klettenberg, (Hübnerstr. 25, a. d. Ch.)</p>
<p>Wohlf, Adolf, Wohlf, Adolf, Preussischestr. 39. Wohlf, Adolf, Preussischestr. 39.</p>	<p>Herren- und Damenkonfektion Hübner, G., Breslauerstr. 25, Hg. u. Hgert.</p>	<p>Restaurations. Hübner, G., Klettenberg, (Hübnerstr. 25, a. d. Ch.)</p>	<p>Restaurations. Hübner, G., Klettenberg, (Hübnerstr. 25, a. d. Ch.)</p>	<p>Restaurations. Hübner, G., Klettenberg, (Hübnerstr. 25, a. d. Ch.)</p>	<p>Restaurations. Hübner, G., Klettenberg, (Hübnerstr. 25, a. d. Ch.)</p>

Deutscher Reichstag.

210. Sitzung, Dienstag, den 10. Februar, nachmittags 1 Uhr.

Am Bundesratsitz: Dr. Delbrück. Eingegangen ist die Novelle zum Kaligeseh. Daraus wird in die zweite Beratung des Etats des Reichsamts des Innern

fortgesetzt mit der Abstimmung über Kapitel „Ausführung des Kaligeseh.“ Das Kapitel wird nach den Beschlüssen der Budgetkommission angenommen mit der Änderung, daß für die Ausstellung in San Francisco bestimmte halbe Millionen dem allgemeinen Fonds für die Auslandspropaganda zugeführt wird.

Dann wird die Debatte über das Kapitel „Reichsgesundheitsamt“

„Reichsgesundheitsamt“

fortgesetzt. Abg. Meyer-Gelle (Natl.) wünscht Erhebungen über den Gesundheitszustand der Arbeiter in der Grobblechindustrie. Die Unfallsterblichkeit in der Eisen- und Stahlindustrie sei in den letzten Jahren beständig zurückgegangen, ganz vermeiden ließen sich die Unfälle natürlich nicht. Dasselbe gelte von den Lieberstunden und der Sonntagsarbeit.

Abg. Wächter (Soz.): Wenn man über den Geburtenrückgang nachdenkt, so muß man auch auf die wirtschaftlichen und sozialen Ursachen dieser Erscheinung hinweisen; es fehlt nicht an Konzeptionsfähigkeit, sondern an Konzeptionsbereitschaft. Geburtenrückgang hat auch die Sterblichkeit abgenommen, in erster Reihe zufolge der Arbeiterschutzgesetzgebung. Ganz besonders

Schutz des Wöchnerinnen und Säuglinge.

Deshalb fordern wir eine reichsgesetzliche Reform des Hebammenwesens. 9,15 Prozent aller Entbindungen, mehr als 10000, gehen in Preußen ohne jede Hilfe vor sich. (Hört, hört! bei den Soz.) Die größte Zahl davon entfällt auf das Land, und zwar auf den Osten. Säuglingssterblichkeit ohne Mutterchutz ist nur eine Frage der Hygiene. In den Häusern der Reichsstadt ist für Geburtshilfe und genügende hygienische Verhältnisse gesorgt. Dort ist das Kindbettfieber daher unbekannt, das in den Wochenstuben der Provinzialstädte herrscht, wo gefoch, geschlafen, geim- und Hausindustrie getrieben wird. Die Reichsversicherungsordnung bildet den Wöchnerinnen auch nicht, denn die Übernahme der Kosten für Arzt, Medikamente, Hebamme und Wöchnerinnen-Unterstützung auf den Versicherungsträger ist nur fakultativ, und fehlt besonders in den Statuten der Land- und Krankenkassen. Der Reichstag forderte im vorigen Jahre in einer Resolution die Einführung von mehr Mitteln zur Förderung des Hebammenwesens. Die verbündeten Regierungen haben aber für diese Zwecke keine Mittel, sie erkennen immer noch nicht die Aufgabe, die nationalen Werte zu schützen, die das zukünftige Geschlecht bilden. Die Ausbildung der Hebammen, die heute in 6 bis 8 Monaten vollendet ist, ist ganz ungenügend, die Hebammenvereinigungen selbst verlangen eine Ausbildung von zwei Jahren. Auch die wirtschaftliche Lage der Hebammen muß gehoben werden. Die Reichsversicherungsordnung ist ihren Wünschen auf Versicherung bei Krankheit und Invalidität nicht entgegengekommen. Das Reich hat die Pflicht, dafür zu sorgen, daß auch diese Frauen im Alter und bei Invalidität und Krankheit unterstützt werden. Eine leichte zu veranlassende Enquete würde deutlich zeigen, wie es in diesem Bereiche bestellt ist. Nehmen Sie deshalb unsere Resolution an, es liegt dann an der Regierung, endlich zur Tat überzugehen. (Beifall bei den Soz.)

Abg. Krings (Zentr.) fordert Schutz vor der Stauentwicklung und dem

Nutzen der Automobile auf den Landstraßen.

Ministerialdirektor Ewald weist darauf hin, daß in England die Einnahme aus der Automobilabgabe auf die Zerlegung der Landstraßen zur Verbesserung der Staubentwicklung verwendet wird.

Abg. van Calker (Natl.): Die vom Staatssekretär erwähnten Grundsätze des Reichsgesundheitsamts betr. die Arbeitsverhältnisse des Krankenpflegepersonals sollten den Krankenanstalten übergeben werden. Soweit möglich, sollte eine gesetzliche Regelung der Verhältnisse erfolgen.

Abg. Reube (Vpt.): Im Interesse einer billigen Fleischversorgung liegt die Beseitigung der teuren Quarantäne für ein-

geführtes Vieh und die Beschränkung auf die Untersuchung des geschlachteten Fleisches im Inland. Die Mannschaften des Heeres sollten mit Viehfleisch versorgt werden, wie das in anderen Ländern geschieht.

Abg. Frommer (Kons.) beantwortet eine Resolution auf Einführung größerer Mittel möglichst noch in den Etat für 1914 zur wissenschaftlichen Erforschung der Maul- und Klauenseuche und ihrer Bekämpfung.

Abg. Donned (Vole) hält gegenüber dem Abg. Meyer-Gelle die Behauptung aufrecht, daß die Arbeitgeber vielfach gegen die Arbeiterschutzbestimmungen verstoßen.

Abg. Mann (Natl.) (Vpt.): Der Krankenpfleger kann seinen Beruf nicht im Dienste des Kliententums führen, wie ja auch die vom Abg. Müllert geleitete Krankenpflegerbewegung auf dem Musterberuf steht. Vielfach sind die Verhältnisse im Pflegeberuf weit besser, als der Abg. Müllert in seinem Antrag es verlangt. Das Kinderel. ab auf dem Lande wird von sozialdemokratischer Seite übertrieben. Auf dem nächsten internationalen Wiener Kongress sollte die Regierung für das Verbot der Nachtarbeit Jugendlicher unter 18 Jahren eintreten.

Präsident des Reichsgesundheitsamts Mann: Ueber einheitliche Grundsätze zur Regelung des Hebammenwesens verhandelt das Reichsamt des Innern gegenwärtig mit dem Bundesrat. Die Fürsorge für Wöchnerinnen ist durch die soziale Gesetzgebung bedeutend besser geworden. Leider machen nicht alle Klassen von dem ihnen gegebenen Recht Gebrauch. Wir können wenig dagegen tun, daß diese Bestimmungen nur auf dem Papier stehen. Die Abgeordneten können da mehr tun. Herrn Reube bemerke ich, daß wir, wenn in Dänemark Maul- und Klauenseuche herrscht, das Vieh von dort nicht ohne Quarantäne hereinlassen können. England läßt solches Vieh überhaupt nicht herein. (Abg. von Gotheim: Das Gegenteil ist wahr!)

Herr Reube wünschte

Erleichterungen der Vieheinfuhr aus Rußland. Da muß ich ihn an den preussischen Landwirtschaftsminister verweisen, der die Ausfuhrung des Gesetzes zur Verhinderung der Einschleppung von Seuchen zu überwachen hat. Die wissenschaftliche Tätigkeit des Reichsgesundheitsamts auf dem Gebiet der Maul- und Klauenseuche ist hier anerkannt worden. Leider ist der Erreger der Krankheit bisher noch nicht gefunden worden; mit der Prüfung der Ergebnisse der neuen Versuche von Biege und Krause ist das Amt noch beschäftigt.

Abg. Thunmann (Kons.) wünscht ein Obstweingeseh, sowie ein Geseh, das der Verfälchung von Malzweinen steuert. Geheimrat von Janquiere: Ein Geseh zur Verfälchung der Verfälchung von Malzweinen ist dem Bundesrat heute zugegangen.

Abg. Tiedel (Soz.): Die gesundheitlichen Gefahren, denen

die Heimarbeiterinnen

unterliegen, verlangen die ernstliche Aufmerksamkeit der Gesetzgebung. In der Textilindustrie hat die Nachtarbeit Jugendlicher in erschreckender Weise zugenommen, weil durch die technische Umwälzung Maschinen eingesetzt sind, die von Jugendlichen leicht bedient werden können. Besonders gefährlich ist das sogenannte Schiffchenfließen, wobei der Faden zum Anlaufen durch den Mund gezogen wird, und zerlegte Fäden und daselbst Schiffchen von Mund zu Mund geht. (Hört, hört! b. d. Soz.) Dabei existieren bereits Schiffchen, bei denen das Anlaufen des Fadens automatisch geschieht. Im Interesse der Gesundheit muß die Einführung wasserfester Kleidung gefordert werden. (Sehr wahr! b. d. Soz.) Besonders verwerflich ist die zunehmende Frauenarbeit, denn die verheiratete Frau muß außer den 12 Stunden in der Fabrik noch mindestens vier Stunden im Hause schaffen. Im Zusammenhang damit steht die große Säuglingssterblichkeit, die in den Textilbezirken weit über den allgemeinen Durchschnitt hinausgeht. (Hört, hört! b. d. Soz.) Die Gesetzgebung muß dafür sorgen,

daß diese Frauen die nötige Muße haben. Das Bismarckische Wort: „Die Großindustrie degeneriert unter Volk“, ist ganz besonders wahr in der Textilindustrie. Wollen wir dem entgegenwirken, so ist die erste Forderung die volle Freigabe des Sonntags Nachmittags für die Frauen. (Vorb. Beifall b. d. Soz.)

Abg. Ekt-Plüngen (Natl.): Der Abg. Tiedel hat ja in manchen Punkten seiner Darstellung recht, in anderen hat er aber weit übertrieben. Das Schiffchenfließen ist gewiß ekelhaft, aber es kann nur mit der Einführung des automatischen Wechsels verdrängt werden, und dem widerlegen sich die Arbeiter selbst, weil ein Arbeiter dann 10 bis 12 Stühle statt 3 bis 4 bedienen kann. Die Arbeitgeber haben sich genug Mühe gegeben, andere Einrichtungen zur Vermeidung des Schiffchenfließens einzuführen; durch die Sozialdemokratie ist in die Arbeiterkassen ein starkes Misstrauen hineingehämmert gegen alles, was vom Arbeitgeber kommt. (Sehr wahr! bei den bürgerlichen Parteien.) Die Herren vom Textilarbeiterverband würden sich ein großes Verdienst erwerben, wenn sie den Widerstand der Arbeiter gegen die von den Unternehmern gewünschte Einführung der mechanischen Einweberichtung brechen würden. Dem Reichsgesundheitsamt empfehle ich die Prüfung dieser Frage im Interesse der Volksgesundheit. (Bravo! bei den Natl.)

Abg. Poppe (Zentr.) kritisiert die Maßnahmen zur Bekämpfung der Maul- und Klauenseuche, insbesondere die rigoreuse Stallkontrolle.

Abg. Voigt-Crantsheim (Kons.) spricht über die Heilung. Auf eine Anfrage des Redners erwidert der Präsident des Reichsgesundheitsamts Mann: Eine Revision des Nahrungsmittelgesetzes ist in der Art eingeleitet, daß der Bundesrat Normativbestimmungen erlassen soll über die Zusammensetzung und Beschaffenheit von Nahrungsmitteln. Diese Bestimmungen sollen für den Richter maßgebend sein.

Abg. Dr. Strauß (Vp.) polemisiert gegen das Kurpfuschertum, zu dem auch die Gesundheitskontrolle gehöre. Wenn wir auch die Aufhebung von Grenzverboten und Quarantänen bei der Einfuhr von Vieh verlangen, so ist uns die Einschleppung der Maul- und Klauenseuche keineswegs gleichgültig. Unsere ganze Viehweidungsgesetzgebung hätte gar keinen Sinn, wenn die Kontrolle an der Grenze nicht ebenso streng wäre wie im Inlande. (Sehr richtig! bei der Volkspartei.) Aber über die gegenwärtige Art der Quarantäne kann man sehr verschiedene Ansichten haben.

Abg. Tiedel (Soz.): Es gibt Vorrichtungen, die das Anlaufen und Durchziehen des Fadens durch das Drehen des Schiffchens automatisch ermöglichen. Der Bitt will den Arbeitern die Schuld an der Nichtdurchführung der mechanischen Saugvorrichtung zuschreiben, aber mit Unrecht. Sie verlangen die gesetzliche Einführung dieser Vorrichtung, wie sie in England und mehreren Staaten Nordamerikas besteht. Was dort möglich ist, muß auch bei uns möglich sein. (Zust. bei den Soz.)

Abg. Kerthmann (Vpt. der Natl.) wünscht weitere Mittel zur Erforschung und Bekämpfung der Maul- und Klauenseuche.

Die Debatte wird geschlossen. Das Kapitel wird genehmigt.

Die sozialdemokratische Resolution, die die Befreiung des Krankenpflegepersonals fordert, wird abgelehnt, die nationalliberale, die einheitliche Grundsätze zur Regelung der Verhältnisse dieses Personals verlangt, wird angenommen.

Die sozialdemokratische Resolution auf reichsgesetzliche Regelung des Hebammenwesens, die Resolution Graf Posadowsky auf Verbot der Nachtarbeit für Jugendliche unter achtzehn Jahren, die Resolution Behrens, die die Regelung der Arbeitszeit in der Binnenschifffahrt und Fischerei verlangt, die Resolution Behrens, die Maßnahmen fordert, um gesundheitliche Schädigungen der im Weinbau beschäftigten Personen zu verhindern, und die Resolution Frommer, welche Mittel für die wissenschaftliche Erforschung der Maul- und Klauenseuche in den Etat einzustellen verlangt, werden sämtlich angenommen.

Darauf verläßt das Haus die Weiterberatung auf Mittwoch 1 Uhr.

In der Sandgrube.

Der vielbesungene kleine See in der alten Sandgrube vor dem Walde, der das Borland der Stadt gegen Sünden einfaßt, ist zugefroren.

Die Eisbahn des Jungvolkes aus dem Armeleutviertel. Mit blauen Wangen und blauen Händen kommen sie heraus aus ihren dumpfen Straßen, die Armeleutkinder. Die meisten müssen sich damit begnügen, nach kurzen Anläufen auf den abgelaufenen Sohlen ihrer verlotterten Schuhe über die spiegelnde Fläche zu schleifen. Wenige nur bringen Schlittschuhe mit, Schlittschuhe, die bessere Lage vordem geliehen haben mögen, über die in niederen feuchten Kellern der Kost gekommen ist.

Über keines der Armeleutkinder schnallt zwei Schlittschuhe an, auch wenn es ein rechtes Paar aufgestöbert hat. Wer zwei hat, gibt dem einen, der keinen hat. Ein Armeleutkind sieht sein Wünschen gekrönt, wenn es unter einem seiner Füsse den Schlittschuh fühlt. Und so fahren sie: mit dem Schlittschuhlosen Wein lassen sie sich ab und schieben, geschäft den mageren Körper im Gleichgewicht haltend, auf der eisigen Stahlschiene dahin. Ueber die Eisfläche aber geht ein leises Singen.

Ich sah viele leuchtende Augen auf der Eisbahn der Armeleutkinder in der alten Sandgrube.

D. G. E. in der „Frl. Blg.“

Aus aller Welt.

Massenvergiftung.

Die Ortschaft Munshausen ist durch einen Vergiftungsfall in große Aufregung versetzt worden. Am Donnerstag wurde die Frau des Bauern Köpp zu Grabe getragen. Nach der Leichenfeier fand wie üblich ein großes Essen im Hause Köpps statt. Am Abend des folgenden Tages wurden viele Teilnehmer an dem Essen von heftigen Schmerzen befallen und am Sonnabend starb eine Tochter Köpps unter großen Qualen. Drei andere Personen schweben in Lebensgefahr, weitere sind schwer erkrankt. Die Ärzte stellen einstimmig Vergiftung fest.

Niederlage der Unzüchtigkeitsquäppler.

Im September vorigen Jahres hatte das Landgericht Berlin I die Entziehung und Unbrauchbarmachung von 48 Unzüchtigkeitsartikeln verfügt, von denen ein großer Teil wiedergegeben von Kunstwerken sind, die öffentlich auf Straßen und Plätzen aufgestellt gefunden haben. Am Dienstag hatte sich das Reichsgericht mit dieser Sache beschäftigt. Der Rechtsanwalt beantragte Aufhebung des Urteils, da das Landgericht den Begriff der Unzüchtigkeit ver-

kannt habe. Die Darstellung nackter Personen sei nicht ohne weiteres als unzüchtig anzusehen, und der Umstand, daß die Nachbildungen der Kunstwerke öffentlich in Geschäften ausgestellt und der Jugend zugänglich gemacht seien, gebe diesen Nachbildungen noch nicht den Charakter der Unzüchtigkeit, da sie offenbar nicht anders wirken könnten als die in der Öffentlichkeit aufgestellten Originale.

Das Reichsgericht hat das Urteil des Landgerichts Berlin I aufgehoben und die Sache an das Landgericht Berlin II verwiesen. In der Begründung heißt es: Ein Bild deshalb für unzüchtig zu erklären, weil es einen nackten Körper darstelle, sei nicht zulässig. Das Urteil sei nicht haltbar, da es die Postkarten mit Unrecht in Bausch und Bogen für unzüchtig erklärt. Das Landgericht selbst habe anerkannt, daß die Reproduktionen der Originale durchaus gleichwertig seien.

Schon wieder eine Familientragödie.

Die Reihe der zahlreichen Familientragödien, die sich in der letzten Zeit abgepielt haben, ist durch eine Schreckenstat vermehrt worden: die am Montagabend in Saarouis verübt wurde. Der 23jährige Reisende Weiß war etwa sechs Jahre mit seiner jetzt 20jährigen Frau verheiratet und hatte drei Mädchen im Alter von fünf, drei und zwei Jahren. Nach längerer Arbeitslosigkeit wurde er vor einem Jahre von einer Kälerei in Saarouis wieder beschäftigt, obwohl er infolge einer früheren Krankheit nicht recht arbeitsfähig war. Trotzdem führte er ein lockeres Leben und gab sich gern mit Mädchen ab. Da er hierzu seinen Verdienst verbrauchte, verließ ihn seine Frau und zog in das Haus ihrer Eltern zurück und erwarb sich den Unterhalt für sich und ihre Kinder durch Kleinarbeiten. Während die Schwiegereltern abwesend waren, drang Weiß plötzlich in die im ersten Stockwerk des Hauses gelegene Wohnung ein, wo er seine Frau mit den Kindern antraf. Er gab auf seine Frau, ohne ein Wort zu sagen, zwei Revolverkugeln ab, die diese in die Brust trafen. Die Frau wollte mit dem jüngsten Kinde auf dem Arm nach der Parterrewohnung flüchten, brach aber an der Treppe tot zusammen. Das zweite Kind war inzwischen schreiend die Treppe hinuntergelaufen, während das dritte dem Vater direkt in die Arme lief. Er tötete das Kind mit zwei Revolverkugeln. Auch die Schwiegermutter, die in diesem Augenblick vom Einkauf nach Hause kam, fiel ihm zu Opfer. Sie erhielt zwei lebensgefährliche Schüsse in die Brust und brach zusammen, doch hofft man, sie am Leben erhalten zu können. Mit der letzten Kugel verübte dann Weiß Selbstmord, indem er sich einen Schuß in den Kopf jagte. Er war auf der Stelle tot. Den Revolver hatte er erst gestern in Saarouis gekauft.

Eine Kaiserhöhle. In Lodz wurde eine Kaiserhöhle entdeckt, in die deutsche Frauen und Gouvernante n gelangt und dann nachdem man ihnen Gewalt angetan, in das Ausland verkauft wurden. Der Besitzer des Hauses wurde verur-

teilt, ebenso der mehrfache Millionär Reichmann aus einem Vorort von Plesowitz, der den ganzen Maßstab an Handel leitete. Das Gericht lehnte es ab, Reichmann gegen eine Kaution von einer Million Mark auf freiem Fuß zu lassen, weil man seine Flucht befürchtete.

In dieser Affäre erfährt das Reichsische Telegraphenbureau noch folgendes:

„Die Aufhebung dieses Hauses liegt bereits ein Jahr zurück und der Anführer der Mädchenhändlerbande, ein gewisser Lobeck, befindet sich bereits längere Zeit im Untersuchungsgesängnis in Benthien. Die Verhaftung Reichmanns erfolgte gelegentlich einer Vernehmung als Zeuge in dieser Angelegenheit, da der Verdacht besteht, daß er in dieser Angelegenheit mit verwickelt ist. Reichmann wurde jedoch auf seine Beschwerde hin wieder auf freiem Fuß gesetzt.“

Von der Elfmutter totgeprügelt. Das Schwurgericht in Frankfurt a. O. verurteilte die Arbeiterfrau Joha Keese aus Halbe, Bez. Frankfurt a. O. wegen Körperverletzung mit Todeserfolg zu 10 Jahren Zuchthaus. Die Angeklagte hatte ihr zweijähriges Stiefkind in systematischer Weise zu Tode geprügelt.

Vom Windmühlensflug erfaßt. In Dorff, im Kreise Neustadt, am Rübenerberge, wurden drei Kinder beim Spielen von einem Windmühlensflugel erfaßt. Mit schweren Schädelverletzungen sind die Kinder dem hiesigen städtischen Krankenhaus zugeführt worden. Das jüngste dreijährige Kind erlag seinen Verletzungen, der Zustand der beiden Geschwister ist sehr bedenklich.

Der Bauernkrieg erlegt? Nach in Wien verbreiteten Nachrichten erlegte der Jäger des Klosters Admont den legendären Bauernführer, der die Beendigung der Bauernkriege seit zwei Jahren unfruchtbar machte. Es soll sich um ein Puma handeln.

28 Millionen Mark gestohlen. Die Interstate Commerce Commission in New York machte Aufsehen erregende Enthüllungen über große Diebstähle bei der New York-New Haven- und Hartfordbahn. Der frühere Vorsitzende der Kommission erklärte, daß 28 Millionen Mark verschwinden seien. Senator Hitchcock wies darauf hin, daß die Männer, die die Gesellschaft ruinierten und die Millionen bestohlen, sich gleichzeitig als gemeinnützige Funktionäre in der Finanzverwaltung zeigten.

Kleine Notizen.

Die größte Brücke der Welt. Eine neue Brücke soll über den Hudson River gebaut werden. Eine Baukommission industrieller Persönlichkeiten unter Beteiligung städtischer Vertreter trat am Montag in New York zusammen, um über das Projekt zu beraten. Die Brücke soll New York mit New Jersey verbinden und selbstverständlich die größte der Welt werden. Die Baukosten wurden auf 165 Millionen Mark angesetzt, von denen allein 30 Millionen Mark auf die Grundstückskaufe zu beiden Enden der Brücke fallen. Die Länge des Bauwerks beträgt anderthalb englische Meilen. Ein Komitee wurde ernannt, um das Projekt dem Gouverneur des Staates New York zu unterbreiten.

Preussisches Abgeordnetenhause.

23. Sitzung.

Dienstag, den 10. Februar 1914, vorm. 11 Uhr.

Am Ministerisch: v. Dallwitz.

Die Automobilunfälle.

Abg. Frhr. v. Steinhilber (Ntr.) begründet eine Interpellation über den schweren Automobilunfall der Reichstagsabgeordneten Frau und Hebel (Ntr.) und über die Maßnahmen zur Verhütung solcher Unfälle. Der Redner klagt über die große Schnelligkeit der Autos, Kraftfahrer und Kraftfahrzeugführer und über ungenügende Kontrolle durch die Behörden.

Minister v. Dallwitz: Es wird sehr viel kontrolliert, in Berlin durch Doppelpatrouillen mit Stoppschrauben. In Berlin kommen auch weniger Unfälle vor, als in anderen Weltstädten. Die Regierung wird für Sicherheit auf den Straßen sorgen.

In der Besprechung der Interpellation erklärt Abg. Dr. v. Seifert (Konservativ) daß seine Partei Vertrauen zur Regierung habe, daß sie die geeigneten Maßnahmen treffen werde.

Abg. Jark (Nationalliberal) lehnt Verkehrsbeschränkung ab und erklärt, daß auch die Automobilisten Rücksicht auf den Nächsten nehmen müßten.

Abg. Rosenow (Volkspartei) spricht in gleichem Sinne und regt Vorkehrungen an, die nur die zulässige Höchstgeschwindigkeit ermöglichen.

Abg. Hofer (Sozialdemokrat) spricht das Bedauern über den Unfall der beiden Abgeordneten aus, wendet sich gegen die anstrengende Chauffeurarbeit, die die Chauffeure nach ungenügender Ausbildung hinanziehen. Die überlange Arbeitszeit der Chauffeure vermindert naturgemäß ihre Aufmerksamkeit und vergrößert die Unfälle, ebenso das Motorbremssystem. Höherer Grundlohn und kürzere Arbeitszeit werden vielmehr für die Sicherheit des Verkehrs sorgen, als die ungeheuerlichen und viel zu häufigen Strafen gegen Automobilfahrer.

Die Laifertigen und prinzipiellen Kurios

können rufen wie sie wollen; ist genug werden dabei Leute überfahren und die Chauffeure müssen für die hohen Verurteilungen einbringen. Ein Prinz beschädigt auch einen ungeprüften Chauffeur (Höll höll! in den Sozialdemokraten.) Man darf nicht die aufwändige Kautionsindustrie und ihre Arbeiter schädigen. (Beifall bei den Sozialdemokraten.)

Abg. v. Traumpetzki (Kole) wünscht ein Vorgesetz, daß die Höchstgeschwindigkeit auf 50 Kilometer beschränkt. Die Leute, die am raschesten fahren, haben gewöhnlich am wenigsten zu tun.

Abg. Frhr. v. Steinhilber (Ntr.) hätte eine Erklärung des Ministers gewünscht, daß die Polizeiverordnungen gegen jedermann durchgängig angewendet werden. — Damit schließt die Besprechung über den Etat des Innern.

Minister v. Dallwitz: Dem Abg. Dr. Seyda muß ich doch erwidern, daß die verwerfliche Vordrängung eines einzigen Ganalisers nicht dem ganzen rühmlichen Nationalkomitee zur Last zu legen ist. (Abg. Fortschritt: Die Russen im Wiener Reichstag haben den Mord gebilligt!) Der Osmarkeverein steht mit den Ruthenen nur wegen Beschaffung von Saisonarbeitern in Verbindung. Das Entgegengesetzte wurde nicht auf eine Einwirkung v. Liebenmanns, sondern auf Beschluß des Staatsministeriums angewandt und wird wieder angewandt werden, wenn polnischer Terrorismus die Grundbesitzer hindert, an Deutsche zu verkaufen. Sozialpolitik in Sonderdingen habe ich unterzogen. Meine private Meinungsäußerung zu Herrn v. Jagow untersteht nicht dem Parlament. Gehegung und Verwaktung müssen von einander getrennt sein. (Beifall rechts.)

Abg. Adolf Hoffmann (Soz.) verurteilt zunächst die späte Einberufung des Landtags und nennt die eifrige Scharfmacherrede v. Kardoff einen schwachen Ausguss vom Vorjahr.

Sie (nach rechts) unterstützen an Gewalt und Karren, aber das Volk wird Ihnen antworten. Herr v. Kardoff muß noch lernen, bis er ein so tüchtiger Scharfmacher wird, wie sein Vater war. (Reiterkeit links.) Er sagte, wir besten gegen Personen. Keine Ahnung von unsrer Partei und ihrem Wesen! Wir bekämpfen die Gesellschaftsordnung, die Personen aber nur dann, wenn sie sich für diese Gesellschaftsordnung besonders in der Kampf stürzen. Dr. Lohmann sagte, die „Preiner Bürgerzeitung“ habe die Königin Luise beleidigt, sie hat aber nur bürgerliche Schriftsteller geübt. Es ist auch falsch, daß wir die Kirche haben, wir bekämpfen nur ihren Mißbrauch zur Unterdrückung der Volksunterdrückung und Ausbeutung. Für die Behauptung eines Terrorismus zum Kirchenaustritt fordern wir Beweise. Wohl aber fördern Sie mit Ihrem Gemütszwang gegen die Dissidenten den Kirchenaustritt und ebenso mit dem reaktionären Kirchenregiment, daß sich in der Behandlung von

Jahro, Traub und Kraus

äußerte. Religionsfreiheit abtät in Preußen gawacht, aber jetzt, wo sie in China eingeführt ist, dürfen wir sie vielleicht auch bekommen. (Reiterkeit.) Herr Ling erklärte den Geburtentückgang und den Gebrauch der Mittel dazu als Krankheit der Moral. Wie krank müssen dann die bestehenden Klassen sein, die das alles viel früher kannten und anwendeten, als die Massen. Die Not verschuldet den Geburtentückgang. Machen Sie dem Volk eine bessere Existenz möglich, statt ihm die Lebensmittel zu verteuern, und Sie werden nicht mehr über Geburtentückgang zu klagen brauchen. Geben Sie doch auch das Jölibat auf, nicht nur das der Kleriker, sondern auch der Lehrerinnen, das gegen die Naturgesetze verstößt. Welch eine Geschmackslosigkeit der Patrioten im Osmarkeverein ist die Bezeichnung des Kaisers, des Königs, der Minister usw. mit Nummern, wie die Zuchthausgefangenen. (Sehr wahr! links.) Der Minister hat die privatkapitalistischen Versicherungsvereine gewarnt, wenn sie sich nicht einigten, würden sie von der „Volkshilfe“ getroffen, die, weil sie sich nicht bereichern will, wie so vieles andere gute, als sozialdemokratisch hingestellt wird.

Unsere Landräte haben für alles Zeit.

von der konservativen Parteiarbeit und der in Dörfern verführten Beleitung von Postbeamten zur Preisgabe des Briefgeheimnisses bis zu einer „Mittelstandspolitik“, die sich in einer Äußerung der ortsanfälligen Kaufleute beim Warenbezugs äußert. Der Mittergutsbesitzer v. Hildebrand im Kreise Köslin hat nichtkonservative Rüstendensoren die Unterdrückung für Sturmchaden und seinen Wullen für ihre Kühe entzogen. Ja fürchten Sie sich nicht, daß wenn die freimüßigen Kühe von dem liberalen Wullen des Nachbarns gedeckt werden, nicht ein bedeutendes Rückgang des konservativen Rindviehs eintritt? (Sturm. Hilt.) Sie entkräften sich über den garmacht begangenen Diebstahl der Dokumente des Osmarkevereins, die Ihnen unangenehm sind; aber darüber entkräften Sie sich nicht, daß

in Oberhessen Polizeibeamte Hausbrüderläsen befohlen

und in Bochum der Kommissar Mann den polnischen Druckereileiter zum Diebstahl von Manuskripten anstiftete! Die Reproduktionen wirklicher Kunstwerke haben die Schmutzliteratur verdrängt; ihre Beschaffung ist eine Beleidigung der hervorragendsten Künstler. Uebrigens können Sie Ihre Jagd nach der Nachlässigkeit jetzt in der Landwirtschaftswoche mit besonderem Erfolg betreiben! (Hilt. links.)

Die Berliner Polizei bemächtigt sich, alle Versuche, die aus der Arbeiterkassette selbst hervorgehen, den Massen wirkliche Rüst zu bieten, Weibern zu lassen. Man hat eine Oratorienausführung verboten, man hat einen Hof- und Demorganisten die Anweisung an einem Orgelkonzert für Arbeiter verboten, was natürlich kein Terrorismus ist. Hat die Berliner Polizei auch ein Verbot an der

Zulassung des Hauptmanns in Breslau, das allerdings weniger nach der Methode der König rief und als nach dem Wort

aus alle riefen, kam endlich auch der König! (Hilt. Rufe rechts.) Ich zitiere nur, was sogar Ihre Historiker feststellen haben. Als Hauptmanns „Weber“ im Deutschen Theater“ aufgeführt wurde, wurde die Kassette aufzulassen. Nun, da konnte wenigstens der Direktor mehr Klage verkaufen. (Reiterkeit links.) Die Zensur wacht sorgfältig über die „Freie Volksbühne“ und hat auch Rosenows Drama

„Die im Schatten leben“

als — sozialdemokratisch verboten! — Der Redner führt eine große Anzahl von Zensurverboten vor, die lebhafteste Reiterkeit erwecken. Dagegen habe ich bei der „Dame von Marlin“ nichts von Zensur bemerkt. In der Zeit, wo das erste Theater einen schweren Kampf führt, schlanter die Polizei die Direktoren was sie kann. — Für die geheime Ausgabe der Polizei sind 300.000 Mark in den Etat eingestellt. Dieses Geld wird

für die eitelste Spitzel

verwendet. In Essen beschlagnahmte man die Mitgliederliste des Transportarbeiterverbandes und suchte die Mitglieder brotlos zu machen. Man kauft die Mitgliederliste des Steigerverbandes und verkaufte sie dem Arbeiterverband. Ein Spitzel in Essen, Carlst, wurde teils wegen Urkundenfälschung zu Zuchthaus verurteilt, aber noch in der Verbannung iraten die Vorgesetzten für den schwer vorbestraften Spitzel ein. Der Redner bespricht dann eine Reihe von Entlassungen von Polizeispitzeln, die den Berliner Sozialdemokraten gelingen ist. Dem

Redakteur Köpfe des anarchischen „Freien Arbeiters“

erließ man durch königliche Gnade eine Gefängnisstrafe, wodurch man seine Spitzelqualität erwiderte. Der Redner verliest das Signalement des Köpfe, was Vizepräsident Porsch als nicht zur Sache gehörig erklärt. Der Redner fährt fort: Das habe ich nur verlesen, damit sich die Mitglieder des Hauses vor dem Spitzel in acht nehmen können. (Reiterkeit.) Die Polizei zahlt Beiträge zu sozialdemokratischen Wahlvereinen und Abonnements auf den „Vorwärts“. Sie hat auch anarchistische Druckereten unterstützt, schade, daß die Kommission die Druckereti des Berliner Polizeipräsidiums abgelehnt hat, sonst wäre es doch billiger und geschmeier gewesen, die anarchistischen Wähler gleich dort zu drucken. Auch der Streikbrecheragent Keilmann, der jetzt in Wodenbad in Wörmern einen Zuchthaus erschossen hat, war Polizeilagant. Er ist übrigens oftmals vorbestraft, sogar mit Zuchthaus und hat bis 1913 Ehrenverlust. Ein solcher Mann arbeitet für die Polizei, die der Minister von Dallwitz, der Beamte Eißbrecher und Länger heißt, weil sie ihrer Ueberzeugung gemäß wählen, eine moralische Anstalt genannt hat. (Der Redner spricht in der Erregung sehr laut, die Mehrheit ruft höflich: Lauter, lauter!) Dieser Behn ist Ihre ständige Empfehlung über die Verwendung von solchen

Gefindel im Dienste Ihrer Gesellschaft

und Ihres Staates, die mir dann freilich leid tun können. Aber Recht muß Recht bleiben und sollte die Welt darüber auch zurande sein. Diese schändlichen Tausche werden auch den Unterschieden zeigen, daß nur die Sozialdemokratie für das Recht kämpft. (Sturm! bei den Soz. — Lachen rechts.) Der Redner bespricht hierauf den Terrorismus, der am schmerzhaftesten von den Unternehmerrorganisationen betrieben wird.

Die Rechtsnachfolge der Gewerkschaften

wird diese nur zu neuen Erfolgen, zu neuen Siegen führen. Mit den fragwürdigsten Mitteln suchen sie die Säulen Ihres Staates aufrechtzuerhalten, mit Gelben und Entföhen. Die Frau des Vorsitzenden eines gelben Vereins in Pöschel des Vorhells in Magdeburg. Solche Vordelle werden von der Polizei gebildet in Ihrem christlichen Staate, obwohl das direkt gegen die Strafgesetze verstößt. Vordellbesitzer sind Wähler erster Klasse in Preußen, aber arme Mütter, die zulaufen, daß ihre Töchter mit dem Brautgarn von der Verheiratung verheiratet, kommt wegen Anspäet ins Gefängnis. Vielleicht entlastet sich die Regierung, die Vordelle in Staatsbetrieb zu nehmen. Zum mindesten sollte man die armen Mädchen vor Ausbeutung schützen. Vielleicht stellt man den Ministerien Freilassen zur Verfügung (Vizepräsident Dr. Porsch rügt diesen Ausbruch), — ich meine zur Kontrolle. Redner bespricht weiter den bekannten Fall, wo ein Beamter der Stellenpolizei als Zuhälter entlarvt wurde. Ich frage den Minister, was er zu tun gedenkt, um derartige Zustände in Zukunft zu verhindern.

Ich komme jetzt zu der Polizei in den Provinzen und damit auf den Kölner Prozeß.

Vizepräsident Dr. Porsch teilt mit, daß die Stenographen sich außerstande erklären, ihren Dienst weiter zu verrichten und schlägt vor, die Sitzung abzubringen.

Das Haus stimmt dem zu. Nächste Sitzung morgen 11 Uhr, Fortsetzung der heutigen Beratung. Schluß 7 1/2 Uhr.

Gewerkschaftliches.

Mehr Arbeiterschutz

an den Holzbearbeitungsmaschinen.

Der Holzarbeiter-Verband hatte bekanntlich im Interesse eines durchgreifenden und weiteren Unfallschutzes eine Unfallausstellung veranstaltet, die, in mehreren Städten ausgeführt, das öffentliche Interesse erweckte und auch auf der Bauausstellung in Leipzig im Jahre 1913 beachtliches Aufsehen erregte. Um zu illustrieren, wie besonders die gefährlichen Maschinen die Hände der die Maschine bedienenden Arbeiter grausam zerfleischen, wurde das erschütternde Bild der Abstimmung in einer Maschinenarbeiterversammlung dargestellt, das zeigt, daß fast alle Maschinenarbeiter verstümmelte Hände haben. Die „Lagenden Hände“ haben zwar vorübergehend Interesse und Mitleid erweckt, von den Behörden zur Ueberwachung des Arbeiterschutzes aber hört man nicht, daß sie Versuche machen, dem Uebel selbst, dem mangelnden Unfallschutz wirksam zu steuern.

Im Jahre 1911 kamen nach den Berichten der Berufsgenossenschaften im Gesamtdurchschnitt auf je 1000 Holzarbeiter 8,14 einschlägige, also schwere Unfälle. Für die Holzindustrie allein betrachtet, ergaben sich jedoch auf je 1000 Holzarbeiter 10,85 schwere Unfälle. In der Südwestdeutschen Holzberufsgenossenschaft betrug die Unfallziffer 14,22 und in der bayerischen sogar 15,17.

Um für die Ausgestaltung des Unfallschutzes zu wirken und die wichtigsten Aufgaben sowie die gesetzgebenden Adressaten auf die wichtigsten Aufgaben, die hier der Lösung harren, hinzuweisen, hat der Vorstand des Holzarbeiterverbandes eine Reihe von Maßnahmen in die Wege geleitet. Die „Holzarbeiter-Zeitung“ widmet in ihrer letzten Nummer dieser Materie mehrere eindringliche Artikel.

Der Vorstand des Deutschen Holzarbeiter-Verbandes hat an Bundestag und Reichstag eine Eingabe gerichtet, in der gebeten wird, Maßnahmen zu veranlassen, die geeignet sind, die bedrohlichen Gefahren für Leben und Gesundheit der an Holzbearbeitungsmaschinen beschäftigten Arbeiter herabzumindern. Die in dieser Petition erhobenen Forderungen lauten:

1. Durchführung der Verbesserungen durch das Reich.
2. Vermehrung der Aufsichtskräfte bei den Gewerbeinspektionen, um eine gründliche und wiederholte Revision aller Betriebe zu ermöglichen.
3. Anstellung von Gewerbebeamten aus den Reihen der Arbeiter.
4. Gewährung polizeilicher Strafbefugnis an die Berufsgenossenschaft der Betriebe angelegten Gewerbe- und Aufsichtskräften.

7. Festsetzung eines Maximalarbeitstages von zehn Stunden innerhalb des Zeitraumes der Holzindustrie und Herabsetzung desselben in Sägewerken und auf Holzlagerplätzen.

7. Verbot der Beschäftigung jugendlicher Arbeiter und Lehrlinge unter 17 Jahren an den Maschinen.

8. Einführung von Pflichtunterrichtskursen für alle Arbeiter an Holzbearbeitungsmaschinen über Unfallverhütung an den Maschinen und Anwendung der vorgeschriebenen Schutzvorrichtungen.

9. In die Gewerbeinspektionen rücken die Maschinenarbeiter durch ihre Organisation folgende Wünsche:

1. Veranlassung von Vorträgen in Arbeiterkreisen über Arbeiterschutz und wirksame Anwendung von praktischen Schutzvorrichtungen.

2. Zuziehung von Maschinenarbeitern bei Revision der Betriebe.

3. Vornahme der Revision während der Arbeit, und zwar unangemeldet und nicht in Begleitung der Arbeitgeber.

Den für die Holzbearbeitung in Betracht kommenden Berufsgenossenschaften sind nachstehende Forderungen der Maschinenarbeiter unterbreitet:

1. Vermehrung der Aufsichts- und Kontrollorgane in der Weise, daß wiederholte und gründliche Revisionen sämtlicher der Berufsgenossenschaft unterstellten Betriebe alljährlich möglich sind.

2. Anstellung von Betriebskontrolleuren aus den Reihen der Maschinenarbeiter.

3. Erweiterung der Vorschriften über die Anbringung von Schutzvorrichtungen an Holzbearbeitungsmaschinen und strengere Maßnahmen zur Durchführung dieser Vorschriften.

4. Anwendung höher und wiederholter Geldstrafen gegen Unternehmer, die den erlassenen Vorschriften zuwiderhandeln.

Es findet außerdem in der Woche vom 8. bis 14. Februar in allen Jahrestellen des Holzarbeiterverbandes eine nachhaltige Versammlungskongress statt, damit die Holzarbeiter selber in Massen die von ihrem Verband unternommene Aktion unterstützen und damit den eigenen Kollegen die Bedeutung eines wirksamen Unfallschutzes vor Augen geführt werden kann. Auch die Zentralkommission der Maschinenarbeiter macht eine Reihe von Vorschlägen, wie in Zukunft die Werkstattvertrauensleute, die Sektions- und Jahrestellenleitungen und die sonstigen Instanzen des Verbandes sich dem Streben nach Unfallschutz und Unfallverhütung am wirksamsten widmen können. Mögen es die Maschinenarbeiter selber an der nötigen Mitarbeit nicht fehlen lassen.

Die unangesehnen Bemühungen des Holzarbeiterverbandes, für einen wirksamen Schutz der Maschinenarbeiter zu sorgen, muß man anerkennen, es geht daraus wieder von neuem hervor, welche gründliche und nachhaltige Interessenvertretung die Arbeiter in ihren Gewerkschaften haben. Vereinte Arbeit und Kraft muß schließlich auch hier zum erstrebten Ziele führen.

Deutsches Reich und Ausland.

Veränderung des Streiks in der Hanauer Diamantenindustrie. Um seit sieben Wochen in der Hanauer Diamantenindustrie herrschender Arbeiterausstand wegen Lohnhöhen ist jetzt durch Vermittlung des Handelskammerpräsidenten, Kommerzienrat Camphausen, wieder beendet worden.

Schneiderei in Göttingen. Die Firma Rosenblatt (G. m. b. H.) hat es abgelehnt, sich in der Kündigungswache mit den bei ihr beschäftigten Arbeitern und Arbeiterinnen zu einigen. Es ist nunmehr zur einmütigen Arbeitsüberlegung der 24 bei den Differenzen in Frage kommenden Betrieben gekommen. Sie sind sämtlich im Schneiderverband organisiert. Der so brutal vom Baune abgebrochene Kampf wird sicherlich nicht eher enden — zumal die Löhne in anderen Städten in der Branche höhere sind — bis die Firma erklärt hat, daß die alten Lohnsätze weiter gezahlt werden.

Die ausgeherrten und streikenden Londoner Banarbeiterschaft, jede Verhandlung mit den Unternehmern abzulehnen, solange sie nicht den bekannten Revers zurückziehen, nach dem die Arbeiter sich gegen eine Konventionalkontrakte verpflichten sollten, an keine Sympathietheist mehr teilzunehmen und auch mit Unorganisierten zusammen zu arbeiten.

Der Streik der Lehrer in Dorsetford dehnt sich immer weiter aus. Die Schulbehörde hat jetzt die Exmutterung der Streikenden angeordnet.

11000 Streikende im Hafen von Neapel. Seit dem 6. Februar sind alle Arbeiter im Hafen von Neapel in den Ausstand getreten. Anlaß des Streiks ist ein Konflikt zwischen einem Unternehmer und einer Arbeitergenossenschaft von Schauerleuten. Zur Zeit liegen 25 Dampfer im Hafen fest. Der Schaden für den gelauten Handel der Stadt ist so groß, daß die Unternehmer sich mit größter Erbitterung gegen ihren Kollegen wenden, der die Schuld an dem heutigen Unheil trägt.

Die Schiffsoffiziere und Seeleute von 18 Gesellschaften in Vilva (Spanien) kündigen zum 14. Februar den Streik an. Die Anläßlich des kürzlich von der Regierung brutal unterdrückten Eisenbahnerstreiks in Portugal verhafteten Streikführer wurden aus dem Gefängnis entlassen.

Der Streik der Schuhfabrikarbeiter in Gouzeres (Frankreich) dürfte bald beendet sein, da in Bezug auf die meisten Forderungen der Arbeiter eine Einigung schon erzielt ist, obwohl die Organisation der Gelben sich alle Mühe gibt, Streikbrecher herbeizuschaffen. Wie gewöhnlich bei allen größeren Streiks in Frankreich wird auch dieses Mal das Eisen für die meisten Streikenden in einer „kommunistischen Küche“ hergestellt, allerdings gibt es dann gewöhnlich keine oder nur eine unbedeutende Paarunterstützung.

Aus Südafrika kommt die Meldung, daß Lord Gladstone, der Gouverneur, zurückgetreten ist und demnächst nach England zurückkehren will. Er scheint also die Faltung seiner Regierung selbst nicht zu billigen.

Der Verband der Bergarbeiter in Transvaal hat die englische Bergarbeiterorganisation telegraphisch um Hilfe von 1600 gemäßigten Weissen (Bergarbeitern).

Frauenbewegung.

Frauen-Konferenz für den Bezirk Leipzig. Am Sonntag, den 18. Januar, tagte im Leipziger Volkshaus eine vom dortigen Bezirksvorstand einberufene Frauen-Konferenz unter der Leitung des Bezirksvorsitzenden Genossen Lipinski. Erschienen waren circa 200 weibliche Funktionäre aus den vier in Frage kommenden Wahlkreisen. Außerdem waren der Bezirksvorstand, drei Sekretäre und mehrere Kreisvorsitzende anwesend. Vom Parteivorstand war die Genossin Luise Bieh erschienen.

Zum ersten Punkt der Tagesordnung: „Wie gewinnen und schulden wir die Arbeiterinnen und Hausfrauen für die politische Tätigkeit?“ hatte Genossin Bieh das Referat übernommen, das für die Agitation, die Organisation, die Schulung und die Mitarbeit der Genossinnen eine Fülle praktischer Winke und Anleitungen gab. — Die lebhafteste Diskussion, die sich an das Referat knüpfte, legte Zeugnis ab von dem regen Interesse der Genossinnen und von dem hohen geistigen Niveau unserer dortigen Frauenbewegung. Eine spezialisierte Agitation unter den Arbeiterinnen vorzunehmen, ist in Aussicht gestellt, ebenso, in noch erörtertem Maße als früher die allgemeinen Agitations- und Schulungsarbeiten unter den Frauen weiter zu fördern.

Genossin Lipinski referierte über den zweiten Punkt: „Frauentag und rote Woche“. Er teilte alle Maßnahmen mit, die vom Bezirksvorstand in Aussicht genommen sind, um den Frauentag zu einer imposanten Demonstration für das volle Bürgerrecht der Frau und die rote Woche zu einer glänzenden Werksaktion für Agitation und Presse zu gestalten, wobei in besonderer hervorzuheben Weise die Mitarbeit der Frauen nutzbar gemacht werden soll. Nach einigen warmherzigen und aufmerksamen Schlussworten des Vorsitzenden, ward die Konferenz, die begeistert den Sozialistenmarich anknüpfte, geschlossen.

Unterhaltungs-Beilage

11. Februar 1914

Sturm.

Die Brandung tost am Ebn Dünenriff,
Weißköpfig rast die schwarze Stut daher,
Es schäumt und ächzt im Wogenchwall das Riff,
Der graue Himmel lastet wolkenfchwer.

Rings Sand und Meer — und brausend lechzt und rümt
Der ortsw Fisch hinauf am weißen Strand,
Die Möwen kreischen in der Luft, der Wind
Wählt pflegend tiefe Furchen in den Sand.

In weiter Ferne taucht ein Segel auf —
Ein sehnsuchtswilder, dumpf erstlicher Schrei —
Es brüllt die See, der Wind weh' seinen Lauf,
Und kirschend fliebt der Sand — vorbei, vorbei . . .

Theodor Guse.

Wie ich eine landwirtschaftliche Zeitung redigierte.

Von Mark Twain.

(Schluß.)

Da dachte ich bei mir: „Na, wenn du nach Ägypten gegangen wärest, wie ich dir empfahl, so hättest du vielleicht Gelegenheit gefunden, aus der Zeitung etwas Ordentliches zu machen. Aber da bist du schon wieder. Eigentlich erwartete ich dich.“

Der Redakteur zeigte ein trauriges, kostüriertes und trostloses Gesicht.

Er überschaut die Verwüstung, die der alte Lärm- und die beiden jungen Farmer angerichtet hatten, und sagte dann:

„Das ist eine traurige Geschichte, eine sehr traurige Geschichte. Da sind die Flasche mit Pflanzenschleim und sechs Fensterscheiben, ein Spudnapf und zwei Bewächter zerbrochen. Aber das ist noch nicht das Schlimmste. Der gute Ruf der Zeitung hat einen herben Stoß erhalten — ich fürchte, für immer. Freilich, niemals war eine solche Nachfrage nach der Zeitung und niemals ist sie in so hoher Auflage verkauft worden, niemals hat sie sich zu solcher Berühmtheit erhoben; aber wünscht man denn wegen Verühmtheit berühmt zu werden und durch keine Geldschwäche zum Wohlstand zu gelangen? . . . Mein Freund, wo wahr ich ein christlicher Mann bin, die Straße steht ganz voll Menschen, und andere lauern auf den Säulen, in der Hoffnung, Sie von Angesicht zu Angesicht zu sehen, da sie glauben, Sie seien verrückt. Und wohl sind sie dazu berechtigt, nachdem sie Ihre Leitartikel gelesen haben. Diese sind eine Schande für den Journalismus.“

„Aber wie konnten Sie sich's auch in den Kopf setzen, Sie seien imstande, eine derartige Zeitung zu redigieren! Sie scheinen von den allerersten Anfangsgründen der Landwirtschaft keine Ahnung zu haben. Sie sprechen von einer Furche und einer Egge, als ob das ein und dasselbe Ding wäre; Sie schwagen von der Mauerzeit der Ähre; und Sie empfehlen Bähmung des Stinktieres wegen seiner gutwilligen Gemütsart und seiner Kunstfertigkeit als Natienfänger. Ihre Bemerkung, daß die Venusmuscheln still liegen würden, wenn ihnen Mist vorgegossen werde, war überflüssig — ganz und gar überflüssig. Nichts vermag die Venusmuscheln zu stören. Venusmuscheln verhalten sich allzeit ruhig. Venusmuscheln haben gar keinen Sinn für Mist. O Himmel und Erde, Freund, hätten Sie die Unelugnung der Unwissenheit zum Studium ihres Lebens gemacht, Sie hätten nicht mit größerer Ehre zum Doktor promoviert werden können als heute. Niemals habe ich Ähnliches erlebt. Ihre Bemerkung, daß die Kopfkostante als Handelsartikel immer beliebter werde, ist einfach darauf berechnet, meine Zeitung zugrunde zu richten. Sie müssen Ihre Stellung aufgeben und gehen. Ich habe Ferien genug genossen — ich würde auch ohnehin kein Vergnügen mehr davon haben. Und ganz gewiß nicht, wenn Sie inzwischen auf meinem Redaktionsstuhl säßen. Ich würde fortwährend in Angst sein vor den Dingen, die Sie demnächst empfehlen könnten. Ich verliere jedesmal alle Geduld, wenn ich daran denke, daß Sie Aufsternparks unter dem Titel „Landwirtschaftsgärtnerei“ diskutierten. Sie müssen gehen. Nichts auf Erden könnte mich bestimmen, mir noch einen Tag Ferien zu gönnen. O, warum sagten Sie mir nicht, daß Sie von der Landwirtschaft nichts verstanden!“

„Warum ich Ihnen nichts sage. Sie Ratshalm, Sie Kockkopf, Sie Abieger eines Bohnenstengels? Es ist das erste Mal, daß ich eine solche gefühllose Bemerkung höre. Ich sage Ihnen, ich habe seit vierzehn Jahren mit Redaktionsgeschäften zu tun gehabt, und ich höre zum allerersten Mal, daß man, um eine Zeitung zu redigieren, irgend etwas wissen müsse. Ach Sie Futtermühle! Wer schreibt denn die dramatischen Kritiken für die Zeitungen zweiten Ranges? Nun, ein Kugel vorwärtsgerollener Schuster und Apothekerlehrlinge, die von einem Schachspiel und einer guten Aufführung gerade soviel und nicht mehr verstehen, als ich von der Landwirtschaft. Wer rezensiert die Bücher? Leute, die niemals eins geschrieben haben. Wer zimmert die schwersten Leitartikel über finanzielle Dinge zurecht? Individuen, die die herabstehende Gelegenheitsgelehrtheit haben, nichts davon kennen zu lernen. Wer kritisiert die Feindsätze gegen die Indoner? Herren, die ein Kriegsgesetz von einem Biwak nicht unterscheiden können, und die niemals ein Bettweiden mit einem Lornobol anzustellen oder aus den versteinerten

Stedern ihrer Familien Pfeile herauszuziehen brauchten, um damit am Abend das Lagerfeuer anzuzünden. Wer schreibt die Mähleitsaufrufe und jammert über die strömende Botwe? Leute, die erst im Grabe ihren ersten nächtlichen Atemzug tun werden. Wer redigiert die landwirtschaftlichen Zeitungen, Sie Hammurzel? In der Regel Männer, die Unglück gehabt haben im poetischen Geschäft, im Schauertrommelhandel, in der Sensationsdramenbranche, in der großstädtischen Zeitungsschreibererei, und deshalb schließlich auf die Landwirtschaft verfallen als ein vorläufiges Schutzmittel vor dem Armenhause. Sie wollen mich über journalistische Dinge belehren! Herr, ich habe sie durchgemacht vom Alpha bis Omega, und ich sage Ihnen, je weniger man weiß, um so größeres Aufsehen macht man und um so höheres Gehalt kann man fordern. Der Himmel weiß, wenn ich nur unwissend statt gebildet und unverschämmt statt schüchtern gewesen wäre, ich mir einen Namen hätte machen können in dieser kalten, selbsthätigen Welt. Ich nehme meine Entlassung, mein Herr. Nachdem ich behandelt worden bin, wie Sie mich behandelt haben, bin ich vollkommen bereit, zu gehen. Aber ich habe meine Pflicht getan. Ich habe die Bedingungen meines Kontraktes erfüllt, soweit mir das gestattet war. Ich sagte Ihnen, ich hätte das Zeug dazu, Ihre Zeitung allen Klassen der Bevölkerung interessant zu machen, und das habe ich getan. Ich sagte, ich mache mich anheißig, die Auflage bis zu zwanzigtausend Exemplaren emporzubringen. Und wären mir noch zwei weitere Wochen vergönnt gewesen, ich hätte es fertig gebracht. Und ich würde Ihnen die beste Klasse von Lesern verschafft haben, die eine landwirtschaftliche Zeitung jemals hatte — nicht ein einziger Landwirt darunter, ja nicht einmal ein vereinzeltes Individuum, das einen Wassermelonenbaum von einer Pfirsichranke hätte unterscheiden können. Sie sind es, der bei diesem Bruch verliert, nicht ich, Sie Kastetenpflanze. Adios.“

Dann schritt ich von dannen.

Kunst und Reklame.

Zuallererst nahm sich niemand die Mühe, ein Plakat zu lesen, weil es ein langweiliger Zettel war, auf dem mit großen Buchstaben möglichst viel gedruckt stand. Die Dekoration der Schaufenster entsprach diesen Plakaten. Der Platz hinter der Glashele war angefüllt mit einem großen Reichthum von mindestens je einem Probegemälde aller Sachen, die der Ladenbesitzer führte. Vor lauter Gläsern, Tellern, Bläsern, Westen, Strawatten, Taschentüchern, Messern, Messern, Schürzen, Spitzen, Bändern — sah man gar nichts!

Heute ist das ganz anders! Nicht selten sieht man jetzt Plakate, die nichts weiter enthalten als den Namen der Firma, und bei der letzten Berliner Schaufensterkonkurrenz fiel das Fenster eines Zigarettengeschäftes auf, das nichts zeigte, als vor schwarz ausgelegenerm Sintergrunde eine einzige, winzige weiße Zigarette mit goldglänzendem Mundstück und einem großen roten Pfeil, der quer durch das ganze Schaufenster auf die eine Zigarette zeigte.

Wenn man das Gesehn mit dem Heute vergleicht, muß man also eine prinzipielle Aenderung im Reklamewesen feststellen. Was hat nun diesen Umschwung herbeigeführt? Man sagt gewöhnlich, die Heranziehung von Künstlern zur Ausgestaltung der Reklame, und richtig ist es, daß heute von den führenden und tenangebenden Firmen fast allgemein Künstler für die Plakate und für die Schaufensterauslagen angestellt werden. Wer sich einen Begriff machen will von der für die Reklame aufgewendeten künstlerischen Arbeit, braucht nur mit offenen Augen durch die Straßen einer Großstadt zu gehen.

Zweifellos hat sich das ästhetische Niveau der Reklame gehoben. Man erinnere sich nur der früheren Redungen der Schokoladenfabriken. Da stand eine lange Geschichte auf dem Einschlagpapier: alle Ehrenzeichen und Medaillen waren abgebildet, ferner die Fabrikgebäude. „Vor 10 Jahren“ und „Heute“, schließlich noch eine schöne Szene zwischen Kindern, Katzen und jungen Kunden. Heute ist die Packung einer Tafel Schokolade tatsächlich ein kleines Kunstwerk. Ein einfarbiges Einschlagpapier trägt nichts weiter als den Namen der Firma und die Bezeichnung der Marke in schönen Buchstaben.

Bei näherem Zusehen ergibt sich nun aber, daß die Heranziehung der Künstler nicht die Ursache, sondern erst die Folge eines Umschwunges ist, dessen Wurzeln tiefer zu suchen sind. Nehmen wir also die oben gestellte Frage, was den offenkundigen, prinzipiellen Wechsel im Reklamewesen herbeigeführt habe, wieder auf, so wäre folgendes zu sagen. Die Geschäftsleute selbst haben mehr und mehr ein, daß ihre bisherige Form der Reklame in Plakaten und in den Schaufenstern wirkungslos blieb. Es herrschte das Vertrauen, Schaufenster und Plakate als Katalog zu gestalten, der alles enthielt und anpreisen sollte, was die Firma führte. Die Geschäftsinhaber aber merkten ganz von selbst, daß diese Auffassung falsch war. „I Wirklichkeit kommt es nämlich gar nicht darauf an, möglichst laut alles herauszusagen, was man führt, sondern einzig und allein darauf, die Aufmerksamkeit der Vorübergehenden wirksam und nachdrücklich zu fesseln. Bei einem Intensteleranten wird niemand deshalb kaufen, weil er einige Zintensorten mehr ausgestellt hat als ein anderer, sondern weil er seinen Namen in einer ganz besonders eindringlichen Weise mit dem Artikel „Xintie“ verbunden hat. Die Kaufleute erkannten mit der Zeit besser die Psychologie des Kunden. Ein einflussvoller Fahrradverkäufer sagt sich vielleicht, daß es besser sei, ein einziges, blitzendes und die Aufmerksamkeit auf sich lenkendes Fahrrad von besonders schöner Ausführung in das Schaufenster zu stellen, als zwei Dutzend, die sich gegenseitig fördern, dem Fenster jede Wirkung nehmen und gerade wegen ihrer großen Auswahlmöglichkeit das Auge gleichgültig lassen.“

Das Auge! Auf dieses allein kommt es nämlich an. Es muß blitzschnell gefesselt werden, in einem Bild muß der Name der Firma in untrennbarer Verbindung mit ihrer Branche dem Hirn des Passanten schlagender eingedrückt sein. Früher glaubte der Kaufmann, den Vorübergehenden durch gewissenhafte Aufzählung aller Artikel mit allen ihren Vorzügen interessieren zu können. Er vertraute auf die Ueberzeugungskraft des Wortes und wandte sich an ein beim Passanten vorausgesetztes Bildungsbedürfnis für geschäftliche Dinge, das gar nicht vorhanden war. Aber eines Tages sah der Kaufmann ein, daß diese Methode falsch sei. Nicht an ein bildliches Interesse des Publikums mußte man sich wenden, sondern an die Neugierde des

menschlichen Auges für umfassende Ueberrumpelungen. Nun, nachdem man dieses eingesehen hat, war der Weg für die Künstler frei. Denn daß der Geschäftsmann nunmehr Künstler heranzog, ist leicht zu verstehen. Die festere katalogartig vorgehende Reklame konnte nur der Kaufmann selbst machen, die neue Art aber, die ihre Wirkung auf dem Wege durch das Auge suchte, konnte er nicht selbst machen. Dazu mußte er den Künstler heranziehen, denn nur dieser ist für Augenwirkungen zuständig.

Der Geschäftsmann zog also den Künstler heran, nicht weil er etwa der Meinung war, das Leben müsse auch in allen Einzelheiten künstlerisch gestaltet werden, nicht aus dem Gefühl einer öffentlichen Verantwortung, oder weil ihn die Forderungen der Kunstkonzepte überzeugt hätten, es sei für ihn eine kulturelle oder gar moralische Pflicht, sich seine Geschäftsankündigungen von Künstlern zeichnen zu lassen. Der Kaufmann zog den Künstler heran, weil dessen Plakate und Schaufensterdekorationen wirksamer waren, weil sie ihm dadurch geschäftlichen Vorteil brachten. Wäre nicht in der Ueberzeugung der Kaufmannschaft selbst der Umschwung eingetreten, daß es besser sei, sich an das Auge zu wenden, als an ein gar nicht vorhandenes allgemeines Interesse durch eine Aufzählung, dann hätten Kongresse und Künstler und Schriftsteller wohl noch lange predigen können. Für den Geschäftsmann ist es an sich, wenn er nicht zufällig selbst sehr viel Geschmack besitzt, ganz gleichgültig, ob sein Plakat künstlerisch ist. Für ihn ist die Hauptsache, ein wirkliches Plakat zu haben, und nur weil er festgestellt hat, daß die Künstler wirksamere Plakate schaffen können als er selbst, dem die Kenntnis der Wirkungsbedingungen für das menschliche Auge fehlt, nur deshalb hat er sie herangezogen.

Wir müssen also an unserer Behauptung festhalten, daß der eigentliche Umschwung im Kaufmannsstande selbst erfolgt ist. Erst eine Folge davon war die Heranziehung der Künstler, die Folge davon wieder die Hebung des Geschmacks. Daß nun in diesem Fall das geschäftliche Interesse mit der Förderung des guten Geschmacks zusammenhängt, beruht nicht auf einem Zufall, denn es ist in der menschlichen Wirtschaftsgeschichte nicht abzu-, sondern auf der Tatsache, daß eine wahrhaft wirksame Reklame nur der Künstler schaffen kann. Wäre auch der Kontorist dazu imstande, so würde der Kaufmann noch heute den teuren Künstler belächeln lassen.

Man muß allerdings auch berücksichtigen, daß manche großen Firmen aus dem bekannten Namen des für sie arbeitenden Künstlers einen neuen Reklametitel zu machen wissen. Da aber dabei der allgemeine Geschmack gefördert wird, ist dagegen wirklich nichts einzumenden. Adolf Bruns.

Die Verbrecherinsel.

In der Pariser „Humanität“ veröffentlichte Maximal Dakti kürzlich ein wichtiges und zugleich lehrreiches Geschichtchen. Ein Abtiskel wird nachts nach einer kleinen unbekanntem Insel verschlagen, wo er wegen Benzinmangel eine Notlandung vornehmen muß. Auf seiner Suche nach Menschen trifft er schließlich auf einen recht ehrbaren Alten, der ihm die Geschichte der Insel erzählt.

Früher war die Insel von dem Auswurf der Menschheit bewohnt. Mörder, Räuber, Diebe und Fälscher wurden von der Justiz dorthin verbannt. Schließlich brachte man auch alle dahin, die der Fürsorgeerziehung bedurften. Außer ihnen lebten sich auf der Insel natürlich eine große Zahl von Richtern, Staatsanwälten und Advokaten freiwillig an, deren Zahl von Jahr zu Jahr größer wurde und die dort glänzende Geschäfte machten.

Aber, wie sich alles in der Welt zusammenschließt, ergriffen eines Tages auch die Verbrecher Partei. Sie wollten mit den feindlichen Gewerbetreibenden aus der Jurisprudenz nichts mehr zu tun haben und beschloßen, in Zukunft überhaupt keine Straftaten mehr zu verüben. Und sie hielten Wort.

Bald hatten die Gerichte keine Arbeit mehr und die Advokaten verloren fast die Fähigkeit der Sprache. Die Richter magerten ab und wurden gelblich vor Aerger. Schließlich unternahmen sie, die übrigen Bewohner der Insel zu Raub und Mord, zu Blutschande und anderen Taten anzureizen, um wieder Arbeit zu haben, aber nichts konnte die ehemaligen Verbrecher von dem einmal beschrittenen geraden Wege abbringen. Mit der Gleichgültigkeit des Märtyrers ließen sie alles über sich ergehen und selbst durch Drohungen ließen sie sich nicht zur Verübung neuer Straftaten verleiten.

Dabei hatten sie sich auf allerlei nützliche Gewerbe verlegt. Die ehemaligen Einbrecher fertigten Sicherheitsklösser, die Diebstahlsverbrecher fertigten die Herstellung von Wurf und Schindeln. Die Sittlichkeitsverbrecher entwarfen ein Gesetz über die Ehe. Die Landstreicher bauten kunstvolle Häuser, und die Tennensolde verlegten sich auf den Brunnenbau.

So war die eine Seite der Insel zu einem musterhaften Gemeinwesen geworden. Die Kinder glühten Engeln, die Väter Heiligen und die Greise den Patriarchen der Bibel. Auf der anderen Seite aber hausten die Juristen in zerrissenen Stiefeln und zerlumpten Kleidern.

Die gemeinsame Arbeit ließ die Kolonie immer reicher werden und brachte auch die Kunst zur Entwicklung. Gerühmte Werke entstanden, die die Nachwelt dauernd bewundern wird.

Leider aber umdüsterte sich dann der Himmel dieses Paradieses. Eines Tages wurde bei einem Obelsteinhauer ein Verbrecher erschossen. Das Schicksal war mit der größten Sachverständigkeit erbrochen worden und man erkannte sofort, daß dieser Verbrecher nur von einem Staatsanwalt ausgeführt sein konnte. Da diese mit allen Diebstahligen besonders vertraut sind, die Einbrecher wiederholten sich, und schließlich legten sich die Kolonisten auf die Lauer, wobei es ihnen gelang, zwei Gerichtsbeamte auf freier Tat zu ertappen. Das Wohlverhalten der ehemaligen Verbrecher hatte die Gerichtsherrn in so großes Versehen gefallt, daß sie neigten zu denken, um leben zu können.

Die Gesetze aber richteten gegen die Gerichtsbeamten nicht aus. Diese wählten sich vielmehr immer aus der Schlinge zu lassen, indem sie sich gegenseitig freisprachen. So ist das Verhängnis zwischen den Kolonisten und den Gerichtsbeamten genau so unauflöslich als zu der Zeit, als die ersten die Verbrecher waren, und es wird den ehelichen Leuten keine Mühe übrig bleiben, als die Insel zu verlassen, um vor den Justiz

